

# Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

20. Sitzung vom 26. März 2012

---

## Wörtliches Protokoll

### Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderäte	S. 3		
2. 00733-2012/0001-MDLTG: Gemäß § 21 (4) WStV Einberufung des Gemeinderates der Stadt Wien durch Bgm Dr Michael Häupl zum Thema " Herr Bürgermeister, weg mit dem Regierungsspeck – entlasten Sie die Bürger!"	S. 3	GR Mag Dr Alfred Wansch (tatsächliche Berichtigung)	S. 13
3. Mitteilung des Einlaufs	S. 3	GR David Ellensohn (tatsächliche Berichtigung)	S. 14
4. 00733-2012/0001-MDLTG Debatte auf Grund des Verlangens der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte des Klubs der Wiener Freiheitlichen sowie des Klubungebundenen Mandatars zum Thema "Herr Bürgermeister, weg mit dem Regierungsspeck – entlasten Sie die Bürger!". Begründung durch GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 3	GR Dr Wolfgang Aigner	S. 14
Rednerinnen bzw Redner: GR David Ellensohn (tatsächliche Berichtigung)	S. 6	GR Christian Deutsch	S. 17
GR Johann Herzog (zur Geschäftsordnung)	S. 7	GR Mag Johann Gudenus, MAIS (tatsächliche Berichtigung)	S. 19
StR Mag Manfred Juraczka	S. 7	GR David Ellensohn (tatsächliche Berichtigung)	S. 20
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 10	GR Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 20
		StR DDr Eduard Schock	S. 22
		GR Dipl-Ing Rudi Schicker (zur Geschäftsordnung)	S. 24
		GR Mag Johann Gudenus, MAIS (zur Geschäftsordnung)	S. 25
		GRin Mag (FH) Tanja Wehsely	S. 25
		GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 27
		GRin Mag Dr Barbara Kappel	S. 29
		GR Rudolf Stark	S. 32
		GR Mag Rüdiger Maresch	S. 33
		GR Dipl-Ing Roman Stiftner (tatsächliche Berichtigung)	S. 34
		GR Mag Rüdiger Maresch (tatsächliche Berichtigung)	S. 35
		GRin Henriette Frank	S. 35
		GR Ing Udo Guggenbichler	S. 36



(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Ich eröffne die 20. Sitzung des Wiener Gemeinderates.

Entschuldigt für den gesamten Tag sind GR Nepp, GR Peschek, GR Mag Reindl, GRin Mag Wurzer. Entschuldigt bis 11.30 Uhr ist GR Ekkamp. GR Mag Kowarik hat mich informiert, dass er ab 12.30 Uhr für diese Sitzung entschuldigt ist. GR Dipl-Ing Stiftner ist bis 11 Uhr entschuldigt.

Von Gemeinderäten der Wiener Freiheitlichen und dem klubungebundenen Mandatar wurde ein Verlangen auf Einberufung einer Sitzung des Gemeinderates zum Thema „Herr Bürgermeister, weg mit dem Regierungsspeck – entlasten Sie die Bürger!“ eingebracht.

Der Herr Bürgermeister hat in Entsprechung des § 21 Abs 4 der Wiener Stadtverfassung in Zusammenhalt mit § 8 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien zu dieser Sitzung eingeladen. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass in Sitzungen des Gemeinderates auf Verlangen keine Geschäftsstücke verhandelt werden. Der Entfall von Fragestunde, Aktueller Stunde und dringlichen Initiativen ist in der Fraktionsvereinbarung festgeschrieben.

Bevor wir nun zu der Erledigung dieser Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen vom Klub der ÖVP der Bundeshauptstadt Wien 11 eingelangt sind.

Vom Klub der Wiener Freiheitlichen wurde ein Ersuchen an das Kontrollamt gemäß § 73 Abs 6a der Wiener Stadtverfassung betreffend Prüfung des Vergabeverfahrens Pflegewohnhaus Rudolfsheim-Fünfhaus eingebracht. Dieses Prüfansuchen wurde an das Kontrollamt weitergeleitet.

Wir kommen nun zur Besprechung des Verlangens. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist GR Mag Gudenus. Er ist Begründer und Erstredner in einer Person. Die Fraktionsvereinbarung sieht hierfür eine Gesamtredezeit von 40 Minuten vor.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Schönen guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderates! Liebe anwesende Stadträte!

Wir haben die heutige Sondersitzung einberufen zu einem sehr wichtigen Thema, zu einem Thema, wo auch die Bevölkerung das Recht hat, zu erfahren, was hier in den nächsten Jahren angedacht ist an Einsparungen, wo der Gürtel enger geschnallt werden muss, wo es mehr Belastungen geben wird oder wo einmal wirklich seriös darüber nachgedacht wird, bei diversen unnötigen Ausgaben einzusparen.

All das wollen wir heute besprechen bei dieser Sitzung mit dem Titel: Herr Bürgermeister, weg mit dem Regierungsspeck – sparen Sie bei sich selbst und entlasten Sie die Bürger! Nur, die Frage ist: Wo ist der Herr Bürgermeister heute? (*Beifall bei der FPÖ.*) Wie

ernst nimmt er dieses Gremium des Gemeinderates? Wie viel Respekt hat er vor diesem Gremium des Gemeinderates, wenn er sich heute dieser wichtigen Diskussion nicht stellt? (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das ist nur für Sie wichtig, für sonst niemand!*) Also man sieht ja, anscheinend ist die Ernsthaftigkeit nicht wirklich vorhanden. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Nur damit Sie da reden können, verlangen Sie eine Sondersitzung!*) Das ist nicht für mich, lieber Herr Kollege Schicker, das ist für die Bevölkerung, die heute hier auch zusieht, über das Internet zum Beispiel. Diese Menschen wollen auch wissen, was der Herr Bürgermeister vor hat, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Zwischenruf von GR Dipl-Ing Rudi Schicker.*)

Lieber Herr Schicker, denken wir es weiter! Sie führen gerne Sonderbeauftragte ein: Schulschwänzbeauftragte, Radfahrbeauftragte. Führen wir vielleicht einen Sitzungsschwänzbeauftragten ein für den Herr Bürgermeister. (*Beifall bei der FPÖ.*) Ich glaube, der Herr Bürgermeister wäre der Erste, der so einen Sitzungsschwänzbeauftragten nötig hätte, noch dazu bei so wichtigen Themen.

Ich weiß schon, dass Ihnen das Thema nicht so angenehm ist und dass Ihnen die Schamesröte aufsteigt, wenn wir heute darüber diskutieren müssen (*GR Mag Rüdiger Maresch: Mit Schamesröte kennen Sie sich aus!*), weil Sie eben wahrscheinlich noch nicht einmal wissen, wo Sie diese Milliarde einsparen wollen, die seitens der Bundesregierung notwendig ist. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Sie wissen es nicht, aber Sie werden es wahrscheinlich auf Ihre altgewohnte Manier realsozialistisch unsozial bei den Menschen eintreiben. Und genau das wollen wir nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ. – Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Der Herr Bürgermeister verschweigt sich. Wir haben hier seit mehreren Wochen Schweigen im Walde. Früher hat man sich lustig gemacht über einen Schweigekanzler, jetzt ist es der Schweigebürgermeister. Man hört überhaupt nichts. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Hauptsache, Sie können reden!*) Das sind genau die Methoden, mit denen hier im Gemeinderat und mit den Bürgern verfahren wird. Das ist genau das, Kollege Schicker. Sie wollen nicht darüber diskutieren, Sie sind ja nicht einmal zu Wort gemeldet. Sie wollen wahrscheinlich nicht darüber diskutieren, weil Sie den Leuten nicht reinen Wein einschenken wollen. Es ist Ihnen peinlich und unangenehm. Geben Sie es doch zu! Kommen Sie heraus und sagen Sie, wo Sie einsparen wollen, welche Gebühren Sie weiter erhöhen wollen, Herr Schicker. Haben Sie endlich den Mut dazu! (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von GR Dipl-Ing Rudi Schicker.*) Sie können sich laut Geschäftsordnung gerne zu Wort melden, wenn Sie so ein Redebedürfnis haben, Herr Kollege Schicker. Hier ist das Rednerpult, es gibt drei Mikrone, Sie können es auch gerne allen Menschen hier sagen.

Also eine Milliarde soll allein in Wien eingespart werden im Rahmen dieses tollen Sparpakets, das die Bundesregierung in den letzten Wochen beschlossen

hat, dieses angeblich so erfolgreiche Sparpaket, das von SPÖ und ÖVP gelobt und gepriesen wird, das in Wahrheit aber nichts anderes ist als ein Armutszeugnis für diese Bundesregierung. Wir können ja heute in den Zeitungen lesen, dass allein schon 2,5 Milliarden EUR nicht gesichert sind. Das sind einfach Einsparungsvorschläge, die nicht seriös sind. Da kann man ja gleich hergehen und sagen, die Regierung spielt jede Woche Lotto, und mit den Einnahmen aus dem Lottogewinn füttert man das Budget. Das ist völlig unseriös, und so ein Budget und so eine Budgetpolitik sind auf Dauer nicht mehr tragbar, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist genau die Bundesregierung unter einem Herrn Faymann, unter einem Herrn Spindelegger, die auf die notwendigen Reformen, die in Österreich wichtig und an der Zeit sind, vergessen haben.

Sie erhöhen die Gebühren in Wien, Sie erhöhen die Steuern im Bund, vergessen aber eine notwendige Verwaltungs- und Strukturreform, die wichtig wäre, um Österreich oder Wien endlich wieder die Bonität zurückzugeben, die sie eigentlich verdient hätten. Das Triple-A ist auch in Wien verloren gegangen, und daran tragen Sie die Hauptschuld, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ, und dafür werden Sie die Bürger bei der nächsten Wahl auch abstrafen.

Aber jetzt zurück zu Wien. Das ganze Mogeln und Schwindeln, das wir von der Bundesregierung kennen, ist im Prinzip genauso auch hier in Wien vorhanden. Ich bin mir nämlich sicher, dass die nächste Inkassoaktion von Rot und Grün nicht lange auf sich warten lässt. Wir Freiheitliche werden Ihnen daher heute, aber auch in den nächsten Wochen aufzeigen, wo man vernünftig einsparen kann, wo man wirklich auch einmal zeigen kann, dass man den Willen hat, bei der Politik und bei sich selbst einzusparen und nicht nur bei den Bürgern.

Es ist notwendig, auch aufzuzeigen, dass die Gebührenerhöhungen der letzten Monate bis zu teilweise 177 Prozent hinaufgeschmalzt sind. Das kann es wohl nicht sein, dass die Bürger immer tiefer in die Tasche greifen müssen, dass sie in die Armut getrieben werden. Das kann doch bitte keine soziale Politik sein, denn das Ergebnis dieser Gebührenerhöhung der letzten Jahre kann sich nicht sehen lassen. 300 000 Menschen in Wien leben an oder unter der Armutsgrenze. Das ist das Ergebnis Ihrer unsozialen Politik von der SPÖ. Seit 2005 hat sich die Kinderarmut verdoppelt, mehr als 91 000 Kinder leben in Armut. In den vergangenen 8 Jahren hat sich die Zahl der Bezieher von Sozialhilfe von 30 000 auf 130 000 erhöht. Also wenn das das Ergebnis einer sozialen Politik ist – dann gute Nacht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die SPÖ ist nicht sozial, die SPÖ ist asozial und unsozial. Und genau das wissen die Menschen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es gibt einen Spruch, der sich mittlerweile schon eingebürgert hat bei den Menschen: Das ganze Wiener Volksvermögen versiegt in roten Futtertrögen. Das ist traurige Realität. Es versiegt das gesamte Wiener Volksvermögen in den roten Futtertrögen, und genau gemäß diesem Motto hat die Finanzstadträtin Brauner in

ihrer Amtszeit nicht nur die Schuldenlast verdreifacht und für eine Rekordarbeitslosigkeit gesorgt, sondern sie hat auch Geld in dubiose Strukturen und Kanäle der Wiener SPÖ hineingeschüttet. Ich erinnere an die ganzen Skandale – nur einige Stichworte –: KAV, Wiener Wohnen, AVZ oder die ganzen Planungs- und Bauskandale, die hier nach der Reihe passieren. Ein Korruptions- und Planungsskandal jagt den nächsten im roten Wien, und eigentlich bräuchte es ja einen permanent tagenden Antikorruptionsausschuss in Wien, denn bei diesen ganzen Skandalen bräuchte man sehr, sehr viel Zeit, um all das aufzuarbeiten, was die SPÖ-Wien hier in den letzten Jahren verbrochen hat. Es bräuchte einen Antikorruptionsausschuss hier für das rote Wien, um endlich die laufenden Machenschaften und Skandale der SPÖ zu durchleuchten und ans Tageslicht zu bringen. Das bräuchte es hier in Wien, nicht nur im Bund. Aber leider hat das Jahr nur 365 Tage, und die Zeit wäre zu kurz und würde nicht ausreichen, um all die Skandale an die Öffentlichkeit zu bringen.

Ich sage nur, AVZ zum Beispiel: 1,5 Milliarden EUR in den Sand gesetzt, 1,5 Milliarden EUR Volksvermögen! Und Sie sitzen da und lachen sich ins Fäustchen, als wäre nie etwas geschehen. Ich sage Ihnen eines: Das wird die Staatsanwaltschaft noch interessieren. Wir arbeiten gerade an einer Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft, um Licht ins Dunkel bei der AVZ zu bringen, denn da sind Sie die Hauptschuldigen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Regierung in Wien sollte einmal anfangen, bei sich selbst zu sparen. Wenn der Herr Bürgermeister als Landeshauptmann laut Verfassung zuständig wäre, die Funktion des Stadtschulratspräsidenten auszuüben, dann braucht er das nicht auszulagern an eine andere Person, die dann wieder über 10 000 EUR im Monat verdient und eine teure Dienstlimousine mit Chauffeur fährt. Da soll der Herr Bürgermeister selbst die Verantwortung übernehmen und endlich einmal die Funktion des Stadtschulratspräsidenten ausüben, aber nicht dann, wenn alles aus dem Ruder läuft, noch einen Schulschwänzbeauftragten einführen, nur weil die Stadtschulratspräsidentin ihrer Sache nicht gewachsen ist. Es ist in der Verfassung geregelt, dass der Herr Landeshauptmann die Funktion des Landesschulratspräsidenten ausüben soll. Er soll diesen Posten übernehmen, und man hätte sofort ein Einsparungspotenzial. – Das ist einmal ein Punkt.

Oder: Er könnte zum Beispiel, wenn er schon 16 500 EUR im Monat verdient, ein Ressort übernehmen. Der Bürgermeister ist ein Bürgermeister ohne Ressort. Er trägt keine Verantwortung, und ich frage mich, was der Herr Bürgermeister eigentlich den ganzen Tag lang tut. Er ist ja wie ein Frühstücksdirektor, der im Endeffekt keine Verantwortung hat, und ich frage mich daher wirklich, was der Herr Bürgermeister ohne Ressort nach außen tut. Immer wenn es Erfolge gibt – derer gibt es zwar nicht viele –, dann ist er der Strahlemann, und wenn es Misserfolge gibt und Skandale, dann sind die Stadträte schuld. Das kann es nicht sein, meine sehr

geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)* Deswegen sollte der Bürgermeister endlich ein Ressort übernehmen und die rot-grüne bürgerfeindliche Belastungsgruppe auch verkleinern.

Oder die ganzen Dienstlimousinen und Chauffeure. Auch die griechische Tragödie namens Vassilakou greift auf einen Dienstwagen mit Chauffeur zurück. Die stehen ihnen 7 Tage in der Woche je 24 Stunden zur Verfügung; Luxuskarossen mit Chauffeur. Für höhere Beamte gilt das genauso, ebenso für den Landtagspräsidenten und seine Stellvertreterin. Aber so wie unser Landtagspräsident Johann Herzog will es anscheinend keiner machen. Es will keiner auf die fetten Dienstlimousinen verzichten. Tun Sie es so wie unser Landtagspräsident Johann Herzog! Er verzichtet auf seine Dienstlimousine, er verzichtet auf seinen Chauffeur. Auch hier wäre ein Einsparungspotenzial vorhanden. *(Beifall bei der FPÖ.)* Sie sehen es ja, unser Präsident Herzog schafft es trotzdem jeden Tag ins Rathaus – auch ohne Chauffeur. Er nimmt trotzdem seine Termine wahr. Es funktioniert auch ohne Chauffeur und ohne Dienstwagen.

Wir sagen: Polit- und Beamtenprivilegien wie sündteure Luxusdienstwagen samt Chauffeuren, auch das alles gehört im roten Wien abgeschafft, denn die Bürger sehen es nicht ein, dass sie belastet werden, während die Stadträte in teuren Dienstkarossen herumkutschert werden. Auf der einen Seite werden die Bürger ausgepresst wie reife Zitronen, auf der anderen Seite wird das Geld mit beiden Händen aus dem Fenster hinausgeschmissen.

Wir haben laufend Arbeitslosenrekorde, nicht deshalb, weil die Menschen zu faul sind zu arbeiten, sondern weil Sie auch bei den beschäftigungswirksamen Investitionen sparen. Sie sparen bei den beschäftigungswirksamen Investitionen, dafür ist kein Geld mehr da, aber für Ihre Werbebudgets ist genug Geld da. Das Werbebudget wurde ja erst kürzlich von 47 Millionen auf 51 Millionen EUR erhöht, und das bitte ohne all die ausgelagerten Betriebe, die auf Zuruf und auf Knopfdruck auch Inserate schalten müssen. Das ist Geld, das von wichtigen Projekten und von Sozialprojekten abgezogen wird, damit Häupl, Brauner & Co sich täglich lächelnd in Zeitungen sehen können. Das grenzt ja schon an politisches Stalking dem Bürger gegenüber, wenn man tagtäglich irgendeinen Stadtrat in der Zeitung sieht, der einem entgegengrinst. Dafür ist Geld da, aber die Leute werden im Stich gelassen, werden in die Arbeitslosigkeit getrieben. So kann es nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und dieser völlig undurchsichtige Förderdschungel in Wien! Da werden zig Vereine mit Millionen und Abermillionen Euro gefördert, dubiose Vereine großteils, teilweise im Ausland. Wenn man das genauer durchleuchtet, dann sitzen in den Vereinen im Vorstand rote Bezirksräte, rote Gemeinderäte. Freiwilligkeit ist dort ein Fremdwort. Da gibt es keine Freiwilligenarbeit, da wird alles hoch dotiert, und die Leute bekommen auch ein Honorar gezahlt oder sind angestellt, wenn sie dort

arbeiten. Da werden rote Freunderl mit Posten versorgt, da werden Abermillionen Euro dafür ausgegeben. Erklären Sie das einmal den Menschen, die auf der Straße stehen, die an Armut leiden, dass es hier rote Zwei- bis Dreifachverdiener gibt, die noch dazu in fetten Luxuskarossen herumfahren. Das ist keine soziale Politik! Die FPÖ ist die einzige soziale Partei hier in Wien und hier in Österreich, und das merken die Menschen auch, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Oder kommen wir zurück zu diesen ganzen erfundenen Scheinbeauftragten mit Scheinfunktionen, die hier aus dem Boden gestampft werden mit diversen Ämtern und dergleichen. Nur um die GRÜNEN – die sind ja schwer zu zähmen, denn sie sind ja im Straßenkampf sehr erprobt – ruhigzustellen, wird da ein Uni-Beauftragter eingesetzt, der Herr Van der Bellen, das Phantom des Rathauses, bei dem man noch immer nicht ganz genau weiß, was er eigentlich zu tun hat, der sich zu gut war, vom Olymp des Parlaments hinunterzusteigen in die Niederungen des Wiener Gemeinderates. Dafür war er sich zu gut, aber dafür bekommt er 210 000 EUR jährlich *(Ruf bei den GRÜNEN: Lügner!)* in den Rachen gesteckt. *(Neuerlicher Ruf bei den GRÜNEN: Lügner!)* Ja, es ist Ihnen unangenehm, aber er bekommt dafür 210 000 EUR in den Rachen gesteckt. *(Lebhafte Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Wahrscheinlich als Bezahlung, als Honorar für die größte Wählertäuschung aller Zeiten. *(Anhaltende Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Sie können noch so viel schreien! Herr Van der Bellen kassiert 210 000 EUR als Belohnung für die größte Wählertäuschung aller Zeiten. Das ist grüne Politik! *(Beifall bei der FPÖ. – Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Da macht er einen tollen Bericht, wovon er selber drei Seiten geschrieben hat, der das Papier nicht wert ist, auf das er geschrieben ist. Ich meine, Entschuldigung, das ist ein Armutszeugnis auch Ihrer Regierungsbeteiligung, dass Sie es nötig haben, nur stillzuhalten, wenn der Herr Van der Bellen seine 210 000 EUR bekommt.

Oder die Radagentur mit 900 000 EUR! 900 000 EUR kostet das den Steuerzahler. Bitte, 900 000 EUR! Also diese Pseudojobs, die nur dazu dienen, grüne Parteimitglieder zu versorgen, gehören ersatzlos gestrichen *(GR Mag Rüdiger Maresch: So wie die Pseudoregierungsbeteiligung der FPÖ! Abkassierer FPÖ!)*, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ersatzlos! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Abkassierer FPÖ!)*

Man fragt sich ja wirklich: Wo hört das Ganze auf? Wie viele Beauftragte sollen noch geschaffen werden? Jetzt gibt es ja bald den Sitzungsschwänzbeauftragten für den Herrn Häupl. Ich meine, er hätte es vielleicht notwendig, aber wo hört das Ganze auf? Wozu gibt es Stadträte *(GR Mag Rüdiger Maresch: Zum Beispiel nichtamtsführende Stadträte! Abschaffen!)*, wenn jetzt noch künstlich zig Beauftragte geschaffen werden, die viel Geld bekommen, viel Steuergeld? Sollen die Stadträte endlich ihre Arbeit machen, anstatt faul

herumzuhängen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (GR Mag Rüdiger Maresch: *Wie zum Beispiel die nichtamtsführenden Stadträte!*) Die Stadträte sollen ihre Arbeit tun, nämlich die, wofür sie gewählt wurden.

Sollen die Stadträte ihre Arbeit tun (GR Mag Rüdiger Maresch: *Ja, zum Beispiel die nichtamtsführenden!*), zum Beispiel die Frau Vassilakou soll einmal ihre Arbeit tun. Sie soll ihre Position als BürgerInnenbeteiligungsstadträtin ernst nehmen, die ihrer Arbeit nicht nachgeht. Wenn es darum geht, die Bürger einzubinden beim Parkpickerl, dann hat sie ihre Arbeit nicht verstanden. Frau Vassilakou, gehen Sie Ihrer Arbeit endlich nach! (Beifall bei der FPÖ.)

Also: Oben sparen, statt drüberfahren! Das ist unsere Devise. Wir bringen daher auch diesen Antrag ein, wo all diese Punkte aufgeführt sind.

Ein weiterer Antrag, den ich einbringe, beschäftigt sich mit dem Thema Zuwanderung ins Sozialsystem. Wir müssen diese Zuwanderung in unsere Sozialsysteme endlich abstellen, in Wien und in Österreich, denn 90 Prozent der Zuwanderer verursachen Kosten. 90 Prozent! Das sind alles Kosten, die der Steuerzahler zu berappen hat.

Und ich sage auch hier ganz deutlich: Wien darf nicht länger Weltsozialamt sein. Wir sind nicht zuständig für die Armut, die hereingetragen wird. Das sollen die Leute selbst berappen, nicht der Steuerzahler. Stellen wir endlich die Sozialleistungen für Drittstaatsangehörige ab! Dafür stehen wir Freiheitliche. Wir sind den Bürgern im Wort. (Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Rüdiger Maresch: *Unsozial ist die FPÖ! Das wissen wir eh! – Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Das ist genau das, damit die tschetschenischen Scheinasylanten nach Hause fahren können, denn für die wollen wir nicht weiter zahlen. Aber das verstehen Sie anscheinend nicht in Ihrer kleinen Welt. (GR Mag Rüdiger Maresch: *Skandalisierung – das passt zu euch!*) Wir wollen keine tschetschenischen Scheinasylanten. Genau deswegen haben wir Gespräche geführt, und das war auch erfolgreich. Jetzt ist es an der Bundesregierung zu handeln. 90 Prozent der tschetschenischen Flüchtlinge sind Scheinasylanten. Das wollen Sie nicht verstehen, das ist aber Realität. (Beifall bei der FPÖ. – *Anhaltende Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Und da sind wir schon beim Thema. Danke, Herr Maresch, dass Sie mich auf den richtigen Punkt gebracht haben. Ein gewaltiges Einsparungspotenzial wäre es auch, endlich beim Asylbetrug einzusparen. Stellen wir diesen Asylbetrug endgültig ab! Wien übererfüllt die Quote um mehr als 50 Prozent. Wien versorgt mehr Scheinasylanten, als es eigentlich sollte, nämlich im Sinne der Bürger sollte. 90 Prozent sind Wirtschaftsflüchtlinge. Stellen wir doch endlich dieses Paradies für die ganzen Scheinasylanten ab, beenden wir dieses Schlaraffenland, und Sie werden sehen, wir werden nächstes Jahr, wenn wir heute eine Maßnahme treffen, um hier in Wien, aber auch in der Bundesregierung endlich einmal die ganzen Schmanckerl für die Scheinasylanten abzdrehen, nicht mehr 12 000 neue Asylwerber haben, sondern wahrscheinlich nur

noch 1 000. Das sind dann die echten Asylwerber, die wirklich verfolgt werden, die wirklich Schutz brauchen, und nicht diejenigen, die nur Wirtschaftsflüchtlinge sind und ins Sozialsystem einwandern wollen. Das gehört abgestellt, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren von Rot und Grün: Tun Sie endlich das, was Sie den Wiener Bürgern tagtäglich zumuten! Sparen Sie! Zwingen Sie den Bürgern nicht weiter Gebühren auf! Sparen Sie bei sich selbst! Fangen Sie endlich an, bei sich selbst zu sparen!

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Unsere freiheitlichen Vorschläge stehen heute zur Abstimmung. – Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor wir zu den folgenden Wortmeldungen kommen, möchte ich doch als Vorsitzender hinweisen: Argumente werden nicht richtiger, wenn sie unrichtig sind. Kollege Van der Bellen – das wissen wir alle hier, weil wir daran auch mitgewirkt haben – bezieht für seine Tätigkeit kein Einkommen, sondern die gesamten Ausgaben, die die Stadt Wien tätigt, sind Infrastrukturausgaben für sein Büro. (GR Johann Herzog: *Sie nennen es halt anders!*) Da gibt es Mitarbeiter, die bezahlt werden.

Ich würde nur bitten darum – er kann sich ja hier nicht selbst rechtfertigen (*Lebhafte Zwischenrufe bei der FPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Er soll doch kommen!*) –, ich würde nur bitten darum, dass wir sorgfältiger mit den Argumenten umgehen. Deswegen habe ich auch auf dieses hingewiesen. Hier wurde behauptet, Kollege Van der Bellen bezieht 210 000 EUR Gehalt, und das ist unrichtig. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Gehalt habe ich nicht gesagt!*) Ja, das ist unrichtig. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Ich habe nicht Gehalt gesagt!*)

Für die nun folgenden Wortmeldungen möchte ich bemerken, dass die Redezeit ... (GR Johann Herzog: *Was ist mit einem Ordnungsruf? Er hat zwei Mal Lügner gesagt! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Lüge heißt, man sagt etwas wissentlich, und der Zwischenruf ist eingegangen auf die wissentlich unrichtige Behauptung, Kollege Van der Bellen bezieht 210 000 EUR. Da ist nichts dazu zu sagen. Es ist unrichtig. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Für die nun folgenden ... (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Das ist unglaublich! – GR Johann Herzog: Das ist eine unglaubliche Vorsitzführung! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Sie können noch so oft Zwischenrufe tätigen. Kollege Jung, mit Ihnen habe ich mich einmal am Rednerpult auseinandergesetzt: Vorsitz führe ich und nicht Sie! Das nehmen Sie doch endlich einmal zur Kenntnis! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Johann Herzog: *Sie weichen von den bisherigen Entscheidungen ab!*)

Für eine tatsächliche Berichtigung hat sich Kollege Ellensohn zu Wort gemeldet.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Der Vorsitzende des Gemeinderates hat es jetzt ohnehin sehr deutlich erklärt. Es würde einen Grund geben, warum die GRÜNEN, die jetzt Lügner gerufen

haben beim Herrn Gudenus, einen Ordnungsruf bekommen müssten, weil das tatsächlich nur gesagt werden darf zu jemandem, der das wissentlich sagt.

Nachdem Sie das jetzt abstreiten, weil Sie ja kein Lügner sein wollen, müssen wir davon ausgehen, dass Sie nicht in der Lage sind, sich von ... (GR Mag Wolfgang Jung: Was ist das für eine tatsächliche Berichtigung?) Es dauert zwei Minuten! Der Sachverhalt ist ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (unterbrechend): Moment, Kollege Ellensohn! Bitte, nur zuzuhören!

GR David **Ellensohn** (fortsetzend): Herr Jung, Sie verdienen 15 000 EUR Pension und sitzen da herinnen und kassieren. Schauen Sie, und das stimmt natürlich nicht ... (Empörte Zwischenrufe bei der FPÖ.) Aber es ist ja eh wurscht, weil man hier faktenfrei reden darf. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Herr Jung, Sie kassieren 15 000 EUR Pension, und hier kriegen Sie ein Gehalt von, ich weiß nicht, ist ja wurscht, 12 000, weil es eh vollkommen wurscht ist, was man da sagt. Wir müssen gemeinsam zu etwas zurückfinden, und das heißt, wenn wir hier stehen ... (GR Mag Wolfgang Jung: Sie sind nicht in der Lage, das zu begreifen! Sie sind zu dumm!) Herr Jung, schauen Sie einmal in den Spiegel, und dann überlegen Sie sich noch einmal, wer von uns zwei ... (GR Mag Wolfgang Jung: Sie sind zu dumm!) Das war Ihr Zwischenruf, nicht meiner. Sie können sich ja zu Wort melden, heißt es immer so elegant bei Ihnen. (Zwischenrufe bei der FPÖ.)

Zur tatsächlichen Berichtigung. (GR Mag Wolfgang Jung: Was ist das für eine tatsächliche Berichtigung?) Ich komm ja nicht dazu, wenn Sie andauernd unterbrechen. Sie nehmen mir die Zeit. Sie sind ja unhöflich bis zum Gehnichts mehr. Aber das sind wir eh gewohnt da herinnen, macht ja nichts.

Wir dürfen natürlich faktenfrei reden, aber wenn wir faktenfrei sind, bin ich es hier auch und draußen auch. Wenn es eh wurscht ist, dann sagen wir halt alles Mögliche. Es ist eh nicht notwendig, wir müssen eh nur die echten Verbrecher aufzählen, aber wir können ja anfangen, irgendwas zu sagen.

Herr Gudenus, Sie wissen ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (unterbrechend): Herr Kollege Ellensohn, Entschuldigung! Kollege Ellensohn, Sie wissen, dass Sie für die tatsächliche Berichtigung eine beschränkte Zeit zur Verfügung haben. Wenn Sie die Zeit nicht nutzen, ist sie vorbei.

GR David **Ellensohn** (fortsetzend): Es geht sich genau aus. Herr Alexander Van der Bellen bekommt für seine Leistungen, die er für die Stadt Wien erbringt, keinen einzigen Euro. Ich weiß, dass das sehr schwer vorstellbar ist für die FPÖ, dass jemand etwas arbeitet und nichts kriegt. Bei Ihnen geht das ja umgekehrt: Wenn man nichts arbeitet, kriegt man einen Haufen. Das ist ein ganz anderes System bei Ihnen als bei uns. Meischberger: Wo war meine Leistung? Acht Millionen nehmen, man weiß nicht, warum. Bei uns geht das umgekehrt. Grüne leisten sogar Arbeit und nehmen zwischendurch nicht einmal für die normale Arbeit Geld. So ist es bei Alexander Van der Bellen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (unterbrechend): Kommen Sie bitte zum Schlusssatz!

GR David **Ellensohn** (fortsetzend): Zumindest alle, die herinnen waren, können sich das ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (unterbrechend): Schlusssatz! – (Lebhafte Zwischenrufe bei der FPÖ.)

GR David **Ellensohn** (fortsetzend): Herr Wansch, was ist denn? Passt schon! Ihre Doppel- und Dreifachverdiener, die alle ein paar Mal verdienen, und keiner weiß, ob es sich zwei Mal ausgeht, zu arbeiten: ein Arzt im AKH, der Herr Wansch in Seibersdorf. Arbeiten Sie alle 80, 90, 200 Stunden in der Woche?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Kollege Ellensohn, die Zeit ist abgelaufen. Es tut mir leid.

Für eine nächste tatsächliche Berichtigung ... (GR Johann Herzog: Nein, zur Geschäftsordnung!) Zur Geschäftsordnung hat sich Kollege Herzog zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

GR Johann **Herzog** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vorsitzender!

Die Wortmeldung von Ellensohn braucht man nicht näher zu kommentieren, die war nicht des Inhaltes wert, sie war aus den üblichen Negativa und Beschimpfungen bestehend, aber ich möchte eines feststellen: Die Feststellung, dass der Herr Abgeordnete 210 000 EUR bezieht, ist an und für sich richtig (GRin Marianne Klicka: Nein, das ist nicht richtig!), für welche Zwecke, ist eine andere Frage. (GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet! Was hat das mit der Geschäftsordnung zu tun?)

Ich möchte weiters in aller Deutlichkeit feststellen, dass es bisher üblich gewesen ist, dass das Wort Lügner in diesem Haus keinen Platz hat. Wir haben sogar im Landtag die Absicht, einen Katalog auszuarbeiten, wie das Verhalten Abgeordneter bewertet werden soll und in welchem Ausmaß. Das Wort Lügner hat hier nichts zu suchen. Es ist eine unglaubliche Unterstellung.

Ich möchte auch feststellen, dass es ein Abweichen von bisherigen Gepflogenheiten ist, das mich beim Kollegen Schuster echt überrascht, dass er dieses Wort mit Begründung zulässt und dazu noch eine sachliche Begründung ablegt, obwohl das grundsätzlich Sache der sozialistischen Partei wäre. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich nehme diesen Beitrag zur Geschäftsordnung so zur Kenntnis, weise aber trotzdem neuerlich darauf hin: Kollege Van der Bellen bezieht nicht 210 000 EUR. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Für die nun folgenden Wortmeldungen möchte ich bemerken, dass die Redezeit für die erste Runde nach der Begründung des Verlangens 30 Minuten beträgt. Die Redezeit jedes weiteren Redners ist mit 15 Minuten begrenzt.

Als nächster Redner hat sich Herr StR Mag Juraczka zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin ja fast ein bisschen überrascht, dass ich jetzt schon dran bin, wenn man sich dieses Geplänkel gleich

zu Beginn der heutigen Sitzung ansieht. Meine Damen und Herren, wir leben in einer Zeit, in der wir es mit einer massiven Politikerverdrossenheit zu tun haben, und das, was hier nach einer halben Stunde Sitzung abläuft, ist das beste Argument für genau so eine Politikerverdrossenheit.

Erlauben Sie, Herr Vorsitzender, wenn ich Ihnen sage, der Begriff oder der Zwischenruf Lügner ist prinzipiell etwas Ehrenrühriges. Jetzt möchte ich gar nicht auf das Thema eingehen, aber ich bin doch ein bisschen überrascht, dass ehrenrührige Zwischenrufe mittlerweile einer inhaltlichen Wertung seitens des Vorsitzenden unterzogen werden. Ich bin mir nicht sicher, ob das sinnvoll und erstrebenswert für die Zukunft ist. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Prinzipiell halte ich es aber für ganz, ganz wichtig, dass wir uns heute einem ganz eklatant wichtigen Thema für diese Stadt widmen: der Wirtschaft- und Budgetpolitik hier in Wien. Nachdem langsam, wirklich langsam, aber doch auch die Repräsentanten der politischen Linken draufgekommen sind, es gibt die Richtigkeit einer einfachen Lebensweisheit, nämlich man kann auf Dauer nicht mehr ausgeben, als man einnimmt, stellt sich nun eigentlich nur die Frage, wie wir diese Stadt auf wirtschaftlich gesunde Beine stellen, wie wir es schaffen, unseren Kindern und Enkeln Zukunftsperspektiven und nicht nur Schulden zu übergeben.

Zu diesem Thema gibt es ja bekanntlich zwei ganz unterschiedliche Lösungsansätze. Zum einen die alte sozialdemokratische Schule: Rauf mit den Steuern, rauf mit den Gebühren, rauf mit den Abgaben, um mehr Geld zum Umverteilen zu haben, mehr Geld – ich sage es ganz offen – für Klientelpolitik.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch an Aussagen des Herrn Bürgermeister, von dem ich auch bedaure, dass er heute nicht bei uns ist, anlässlich der Erstellung des Reformpakets auf Bundesebene erinnern. Er hat noch vor wenigen Wochen verlangt, dass 70 Prozent des Reformvolumens über neue Steuern kommen, über neue Gebühren. Das hat er ganz ungeniert in Presseinterviews gesagt. Ich kann Ihnen sagen, glücklicherweise geht es nicht überall nach ihm. Eine verantwortungsvolle ÖVP auf Bundesebene hat nämlich das durchgesetzt, was, wie ich denke, eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, nämlich sparsam mit dem Geld der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen umzugehen.

Ohne ÖVP hätte es wahrscheinlich auch auf Bundesebene das gegeben, was die Wiener und Wienerinnen nach einem Jahr Rot-Grün in dieser Stadt schmerzvoll am eigenen Leib erleben müssen: eine Steuer- und Gebührenlawine ungeahnten Ausmaßes. Von Vermögenssteuern war da die Rede, von Erbschaftssteuern, Schenkungssteuer, Erhöhung der Körperschaftssteuer, ja selbst eine absurde Akademikersteuer war ja nicht absurd genug, um nicht von Seiten der Sozialdemokratie platziert zu werden.

Rot und Grün wollen die Menschen aussackeln, wollen abkassieren, abzocken, die Menschen damit in

Abhängigkeit bringen und unfrei machen. Und dort, wo sie das können, hier in unserer wunderschönen Heimatstadt Wien, tun sie das auch mit Hemmungslosigkeit, sie tun das mit Begeisterung. Sie verteuern das Wasser um 33 Prozent, die Müllgebühr, das Abwasser, die Hundeabgabe um schlanke 65 Prozent, die U-Bahn-Steuer um bescheidene 177 Prozent, die ORF-Landesabgabe, die Ortstaxe, die Kurzparkscheine um 66 Prozent. Und dann nehmen sie ganz viel Geld in die Hand und inserieren. Ein System, das offensichtlich hier in Wien erfunden wurde und das von einem ehemaligen Wohnbaustadtrat dieses Hauses ganz offensichtlich zur Perfektion gebracht wurde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Liebe rot-grüne Landesregierung! Sie haben keine Hemmung dabei, die Verteuerung der Parkscheine in einer sündteuren Inseratenkampagne damit zu erklären, dass es dadurch weniger Lärm in dieser Stadt gäbe. Anders gesagt: Sie pflanzen die Wiener, und die dürfen dafür noch brav zahlen. *(Beifall bei der ÖVP. – GR David Ellensohn: Das stimmt ja gar nicht!)* Da steht sehr wohl, dass die Teuerung ... *(Neuerlicher Zwischenruf von GR David Ellensohn.)* Wir können das nachher klären. Ich kann Ihnen gerne die Inserate zeigen. *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Lieber Kollege Maresch, auch Sie sollten wissen, dass die Wahrheit zumutbar ist *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ja, genau! Die Wahrheit über die ÖVP!)*, und wenn ich Ihnen das sage, dann können Sie mir das glauben. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Da sage ich nur, Strasser!)* Jetzt hören Sie zu! Ich glaube, es wird noch viel Interessantes für Sie dabei sein. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ja, Strasser!)*

Die Wiener ÖVP steht nämlich für einen gänzlich anderen Weg. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Harald Himmer, sage ich da nur!)* Die Wiener ÖVP steht für Sparsamkeit. *(Ironische Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Jetzt regen Sie sich nicht auf! Die Wiener ÖVP steht für eine schlanke, effektive Verwaltung, und die Wiener ÖVP steht für Gerechtigkeit. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Harald Himmer!)* Aufpassen! Wir stehen für Gerechtigkeit. Das ist das, was Sie alle so gerne plakatieren, das ist das, was Sie so gerne inserieren, obwohl Sie nicht Gerechtigkeit meinen, sondern Gleichheit. Sie wollen die Menschen gleich machen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Nein!)*

Und ich sage Ihnen, es ist nicht gerecht, wenn es keine Fairness gegenüber jenen gibt, die dieses Sozialsystem finanzieren. Ich bin für Hilfe für alle, die Hilfe benötigen, ich bin für die christlich-sozial motivierte Hilfe zur Selbsthilfe *(GR Mag Rüdiger Maresch: Aha!)*, ich bin aber auch für Gerechtigkeit für jene, die die Hilfe ermöglichen. Ich bin nicht dafür, dass die Fleißigen in dieser Stadt permanent nur geschöpft werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn wir von Gerechtigkeit reden, meine sehr geehrten Damen und Herren, frage ich Sie: Ist es gerecht, dass es in dieser Stadt zwei verschiedene Arten von öffentlich Bediensteten gibt? Ist es gerecht, dass die Pensionsreform der Beamten in Wien erst am Sankt Nimmerleinstag nachvollzogen wird? Nein! Es ist zutiefst

ungerecht und kostet die Wienerinnen und Wiener strukturell 350 Millionen EUR. *(Beifall bei der ÖVP. – Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Ein ganz interessantes Thema – ich weiß, es ist eines der Lieblingsthemen des heutigen Tages von Ihnen, liebe Kollegen der GRÜNEN –: Ist es gerecht, wenn der Wiener Steuerzahler einen grünen Wahlkampfschmäh finanzieren muss? Alexander Van der Bellen hat zwar bei der Gemeinderatswahl auf der grünen Liste kandidiert, aber nie daran gedacht, ins Rathaus zu wechseln. Und damit es nicht allzu sehr nach einem der vielen grünen Umfaller aussieht, wurde der Universitätsbeauftragte geschaffen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Telekom, sage ich da nur!)* Und jetzt hören Sie mir gut zu! Kosten für den Wiener Steuerzahler: 210 000 EUR! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Amon!)* Stimmt es, oder stimmt es nicht? Danke! *(Beifall bei der ÖVP. – GR Mag Rüdiger Maresch: Himmer, Strasser, Amon!)*

Und weil Beauftragte für Rot-Grün irgendwie ganz offensichtlich was Lustiges sind oder zumindest etwas Amüsantes haben, ist man gleich besonders kreativ. Da gibt es die Radfahrbeauftragten, die Fußgängerbeauftragten *(GR Karlheinz Hora: Wer ist der Fußgängerbeauftragte?)* und jetzt neuerdings einen Schulschwänzerbeauftragten. *(GR Karlheinz Hora: Wer ist der Fußgängerbeauftragte?)* Ich komme gleich darauf, Herr Kollege Hora. *(GR Karlheinz Hora: Sagen Sie uns das! Das möchte ich gerne hören!)*

Um nicht falsch verstanden zu werden: Das permanente Missachten der Schulpflicht durch Kinder, aber noch viel mehr durch deren Eltern oder durch manche Eltern ist kein Kavaliersdelikt. Da muss man schon etwas tun, da ist die Politik gefordert. Aber braucht es für jeden dieser Bereiche einen Beauftragten? *(GR Karlheinz Hora: Wer ist der Fußgängerbeauftragte?)* Ist das nicht wirklich die Aufgabe des jeweiligen Ressortverantwortlichen?

Ja, ganz offensichtlich sind das Themen, die der Opposition in dieser Stadt zu Recht unter den Nägeln brennen, und ich weiß, bis vor wenigen Monaten, bevor Sie an der gemütlichen Sonnenseite der Regierung waren und plötzlich alles, was Ihnen früher wichtig und ernst war, verleugnen, haben Sie diese Dinge auch kritisiert. Ich weiß noch, was Sie zum Valorisierungsgesetz gesagt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und während sich in anderen Bundesländern die Landeshauptmänner aktiv in die Regierungsarbeit einbringen und ein Ressort leiten, ist Wien – es wurde schon gesagt – auch hier anders. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ein bisschen extemporieren darf man schon!)* Der Stillstand in dieser Stadt wird verwaltet vom nichtamtsführenden Bürgermeister Michael Häupl, seines Zeichens auch nichtamtsführender Stadtschulratspräsident.

Durchforsten wir einmal ernsthaft ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: So wie Sie nichtamtsführender Stadtrat sind!)* Kontrolle ist Ihnen plötzlich nicht mehr wichtig, Herr Kollege Maresch. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich

weiß, Kontrolle ist kein Thema mehr, denn Sie wissen ohnehin, wie es funktioniert. *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Natürlich. Durchforsten wir einmal ernsthaft, wenn wir ans Sparen denken, den Wiener Subventionsdschungel. Die Wiener ÖVP fordert seit Langem einen Subventionsbericht nach Salzburger Vorbild. Allein im Kulturbereich subventioniert die Stadt in etwa 200 Millionen EUR. Und wenn man sich die Situation der letzten Tage ansieht, steigt zumindest bei mir die Befürchtung, dass beispielsweise 4 Millionen in die Kunsthalle nicht ideal angelegt waren. *(GR Mag Wolfgang Jung: Fragen Sie den Lobo! Der hat sich dort engagiert!)*

Und wenn wir das Sparpotenzial in unserem Wien durchleuchten, meine Damen und Herren, dann stellt sich natürlich auch die Frage, weshalb in dieser Stadt jedes große Bauvorhaben in die Hose gehen muss. Warum wird jedes große Bauvorhaben zum Millionengrab? Millionen und Abermillionen sind hier durch Missmanagement, Planungschaos oder vielleicht auch Schlimmeres in den letzten Jahren versickert. Ich sage nur – und ich stelle keinen Anspruch auf Vollständigkeit – Zentralfeuerwache, Prater-Vorplatz, Planung des Hauptbahnhofes, Dachausbau MA 33 Senngasse, Ronacher, Sondermedizinisches Zentrum Süd, Liesingbach, Dornierplatz, Tribüne Krieau, Albert-Schultz-Halle und so weiter und so weiter.

Ich kann angesichts dieser Faktenlage an die rot-grüne Stadtregierung nur appellieren: Stoppen Sie bitte diese beispiellose Belastungswelle auf Kosten der Wienerinnen und Wiener! Was diese Stadt dringend braucht, ist eine neue, eine zukunftsweisende Wirtschafts- und Budgetpolitik. Warum ist es auf der ganzen Welt eine Selbstverständlichkeit, dass die Großstädte Wirtschaftsmotoren sind? Nur Wien ist anders, denn Wien hat nicht nur regelmäßig im Bundesländervergleich die höchste Arbeitslosenquote, sondern es hat auch, gemeinsam mit Kärnten, die geringsten Wachstumszahlen ganz Österreichs. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Die höchsten Schulden hat Niederösterreich! Das sind die Schwarzen!)* Sie können sich gerne zu Wort melden, Herr Maresch. *(Weiterer Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Freut mich, ich werde Ihnen gerne zuhören. Sie sollten aber ein bisschen entspannter sein. Das tut Ihnen nicht gut, wenn Sie sich so aufregen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Halten Sie sich an die Fakten!)*

Wir stehen jedenfalls weltweit vor wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Was macht Wien in so einer Situation? – Es erhöht die U-Bahn-Steuer um das fast Dreifache, treibt damit die Lohnnebenkosten in die Höhe und gefährdet ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: Sie wollen nur ablenken von Ihren Skandalen!)* Kann man das bitte dann im Protokoll nachlesen bezüglich der Ordnungsrufe. Ich weiß, Sie sind da sehr kritisch, aber vielleicht schaffen wir es. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Mistelbach ist in Wirklichkeit bankrott!)*

Man treibt die Lohnnebenkosten ohne Not in die Höhe und gefährdet damit das ganz Wesentliche in dieser Stadt: Arbeitsplätze. Die regelmäßige Absiedlung

von großen Unternehmen von Wien ins Umland darf bei so einer Standortpolitik auch nicht weiter wundern. Ich hätte gerne den Kollegen Strobl gefragt, was er dazu zu sagen hat, aber ich verstehe natürlich, dass er sich das lieber nicht anhören möchte.

Die Wiener ÖVP will jedenfalls eine aktive Standortpolitik, die es für Unternehmen attraktiv macht, sich wieder in dieser Stadt, in Wien, niederzulassen. Wir wollen einen Bürokratieabbau, damit Firmengründungen in Wien nicht zum Spießrutenlauf verkommen, und wir wollen endlich eine schlanke, eine motivierte und eine effektive Verwaltung für unsere Stadt. Denn eines sei Rot-Grün ins Stammbuch geschrieben: Der Wohlstand einer Gesellschaft entsteht nicht durch Umverteilung, sondern durch den Fleiß und die Leistung jedes Einzelnen von uns. – Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich GR Dipl.-Ing Margulies. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mit einem Dank an die Vorsitzführung beginnen. *(GR Johann Herzog: Na klar! Das ist einmalig!)* Und zwar tatsächlich. Es freut mich, dass endlich unterschieden wird, ob faktenfrei argumentiert wird oder wider besseren Wissens. *(GR Johann Herzog: Richtig! Eine subjektive Vorsitzführung!)* Und nachdem man bei Kollegen Gudenus nicht mehr annehmen kann, dass er nicht wüsste, dass Alexander Van der Bellen persönlich überhaupt keinen Cent aus der Funktion als Universitätsbeauftragter erhält, haben Sie wiederholt den Eindruck erweckt, dass Van der Bellen dasjenige macht *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das Phantom des Rathauses!)*, worin Ihre Menschen, Ihre Mitglieder, Ihre Funktionäre Meister sind. Die Freiheitlichen sind die Meister im Abkassieren, im Doppelverdienen ohne Leistung. Ja, das können Sie. Da wissen Sie, worüber Sie sprechen.

Aber das den GRÜNEN zu unterstellen wider besseren Wissens, ist eine Zumutung *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wählertäuschung!)*, und ich freue mich, dass hier in diesem Haus hinkünftig darauf Wert gelegt wird, dass auch seitens der Redner und Rednerinnen – aber es ist in der Regel eigentlich fast immer der Herr Gudenus, vielleicht hin und wieder der Herr Jung – nicht bewusst die Unwahrheit gesagt wird.

Ich möchte mich jedenfalls beim ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Beweisen Sie das!)* Entschuldigung! *(GR Mag Wolfgang Jung: Reden Sie nicht nur heiße Luft! Sie sind ein Lügner mit dieser Behauptung!)* Sehen Sie, das war wieder eine faktenfreie Behauptung des Herrn Jung. *(GR Mag Wolfgang Jung: Was Sie behaupten, ist faktenfrei!)* Aber es macht nichts, denn man muss auch unterscheiden, wer etwas sagt. Was der Herr Jung sagt, ist so was von vollkommen wurscht! Das ist heiße Luft. Herr Jung ist heiße Luft. Wurscht, er kann reden, was er will. Er hat in seinem ganzen Leben nichts gearbeitet. Er war beim Bundesheer, hat es sich gut gehen lassen,

kriegt jetzt eine Pension. Er ist ein Doppelverdiener. Liefert nichts. Der Kollege Jung – es tut mir leid – hat in seinem ganzen Leben nichts geleistet. Das ist tatsächlich auch die Wahrheit. Aber was soll's. Er darf hier herinnen sitzen und kostet den österreichischen Steuerzahler ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Kollege Margulies, bitte aufpassen bei Untergriffen.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** *(fortsetzend)*: Sie haben recht!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Kollege Jung hat während seiner Zeit im Verteidigungsministerium eine Tätigkeit ausgeübt, und man kann nicht sagen, er hat nichts gearbeitet. *(GR Johann Herzog: So ist es!)* Und daher bitte auf diese Untergriffe wirklich aufpassen.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** *(fortsetzend)*: Kollege Schuster, Sie haben selbstverständlich recht. Er war dort beschäftigt, aber nach meinen Informationen hat er dort nichts gearbeitet. Er war dort beschäftigt, das nehme ich zur Kenntnis. Nichtsdestoweniger, der Kollege Jung ist mir eigentlich egal *(GR Mag Wolfgang Jung: Offenbar nicht!)*, und ich möchte auch nicht mehr Zeit auf ihn verwenden. *(Lebhafte Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Anders verhält es sich tatsächlich, wenn wir uns als GRÜNE in so einer Sitzung der unterschiedlichsten Sachen zeihen lassen müssen, und zwar von jemandem, der auf Du in Du mit Mördern und Kriegsverbrechern zusammensitzt und dann glaubt – für alle, die es nicht wissen, der Herr Kadyrow ist gemeint –, er könne ÖVP, SPÖ oder GRÜNE belehren. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Sie sitzen, nur um Ihre Ausländerfeindlichkeit weiter zu pflegen, mit einem Kriegsverbrecher zusammen in der Hoffnung, möglichst viele Menschen dem Herrn Kadyrow wieder in den Rachen werfen zu können. Das ist verwerflich und das ist eines Politikers unwürdig! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Es ist generell – das haben wir schon gemerkt – Sorgfalt nicht im Interesse der FPÖ, sonst wäre Ihre Argumentation anders. *(Zwischenruf von GR Johann Herzog.)* Kollege Herzog, ich habe mir ja vorher gedacht, ich muss bei Ihnen denselben Zwischenruf machen, aber als Sie dann zu Ihrer tatsächlichen Berichtigung herausgegangen sind, habe ich mir gedacht, vielleicht hat er es immer noch nicht geschnallt, dass der Kollege Van der Bellen nichts verdient, vielleicht ist es tatsächlich so, dass der eine Ordnungs... *(GR Johann Herzog: 210 000 EUR bezieht er für Infrastruktur, und der Steuerzahler zahlt!)* Nein, es ist wurscht, es zahlt sich auch nicht aus, auf Sie länger einzugehen.

Ich komme zur ÖVP, bevor ich mich dann inhaltlich mit der Argumentation auch dieser Sondersitzung auseinandersetze.

Herr Kollege Juraczka – ah, er telefoniert gerade, nichtsdestoweniger *(GR Mag Rüdiger Maresch: Er telefoniert mit der Telekom!)* –, wenn die ÖVP auch nur alle Spenden, die sie in den letzten zehn Jahren erhalten hat und wo sie sich weigert, offenzulegen, wer der ÖVP etwas gespendet hat, zurückzahlen müsste, dann wäre die ÖVP nicht nur politisch, wie sie es jetzt schon ist, sondern auch finanziell konkursreif.

Die ÖVP, auch die ÖVP-Wien, erhält Spenden, wo sie sich geniert, zu sagen, von wem die Spenden denn tatsächlich kommen, und es irritiert mich wirklich, dass man bei der ÖVP nicht weiß, wer diejenigen sind, die ihr tatsächlich Geld zur Verfügung stellen. Jetzt wird kommenden Freitag Ihr bisheriger Chef ausgeliefert. Auf der einen Seite war er der Chef, auf der anderen Seite, sind Sie, glaube ich, der Chef von ihm gewesen, und er war Ihr Stellvertreter in der ÖVP. Nichtsdestoweniger werden wir da den Aufklärungsbedarf mit Sicherheit stillen können und werden schauen, ob und inwiefern diejenige Person – ich könnte den Namen jetzt aussprechen, aber er ist nicht hier und kann sich nicht wehren – zur Verantwortung zu ziehen sein wird.

Aber wirft das nicht ein erschreckendes Bild auf die ÖVP, dass der stellvertretende Wiener Vorsitzende auf der einen Seite und auf der anderen Seite Ihr Chef ausgeliefert wird? (*Zwischenruf von StR Mag Manfred Juraczka.*) Hier im Haus ist der Peter Pilz, seit ich dabei bin, mit Sicherheit nicht ausgeliefert worden. (*Neuerlicher Zwischenruf von StR Mag Manfred Juraczka.*) Entschuldigung! Weswegen? Nicht wegen Korruption, nicht wegen irgendetwas anderem, sondern möglicherweise wegen übler Nachrede, da gebe ich Ihnen ja recht, aber dem Kollegen Peter Pilz hat noch nie jemand auch nur ansatzweise unterstellt, sich bereichert zu haben.

Manche sind, und ich gebe zu, auch ich bin manchmal nicht ganz glücklich mit der Wortwahl des Kollegen Pilz, er ist scharf et cetera, und manche fühlen sich durch die pointierten klaren Aussagen von Kollegen Pilz auf den Schlipps getreten und sie klagen ihn. Ja, deswegen ist der Kollege Pilz tatsächlich, glaube ich, schon ein Mal oder zwei Mal ausgeliefert worden. Aber das ist ein Unterschied, ob ich, weil ich Korruption anprangere, ausgeliefert werde, oder ob ich ausgeliefert werde, weil ich korrupt bin. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Und wenn ich mir anschau, was jetzt massenweise mit ÖVP- und FPÖ-Politikern passiert (*GR David Ellensohn: Das ist ein Wahnsinn!*), dann besteht nicht der Verdacht, dass sie scharf über Korruption reden, sondern es besteht der Verdacht, dass sie die Nutznießer der Korruption waren. Und das ist es, was die Politikverdrossenheit in immer höhere Sphären treibt, und das ist es, was wir gemeinsam bekämpfen müssen.

Hier versucht vor allem die FPÖ, insbesondere mit ihrem ganzen Getue über Ausländerfeindlichkeit und Abzocke et cetera abzulenken, hier versucht die ÖVP abzulenken mit einem Verhaltenskodex (*GR David Ellensohn: Den braucht es schon!*) mit einem Verhaltenskodex, der, noch bevor er geschrieben wird, ad absurdum geführt wird. (*Ironische Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Man spricht darüber, der Kollege Amon kann einfach eine Rechnung von 10 000 EUR – mittlerweile heißt es, es sind 20 000 EUR – nicht erklären. Keine Ahnung, wo die Leistung war, aber Konsequenzen? Keine! Nein, aber wir machen einen Verhaltenskodex. (*GR David Ellensohn: Man darf sich nur nicht erwischen lassen!*) Steht dann dort drinnen, wenn ich für eine Rechnung nicht mehr weiß, warum ich das Geld kassiert

habe, darf ich trotzdem bleiben (*GR Mag Rüdiger Maresch: Genau!*), oder steht drinnen, ich habe zwei Wochen oder vier Wochen Zeit, um zu zeigen, wofür ich dann doch kassiert habe? (*Zwischenruf von StR Mag Manfred Juraczka.*) Nein, aber das ist sozusagen für mich die Frage, wie Sie das mit dem Verhaltenskodex anlegen wollen. Für wen soll der gut sein, wenn er selbst im ersten Fall, wo er anzuwenden wäre, ohne Konsequenzen ist?

Aber dann stellen Sie sich her, ähnlich dem Kollegen Gudenus – ich vermische jetzt inhaltlich ein klein wenig – , und es geht darum: Wie teuer ist die Politik? Da sagen Sie sachlich richtig, die Tätigkeit des gesamten Büros des Universitätsbeauftragten inklusive all dessen, was geschieht, und endlich gelingt es, Bund und Wien gerade in der Frage der Universitätsstandorte einmal an einen Tisch zu bringen. Also das ist immerhin einmal schon sehr, sehr, sehr viel. Wir haben 210 000 EUR für alles, was hier geschieht, und null Euro für Van der Bellen. Dann gibt es andere Politiker, die kosten die Stadt Wien 120 000 EUR und lesen vom Blatt runter. (*Ironische Heiterkeit bei den GRÜNEN.*)

Also es ist ja nicht so, dass sozusagen die Kosten-Nutzen-Rechnung bei Alexander Van der Bellen schlecht wäre für die Stadt. Ganz im Gegenteil! Das Geld, das für den Universitätsbeauftragten, für das gesamte Büro eingesetzt wird (*GR Mag Wolfgang Jung: Was kann er denn machen? Was ist seine Kompetenz?*), wo eine Person auch ehrenamtlich tätig wird, kommt vielfach in Form von Know-how, Forschung und Wissenschaft nach Wien zurück. Das ist gut so. Das ist gut für Wien, und das ist gut für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Wien.

Aber ich möchte jetzt noch einmal auf die Politiker- und Politikerinnenkosten kommen, weil das angeprangert wird. Wo sind die Pro-Kopf-Kosten für Politiker und Politikerinnen am niedrigsten? Also was kostet eine Körperschaft? Sind sie am niedrigsten in Niederösterreich? – Nein. Sind sie am niedrigsten in Kärnten? (*GR Mag Dietbert Kowarik: Ja!*) Nein – das war jetzt aber eine interessante, eine spannende Intervention, die hat mich fast aus dem Konzept gebracht –, in Kärnten kostet ein Politiker ungefähr vier Mal so viel wie in Wien. Macht nichts! Also ich löse auf: Die günstigsten Kosten für Politiker und Politikerinnen pro Kopf der Einwohner sind mit Abstand in Wien mit 14 EUR. Überall anders ist es viel teurer. Da leisten sich manche Bundesländer eine Landesregierung in einer ähnlichen Größenordnung wie Wien, nur dass sie daneben nicht noch die Tätigkeit der Gemeinderäte und Gemeinderätinnen haben, also eines Stadtsenates, und dass sie daneben vielleicht auch nur ein Fünftel der Einwohner und Einwohnerinnen haben wie Wien.

Also man sollte meines Erachtens schon halbwegs vergleichbare Sachen vergleichen, und dann wird man erkennen, dass die Kosten der politischen Vertretung in Wien mit Abstand die günstigsten sind, und weil Rot-Grün auch mit Abstand am besten regiert ist in diesem Lande. (*Beifall bei den GRÜNEN.*) Das erlaube ich mir, einmal in dieser Deutlichkeit zu sagen. (*Zwischenruf von*

GR Mag Johann Gudenus, MAIS.) Na, ich frage Sie: Familie, Durchschnittsverdiener, 1 500 EUR brutto eine Person, 1 700 EUR die andere Person, ein fünfjähriges Kind, ein achtjähriges Kind. Wo lebt diese Familie am günstigsten? Wo? Irgendwo anders oder in Wien? Das ist nicht schwer. Irgendwo anders oder in Wien? Eine 50-50-Chance. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *In Wien natürlich!*) In Wien! Diese Familie lebt in Wien am allergünstigsten. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Mit 250 EUR mehr Belastung!*) Sie können es nachrechnen, welche Unterstützungen es in Wien gibt, wie der öffentliche Verkehr ausgebaut ist, wie Mobilität in Wien funktioniert, wo ein Gratiskindergarten ist, et cetera, et cetera.

Es ist auch kein Wunder, dass Wien immer größer wird, weil Menschen tatsächlich auf eine Stadt wie Wien stehen. Schön ist das. Machen Sie nicht immer alles madig! Sie können gerne dort kritisieren, wo es sinnvoll erscheint, aber man muss ja nicht alles schlechtmachen. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Das ist die wahre Verwandlung!*)

Sie erwarten, dass in einer Zeit, wo Wirtschaftswachstum zurückgeht oder stagniert, wo die Inflation 2,5 bis 3 Prozent ist, die Arbeitslosigkeit steigt (GR Mag Dietbert Kowarik: *Es steigt ja alles!*), dass die Gemeinde Wien ihre Ausgaben zurückschraubt, Sie erwarten, obwohl die Menschen mehr Unterstützung brauchen, im Sozialbereich, Gesundheitsbereich, Pflege, Bildung, dass die Gemeinde Wien ihre Ausgaben kürzt. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Es ist ja alles im Steigen!*) Das ist das, was ich ständig von Ihnen höre. Und ich sage es Ihnen ganz ehrlich, genau in einem Zeitpunkt, wo die Wirtschaft schwächelt, sind Kommunen auch notwendigerweise dazu da, um Menschen zu unterstützen und die soziale Sicherheit sicherzustellen und zu gewährleisten und dazu benötigt man auch Geld. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Ja, sparen! Sparen!*) Doch Sie sind die Schutzpatrone der Reichen und Superreichen! Deshalb dürfen wir es denen nicht wegnehmen. Und ja, ich will mich ja da hier nicht herstellen und die Unwahrheit sagen. Das heißt, wenn nicht das oberste Prozent, so wie oft genug schon gesagt, mehr an Steuerleistung trägt, dann wird es irgendjemand anderer bezahlen oder wir müssen ganz vielen Menschen etwas wegnehmen (GR Mag Dietbert Kowarik: *Sparen! Sparen!*) und das wollen wir nicht. Was ist denn Sparen? Sparen ist Menschen etwas wegzunehmen. Wenn eine Gemeinde spart, wenn ein öffentlicher Haushalt spart, dann heißt das in der Regel (GR Mag Wolfgang Jung: *Einsparen!*), Menschen etwas wegzunehmen. Das heißt es, wenn der öffentliche Haushalt spart. (GR Mag Wolfgang Jung: *Einsparen! Und die Skandale? – Aufregung bei der FPÖ.*)

Sie reden über die Vergangenheit, Sie reden gerne über die Vergangenheit. Damals in der Vergangenheit haben Sie sich vielleicht noch wohl gefühlt. Wir regieren jetzt seit gut einem Jahr. Seit gut einem Jahr regieren wir, dafür sind wir verantwortlich. (StRin Veronika Matiassek: *Ja und die Skandale?*) Es gibt bislang ... Niemand ist davor gefeit. Ich meine, in einem Magistrat,

wo 70 000 Menschen arbeiten, wir wissen das alle miteinander, gibt es selbstverständlich auch schwarze Schafe. Keine Ahnung, was da alles auf uns zukommt. Es kommt dann immer auf die Konsequenzen an. Aber es gibt keinen Planungsskandal, es gibt keinen Demokratieskandal, nichts. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Ja, für Sie nicht!*)

Das Einzige, was Sie kritisieren, das ist ja das Faszinierende, ist, Sie kritisieren an den GRÜNEN (GR Mag Dietbert Kowarik: *Für Sie gibt es keine Skandale!*), dass die GRÜNEN sich in einer Regierung dafür einsetzen, das umzusetzen, was wir auch gesagt haben. Sie kritisieren das Parkpickerl. (GR Mag Wolfgang Jung: *Und die Wahlrechtsreform?*) Die Ausweitung des Parkpickerls war eine zentrale Forderung der GRÜNEN (Mag Wolfgang Jung: *Die Wahlrechtsreform! Die Wahlrechtsreform!*), würde ich einmal sagen, und da sind wir als GRÜNE so wie bei der Absenkung der Tarife für die Wiener Linien (GR Johann Herzog: *Valorisierung, Erhöhung, das ist eine Scherzerklärung! – Aufregung bei der FPÖ.*), sehr ... Schauen Sie, gehen Sie raus und fragen Sie einen oder eine der 350 000 JahreskartenbesitzerInnen, ob sie jetzt mehr zahlen oder weniger. (GR Johann Herzog: *Fragen Sie die Pensionisten!*) Fragen Sie die Monatskartenbesitzer und -besitzerinnen, ob sie am 1. Mai mehr zahlen oder... (GR Johann Herzog: *Ja, und die Pensionisten?*) Die Pensionisten zahlen auch nicht mehr (GR Johann Herzog: *Aber weniger ist es auch nicht geworden! – Weitere Aufregung bei der FPÖ.*) und ein Teil der Pensionisten zahlt sogar weniger. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Alle Männer zwischen 60 und 65!*) Die Männer zwischen 60 und 65 - da wurden wir leider von der EU dazu gezwungen, diese Regelung so zu machen in einem gewissen Zeitraum. (GR Johann Herzog: *Aber schon freiwillig!*) Aber wir senken die Tarife. Wir machen eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung. Wir machen im öffentlichen Verkehr und auch in der Verkehrspolitik genau das, wofür wir angetreten sind. Wir setzen uns durch. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Da könnte man sagen, Sie sind ein Lügner wider besseren Wissens! – Aufregung bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ein Lügner wider besseren Wissens!*) Schauen Sie ... (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Mit dem Maßstab hier im Haus könnte man sagen, Sie sind ein Lügner und sagen das wider besseren Wissens! Sie sagen die Unwahrheit! – Aufregung bei den GRÜNEN. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wider besseren Wissens!*) Kollege Gudenus, heiße Luft wird nicht besser, wenn sie aus Ihrem Mund kommt, mit Sicherheit nicht. (Aufregung bei der FPÖ.) Schauen Sie, Sie sind der König des faktenfreien Argumentierens, vielleicht gerade noch geschlagen vom Kollegen Jung. Aber ansonsten kommt aus Ihrem Mund so gut wie nie eine ernsthafte Ansage, die tatsächlich der Realität entspricht. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Wo sind die GRÜNEN? Wo setzen Sie was um?*) Sie treffen sich gerne mit einem Massenmörder Kadyrow. Das ist Ihr Stil, das ist nicht meiner. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Keine*

*Einsparung!*) Sie sind der Meinung, dass Ausländer und Ausländerinnen, unsere ausländischen Mitbürger in Wien, keine Sozialleistungen bekommen sollen. Ja, wir sind unterschiedlicher Meinung. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Die Drittstaatsbürger! Die Drittstaatsbürger!*) Mir wäre lieber ... (GR Mag Wolfgang Jung: *Sie sagen wider besseren Wissens die Unwahrheit!* – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Man könnte Sie als Lügner bezeichnen!*) Kollege Gudenus, Sie dürfen tun und lassen, was Sie wollen. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Danke!* – GR Mag Dietbert Kowarik: *Bravo!*) Machen Sie es einfach! Stellen Sie sich gegen die Wand, sprechen Sie mit der Wand, sagen, Lügner, Lügner, Lügner. Stellen Sie sich ins Winkler, schauen Sie sich in den Spiegel, sagen, Lügner, Lügner, Lügner. Sie haben ja immer recht, es ist in Ordnung. Wirklich wahr, es ist ja lächerlich und so etwas ist ein Klubobmann! Es ist wahrscheinlich gescheiter, er trifft sich mit dem Kadyrow und macht sonst nichts. (GR Mag Wolfgang Jung: *Das ist Ihre Verzweiflung, weil Sie nichts durchsetzen!*)

Nichts desto weniger, Wien hat durch die Krisenzeiten, das wissen Sie, allein an Ertragsanteilen mit Einnahmefällen von über 1 Milliarde EUR in den letzten 3 Jahren zu rechnen gehabt. Das wissen Sie oder Sie lesen das Budget nicht. Ansonsten schauen Sie sich die Kurven an. (GRin Henriette Frank: *Sie haben das vor eineinhalb Jahren behauptet! Ja!*) Ich habe Ihnen vor eineinhalb Jahren von Einnahmefällen ... Sicher nicht, schauen Sie nach. Die Ertragsanteile, wären sie nur annähernd so gestiegen, wie wir uns das erhofft haben auch 2007, 2008 ... (GR Mag Wolfgang Jung: *Ja wo? GR Johann Herzog: Wo bitte? - StR David Lasar: Das traut Ihnen nicht einmal mehr der Inflationspartner zu! - Aufregung bei GRin Henriette Frank.*) Ja, entlang der Inflationsrate, ja genau. Was wurde auf Bundesebene dazu getan, um diese Steuerausfälle zu kompensieren? (GR Mag Wolfgang Jung: *Fragen Sie die SPÖ! Die stellt den Kanzler!*) Nichts. Unter wessen Beifall? Unter Beifall der FPÖ, weil es gibt zwei Parteien in diesem Lande, die schützen die Reichen. Eigentlich drei, nur eine davon ist hier im Haus nicht vertreten. Das ist die ÖVP, die das ganz offensiv macht, das ist die FPÖ, die immer ein bisschen Flip-Flop ..., aber wenn es dann darauf ... (GR Johann Herzog: *Wer sind die Reichen?*) Einigen wir uns darauf, das oberste Vermögensprozent ist wirklich reich. (Aufregung bei der ÖVP.) Das oberste Vermögensprozent beginnt ab einer Größenordnung von ungefähr 800 000 EUR Vermögen. (GR Johann Herzog: *Wer sind denn die wirklich Reichen?*) Entschuldigung, ich höre Sie nicht! (GR Johann Herzog: *Laut genug war es ja!*) Es tut mir leid, aufstehen beim Sprechen. (GR Johann Herzog: *Was man nicht hören will, hört man nicht!*) Ja, möglich, nichts desto weniger. Sie schützen diese Menschen mit all Ihrer Überzeugung und Inbrunst. Es ist Ihnen egal, dass 1 Prozent auf Kosten von 99 Prozent schmarrotzt. (GR Mag Rüdiger Maresch: *So wie der Prinzhorn!*) Das ist Ihnen vollkommen egal. Ich gebe Ihnen ein Beispiel und dann bin ich eh fertig: 100 Kinder (GR Ing Udo Guggenbichler:

*Aus Tschetschenien!*), 1 Kind von diesen 100 erhält 33 Wurstsemmeln, weitere 9 Kinder erhalten ebenfalls 33 Wurstsemmeln und 90 Kinder zusammen erhalten ebenfalls 33 oder 34 Wurstsemmeln, egal, dass es sich auf 100 ausgeht. Und dann sagen Sie, ich benötige 2 Wurstsemmeln, wer gibt sie mir? Die GRÜNEN sagen, das Kind, das die 33 Wurstsemmeln hat und alleine da steht, soll 2 Wurstsemmeln hergeben. ÖVP und FPÖ sagen, die 90, die die 33 Wurstsemmeln haben, sollen überall ein bisschen was runterschneiden, damit 2 Wurstsemmeln zusammenkommen und geben diese dann her. Das ist sozusagen versinnbildlicht Ihre Budgetkompetenz. Sie nehmen denjenigen was weg, die eh schon nichts haben und das wollen Sie auf Wien übertragen! Dafür stehen wir nicht zur Verfügung! Ich danke sehr. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Dietbert Kowarik: *Wurstsemmel ist besser für Wien! – Aufregung bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Dr Wansch zum Wort gemeldet und ich erteile es ihm.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Gemeinderates von der SPÖ! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist heiß hier draußen von der heißen Luft, die der Kollege Margulies hier hinterlassen hat und es ist voller Brösel am Rednerpult von der Wurstsemmelenteignungsaktion und dem Vortrag über Kommunismus und Enteignung vom Kollegen Margulies, so wie es der Ideologie der GRÜNEN entspricht. (Beifall bei der FPÖ.- Heiterkeit bei den GRÜNEN.)

Der Herr Kollege oder Nichtkollege Van der Bellen beschäftigt den Wiener Gemeinderat überraschend viel. Deshalb überraschend viel, weil er die Wählerinnen und Wähler belogen hat. Er hat die Wienerinnen und Wiener belogen und zwar indem er angetreten ist zur Gemeinderats- und Landtagswahl und sein Mandat nicht angenommen hat. (Aufregung bei den GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Kollege Dr Wansch, Entschuldigung! Sehr geehrter Herr Kollege Wansch ...

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*fortsetzend*): Ich komme ... (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Sehr geehrter Herr Kollege Wansch! Wenn Sie sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort melden, versuchen Sie nicht, andere Gräben wieder aufzureißen. (GR Mag Wolfgang Jung: *Auch so eine grüne Idee!*) Sie haben drei Minuten Zeit für die tatsächliche Berichtigung und nutzen Sie diese drei Minuten! (Große Aufregung bei GR Kurt Wagner.)

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*fortsetzend*): Ich habe gelernt, wie tatsächliche Berichtigung funktioniert vom Kollegen Ellensohn und ich sage Ihnen, es kann keine Lüge sein, wenn man sagt, Van der Bellen verdient 210 000, weil es hier im Raum niemand beurteilen kann, weil die 210 000, die den Wienerinnen und Wienern weggenommen werden (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*), werden abgewickelt über den Wiener Wissenschafts-

Forschungs- und Technologiefonds und dieser Fonds ist der Kontrolle des Gemeinderates entzogen! Es ist eine bewusste, eine bewusste Verschleierungsaktion der GRÜNEN und der SPÖ, dass dieses Geld nicht über Wien abgewickelt wird, sondern über einen Fonds. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kein Mensch weiß, wie viel Van der Bellen wirklich bezieht. Jede Wienerin und jeder Wiener wissen, dass Van der Bellen 210 000 EUR kostet. Das ist Tatsache! *(Beifall bei der FPÖ. – GR Kurt Wagner: Das ist ja ein Skandal so etwas! – Aufregung bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Für eine tatsächliche Berichtigung hat sich neuerlich Kollege Ellensohn zum Wort gemeldet. *(GR Erich Valentin: Sie können ja nicht einmal mehr ein Budget lesen!)*

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich probiere es noch einmal. Ich habe vorhin bei uns drinnen gewitzelt, wir müssen uns bei jeder Gemeinderatssitzung am Anfang zum Wort melden und das erklären, weil es sich hier offensichtlich niemand merken kann von einer Sitzung auf die andere. Was daraus folgt, Sie sind keine Lügner, sondern Sie können es sich nicht merken, na was anderes. Ich nehme jetzt das zurück, was wir vorher hineingerufen haben mit Lügner: Wenn jemand nicht imstande ist, sich das zu merken, sich die Aktenstücke anzuschauen, das zu lesen, was wir alles vorgelegt haben, ein Personal ein ganzer Tag, ein halbtägiges, ein Büro, die Miete, die zurückgeht im Übrigen, 210 ist manchmal ein Durchlaufposten, alles hier vorgelegt, alles zu lesen im Budget, würde jeder wissen können. Jetzt muss ich annehmen, dass, wenn jemand das hier ständig sagt, obwohl wir es mindestens schon 20 Mal erklärt haben, dann lügen Sie nicht, sondern Sie sind einfach nicht clever genug, nicht intelligent genug, das zu begreifen. Das macht nichts. Wir versuchen es immer wieder. Wir haben 2 000 SchulabgängerInnen, die nicht gut lesen und schreiben können, wir haben viele Leute, die nicht rechnen können, manche davon sitzen hier herinnen, die nicht gut rechnen können und wir haben manche mit Schwierigkeiten beim Memorieren und sich etwas zu merken. Noch einmal, wenn es jemand wirklich interessiert, wir erklären es gerne noch einmal. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Bitte!)* Wir kommen sogar, ich weiß nicht, kommt jemand vorbei? Nein, wir laden jemanden ein und erklären das einfach ganz genau. Es wäre aber auch leicht im Bericht zu lesen, online runterzuladen, dann würde man es wissen. Ob man es versteht, ist etwas anderes, weil man kann ja ein Buch auch lesen und nicht verstehen. Es nützt vielleicht nichts. Sinnerfassendes Lesen ist auf jeden Fall eine große Aufgabe in dieser Stadt, der wir uns auch widmen. Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir wenden uns wieder der Rednerliste zu. Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich GR Dr Aigner und ich erteile es ihm.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich möchte auf das eingehen, was der Kollege Margulies inhaltlich hier geboten hat. Die Sachen, die gewesen sind, die machen einen schon Angst und Bange. Ich glaube, ich tu ihm nicht unrecht, wenn ich hier das noch einmal herausstreiche: Ab 800 000 EUR Vermögen ist man ein Schmarotzer und das Vermögen ist sozusagen etwas, was der Allgemeinheit zukommen sollte.

Meine Damen und Herren! Sagen Sie das einmal jemandem, der fleißig gearbeitet hat, sich etwas auf die Seite gelegt hat, sich ein Häuschen oder was gebaut hat, der vielleicht irgendeine Pensionsvorsorge macht, dass man, wenn man aus dem versteuerten Einkommen sich was zurücklegt, ein Schmarotzer ist! Also das ist menschenverachtend! Hier wird eine Ideologie verbreitet, deren Scheitern Millionen Tote gekostet hat und diese Ideologie hat nichts verloren in Österreich! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Und selbst ... *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie haben nicht zugehört!)* Nein, ich habe Ihnen genau zugehört, obwohl es schwierig ist, Ihnen zu folgen, weil Sie eigentlich in erster Linie andere verunglimpfen. Und ich sage Ihnen auch eines: Wir wissen schon, dass die GRÜNEN teilweise damit auf Kriegsfuß stehen, dass man einen Beruf ausübt und auch eine politische Funktion. Aber warum maßen Sie sich an, über Leute, die anderswo arbeiten oder gearbeitet haben, zu sagen, sie haben nichts gearbeitet, wenn das ihre Philosophie ist, aus einer Funktion, aus einer politischen, einen Hauptberuf zu machen. Und ich glaube, auch daran krankt unser System, dass die Berufsfunktionäre *(Aufregung bei GR Dipl-Ing Martin Margulies.)* dann das Leben ja nicht mehr aus der Realität beurteilen, sondern nur mehr aus den Sitzungen und da entsteht nach vielen Jahren ein Lagerkoller und an dem leiden Sie. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Und Sie müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass Österreich, und auch das ist ja einer der Gründe für unsere Rating-Verluste, dass wir ja schon ein Hochsteuerland sind und auf der Einnahmenseite ja nicht mehr viel zu machen ist. Das muss man doch einmal ganz klar sagen. Das ist ausgereizt. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ja, aber unter Schwarz-Blau!)* Das heißt, wir haben kein Einnahmenproblem, sondern wir haben ein ganz ein massives Ausgabenproblem. Und wenn man nicht intelligent spart, da haben Sie schon recht, ein Kahlschlag, das ist sicher nicht das Richtige, das wird aber auch nicht gemacht, dann wird, wenn man das Sparen nicht intelligent und in den Strukturen macht, es eine phantasielose Belastungspolitik und in genau der befinden wir uns ja.

Aber ich wollte eigentlich meinen Redebeitrag ganz anders anfangen, weil ich sehr darunter leide, dass wir in Österreich auf leider allen Ebenen einen sehr stark und schlecht ausgeprägten Parlamentarismus haben, wenn wir es uns auf der Bundesebene anschauen. Seit einigen Jahren gibt es diesen mehrjährigen Budgetpfad, wo man Monate im Frühjahr nachdenkt, wie schaut das Budget in ein paar Jahren aus? Wie entwickeln sich die Volkswirtschaft und das ganze Umfeld? Es ist eigentlich

eine sehr sinnvolle Sache, dass man von dieser jährlichen Kameralistik wekommt und etwas Perspektivisches macht. Auch das ist letztes Jahr passiert und dass es eine Krise gibt, eine Finanzkrise, dass die noch lange nicht aus ist und eine Wirtschaftskrise und dass die Kosten für die Eurorettung, wenn sich der Euro überhaupt retten lässt, das weiß man ja auch nicht, noch zu Buche schlagen werden, das hat man ja alles gewusst. Und dass es mit unseren Staatsfinanzen auf allen Ebenen nicht zum Besten ausschaut, hat man auch gewusst. Nichts desto trotz wird auf Bundesebene ein Budget beschlossen im normalen parlamentarischen Prozedere, wochenlange Beratungen, Begutachtungen, und Anfang Dezember wird dieses Budget, auf dem ja auch viele Landesbudgets aufbauen und so weiter, beschlossen.

Kurze Zeit später wird man ganz nervös und man kommt drauf, man braucht halt noch nebenbei ein paar Milliarden. Dann geht man irgendwo in Klausur, es wird irgendwas zusammengeschrieben und dann wird selbiges Spar- und Belastungspaket in kürzester Zeit durch das Parlament durchgepeitscht. Und dann haben wir noch das Parlament, das sich das gefallen lässt! Also da denke ich mir, das ist eigentlich doch wirklich unglaublich. Einzig der Herr Bundespräsident hat kurz, aber doch, Gegenwehr geleistet, weil auch das ist eigentlich skandalös, dass man dem Bundespräsidenten für dieses Sammelgesetz, wo man dann noch vielleicht Dinge hineinverpackt, die in einem Sparpaket überhaupt nichts verloren haben, dann sozusagen ein paar Minuten Zeit gibt und sagt, bitte unterschreiben, weil wir brauchen das Geld.

Das ist genau das Gegenteil einer vorausschauenden Budgetplanung. Das ist eigentlich ein Wahnsinn und ich frage mich wirklich, warum sich das das Parlament auf Bundesebene gefallen lässt und warum sich das die Abgeordneten gefallen lassen, noch dazu, wenn ein Teil dieses Sparpakets darin besteht, dass die Regierung, die exekutive Gewalt, die ja das ganze Geld eigentlich ausgibt, dem Parlament noch eine Reduktion, eine personelle, verordnet. Also Gewaltentrennung habe ich im Verfassungsrecht anders in Erinnerung. Da ist das Parlament der Hüter der Demokratie, da sind es die Abgeordneten, die die Gesetze machen, die die Regierung kontrollieren und nicht umgekehrt. Da frage ich mich: Warum lässt man sich das gefallen? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Deswegen sollte man auch als Beitrag zum Sparen nicht die Kosten der Politiker vergleichen und gegenseitig aufrechnen. Das ist ja wohl wirklich, entschuldigen Sie, das Dümme, was man machen kann, weil die Kosten des politischen Systems sind ja ganz andere.

Das sind ja hier nicht die Mandatare, nicht nur, sondern die Kosten des Systems sind ja ganz andere. Das ist die einerseits sehr üppige Parteienförderung, die immer noch zu wenig ist und natürlich die Kosten, die mit dem laufenden politischen Regierungsbetrieb einhergehen. Ich frage mich, wenn man eine gute Verwaltung hat und Österreich ist auf allen Ebenen ein

sehr gut verwaltetes Land, warum es aufgeblähte Ministerbüros gibt, die eine Parallelhierarchie schaffen, wo mit Sonderverträgen gearbeitet wird und warum man nicht so wie früher ein, zwei persönliche Referenten hat und dann auf die Beamtenschaft zurückgreift. Das kann man natürlich jetzt von der Bundesebene genauso auch auf die Wiener Ebene sozusagen herunterbrechen.

Wir haben einen sehr gut ausgestatteten und auch, glaub' ich, einen durchaus effizienten Verwaltungsapparat, der natürlich auch immer wieder durchforstet gehört. Das ist gar keine Frage. Dann ist halt die Frage zu stellen: Hat es wirklich noch Sinn, zusätzlich zu diesem Sachverstand, den man ohnehin im Haus hat, mit einer Reihe von Beauftragten zu agieren? Diese Frage ist erlaubt. Ich meine, das macht das Kraut nicht fett, aber warum hält man sich nicht an den Sachverstand, den man im eigenen Haus hat.

Ich glaube, Kosten des politischen Systems sollte man niemals auf die der einzelnen Politiker herunterbrechen, weil was macht man denn, wenn einer kommt und sagt, ich mach' alles allein und gratis? Also wenn man sich einmal in diese Kostenargumentation begibt, na, dann wird das Ganze sehr problematisch. Ich glaube, das sollten wir uns auch gegenseitig zugute halten, auch wenn man auf ganz unterschiedlichen ideologischen Grundlagen und Fundamenten steht, dass es wenig Sinn für uns alle macht, wenn wir uns gegenseitig vorrechnen, dass wir zu teuer sind, dass wir überflüssig ist. Das gilt in alle Richtungen, weil am Ende wendet sich der Bürger mit Grauen ab und sagt, na ja wenn ihr es ja schon selber sagt, dass ihr überflüssig seid, ja, warum soll ich dann etwas anderes sagen? Also ich glaube, Kosten des politischen Systems darf man nicht gleichsetzen mit Kosten der einzelnen Politiker, sondern da sind ganz andere Dimensionen dazwischen.

Und dann natürlich auch das Wiener Sparpaket, das muss ja hier in diesem Haus debattiert und beschlossen werden. Da sollte eigentlich der Ort der Debatte hier im Gemeinderat sein. Das ist ja auch der Grund für die heutige Gemeinderatssitzung, dass man einmal sagt, man würde als Parlamentarier gerne wissen, ja wohin geht die Reise? Auch wir haben in Wien ein Budget vor ein paar Wochen beschlossen und so weiter, wo man ja auch gewusst hat, dass die Zeiten keine besseren sind. Wohin geht die Reise? Was stellt sich die Exekutive in Wien jetzt für Sparmaßnahmen vor? Die Belastungsmaßnahmen sind ja großteils schon durchgeführt worden. Auf der Einnahmenseite wird in Wien wahrscheinlich nicht mehr allzu viel drinnen sein. Also es muss irgendwo eingespart werden. Diese Vorschläge müssen von der Exekutive kommen und die sollte man eigentlich hier diskutieren und zwar nicht erst dann, wenn es kurz vor der Beschlussfassung ist, sondern ausführlich und in einem entsprechenden zeitlichen Abstand davor, weil die Verpflichtungen des innerösterreichischen Stabilitätspaktes sind auf dem Tisch, die Zahlen sind auch mehr oder weniger da. Eigentlich warten wir alle auf die Vorschläge der einzelnen Stadträte, damit man die auch inhaltlich einer Bewertung unterziehen kann.

Und dass man durchaus einsparen kann, ohne jetzt einen sozialen Kahlschlag durchzuführen, das ist auch gar keine Frage. Ich meine, man kann ja sehr viele Dinge ... Es bieten sich halt gerade schlechte Zeiten auch dafür, auch so heilige Kühe einmal zumindest in Frage zu stellen. Warum werden wirklich sehr viele Subventionen einfach fortgeschrieben? Warum ist es so, dass dort, wo es offenkundige Misswirtschaft gibt, der Misswirtschaft nicht auf den Grund gegangen wird, sondern es werden halt einfach die Verluste abgedeckt. Und dass man im Baumanagement im Bereich der Stadt Wien keinen Verbesserungsbedarf sieht, ich glaube, das sagt ja nicht einmal die Mehrheit hier selber, dass es hier nicht auch Spielräume gibt. Dass man halt hier auch bei der einen oder anderen Vereinssubvention sich schon die Frage stellen kann: Ja was geschieht denn dort wirklich? Wie viele Menschen werden dort wirklich erreicht? Und dass man eine fundamentale Evaluierung macht, anstelle einfach nur alte Budgetansätze fortzuschreiben. Es ist ja schon etwas Seltsames, wenn die einzigen Subventionen, die in letzter Zeit gekürzt worden sind, das Stadtfest und die Popper-Schule sind. Also da geht's doch nicht um Effizienz, sondern da geht's um Ideologie. Da geht's halt darum, dass man auch von der einen Seite etwas in einen anderen Bereich umschichtet. Aber mit Sparmaßnahmen hat das Ganze nichts zu tun.

Das Gleiche gilt für die Inseratenlawine, die, Medientransparenzgesetz hin oder her, in bisher ungeahnter Intensität auf die Wienerinnen und Wiener niederprasselt. Ich bin sehr dafür, dass ein neues Tierschutzheim gebaut wird. Das ist ganz wichtig und das war auch notwendig. Aber warum man ein Tierschutzheim, wo man noch nicht einmal den Spatenstich gemacht hat, schon seitenweise in Inseraten bewirbt? Da geht's doch jetzt nicht um den Tierschutz, weil man suggeriert ja eher vielmehr, dass hier sozusagen die Viecher, die das brauchen, schon abgegeben werden können, sondern darum, dass man wieder Inserate schaltet. Also das Inserat ist immer mehr zum Selbstzweck geworden und da sind Sparmaßnahmen möglich. Dass man jetzt die Sommerg'schichten am Rathausplatz, die ja ohnehin von selber laufen, jetzt schon ankündigt, dass da die Opernvorstellungen sind. Jahr für Jahr findet der Advent in Wien statt, Jahr für Jahr gibt's wieder eine Inseratenkampagne, und so weiter. Also das sind alles Dinge, wo man eigentlich ohne irgend jemandem etwas wegzunehmen sehr wohl auch strukturell namhafte Beträge einsparen kann.

Die nächste Frage, die gestattet sein muss, ist wirklich, warum die Arbeitslosigkeit in Wien konstant hoch ist, obwohl wir mit dem WAFF eine zweite Struktur neben dem AMS geschaffen haben, die ja auch nicht billig ist und auch mittlerweile über 200 Beschäftigte hat, die dort arbeiten? Warum hat man trotz einer Doppelstruktur AMS und WAFF, die zig Millionen im Endeffekt kostet, die höchste Arbeitslosigkeit und gleichzeitig ist man die Metropole der Mindestsicherung, in Niederösterreich 9 000, in Tirol 14 000, in Wien gibt's

129 000 Bezieher. Obwohl hier sozusagen in der Arbeitsmarktpolitik eine Parallelstruktur, eine Verstärkung des AMS stattgefunden hat, gelingt es offenkundig nicht, diese Mittel auf den Boden zu bringen. Der Verdacht oder der Eindruck, den man da schon auch als Oppositionspolitiker haben muss, ist, dass sehr viel Geld in die Strukturen fließt, dass diese Strukturen sehr, sehr viel Speck angesetzt haben, dass vielfach auch Vereine in erster Linie deswegen ins Leben gerufen werden, nicht um irgendwie ehrenamtliches Engagement zu ermöglichen, sondern um hier großteils auch am Gemeinderat, am Kontrollamt und an vielen anderen Instanzen vorbei eine Günstlingswirtschaft aufrechtzuerhalten. Da hätten Sie mehr als genug Baustellen vor Ort.

Ich kann mich ja schon auch an die gemeinsamen Oppositionszeiten mit den GRÜNEN erinnern. Ich weiß genau, dass Sie das früher auch sehr gestört hat. Jetzt ist schon klar, dass wenn man auf die Regierungsseite gewechselt ist, man sich da nicht so geben kann wie in der Opposition. Aber so ein bisschen mehr Mut, ein bisschen mehr Kontrolle auch als Juniorpartner in der Regierung, das ist eigentlich schon auch eine Erwartung, die die Opposition an eine ehemalige und vielleicht auch bald wieder zukünftige Oppositionspartei haben könnte und das wären eigentlich die Hausaufgaben. *(Beifall bei der FPÖ und von StR Mag Manfred Juraczka.)*

Daher brauchen wir für Wien auch eine vorausschauende Budgetplanung. Es müsste wirklich ein mutiges und sparsames Konzept erstellt werden, das sozusagen letztendlich Strukturen hinterfragt. Wenn man sich dieser Herausforderung stellt, dann braucht man nicht eine Hasstirade gegen Wohlhabende oder gegen Leute, die sich etwas geschaffen haben, letztendlich vom Stapel brechen, weil im Endeffekt ist es eine Tatsache, dass in Österreich von vier Millionen Erwerbstätigen über zwei Millionen gar keine Einkommenssteuer zahlen. Das heißt, der Steuerkuchen wird ohnehin nur von 50 Prozent aufgebracht. Und wenn Sie sich die Spitzensteuersätze in anderen Staaten anschauen, da sind sie im Spitzensteuersatz bei 200 000, 300 000 EUR im Jahr, in Österreich ist man mit 60 000 EUR Bruttoverdienst schon sozusagen im Spitzensteuersatz, wo dann 50 Prozent weggesteuert werden. Selbst so Leute wie der Mateschitz, ich weiß nicht, andere Länder wären froh um solche Unternehmerpersönlichkeit, in Österreich hat man das Gefühl, der macht irgendwas, wofür er sich genieren müsste, der hat eine gute Idee gehabt, eine der wenigen Weltmarken, die eine sehr stark österreichische Färbung hat, ist hier entstanden, der ist persönlich total bescheiden, also das ist auch nicht jemand, der irgendeinen Luxus, wenn er ihn persönlich hätte, zur Schau trägt, sondern er steckt sehr viel Geld privat in einen Fußballklub. Das Geld, das Private in Wien nicht in die Fußballklubs investieren, muss halt in Wien der Steuerzahler in die Klubs stecken. Das macht der Mateschitz privat und persönlich, hat einen Formel 1-Rennstall, der in kürzester Zeit sehr erfolgreich ist und bei jedem Sieg dieses Rennstalls wird die österreichische Bundeshymne gespielt, und der wird hier

behandelt, als ob er hier irgendwie schmarotzen würde und den anderen was wegnähme.

Also ich glaube, gerade solche Unternehmerpersönlichkeiten sollte man eher hegen, pflegen und mit Substral gießen und eigentlich ermutigen, damit es mehr davon in Österreich gibt und ihnen nicht das Gefühl vermitteln, dass ihr Vermögen und auch ihre persönliche Sicherheit vielleicht anderswo besser aufgehoben sind.

Daher lassen Sie den Klassenkampf dort, wo er hingehört, in der historischen Mottenkiste. Es hat sich nicht rentiert, es hat nicht funktioniert. Der Kommunismus ist gescheitert. Die soziale Marktwirtschaft ist eigentlich ein sehr erfolgreiches Konzept und versuchen wir, dass wir unsere soziale Marktwirtschaft so wettbewerbsfähig erhalten, dass wir mit diesem System auch im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich der Herr GR Deutsch zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Christian **Deutsch** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bgm Dr Michael Häupl und Finanzstadträtin Mag Renate Brauner haben die Stadt Wien mit großer Erfahrung sicher durch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise geführt. Sie haben im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner finanzielle Mittel in die Hand genommen, um Wien aus der Krise herauszuinvestieren und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen im Interesse der Menschen dieser Stadt. Wir bekennen uns natürlich auch zum Schuldenabbau, aber ohne Wachstum und Beschäftigung zu gefährden. Und ganz besonders achten wir auch auf Fairness und Gerechtigkeit in dieser Stadt. Durch strukturelle Maßnahmen *(GR Mag Wolfgang Jung: Stadthallenbad! Flughafen!)*, und das ist der wesentliche Unterschied neben vielen anderen Unterschieden zur ÖVP und zur FPÖ, ich werde darauf noch zu sprechen kommen, werden Einsparungen erzielt, die die Bürger entlasten, aber ohne die Qualität der Leistungen zu reduzieren.

Was wir aber mit Sicherheit nicht brauchen, ist eine Politshow des Herrn Gudenus, der hier ausschließlich eine Show abziehen will, wo es überhaupt nicht um die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger geht, sondern er ausschließlich Vorurteile bedient und herumhetzt. Dass die FPÖ heute hier im Gemeinderat eine Sondersitzung beantragt, um vorzutäuschen, die Bürger zu entlasten, ist eigentlich eine besondere Chuzpe. Denn ÖVP und FPÖ waren es, die von 2000 bis 2006 eine ungeheure Belastungswelle über dieses Land gebracht haben, wo sie völlig ungeniert von unten nach oben umverteilt haben, und sich heute hier herzustellen mit Krokodilstränen in den Augen und von Entlastung zu reden, das ist völlig unglaubwürdig.

Im Gegenteil, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Wienerinnen und Wiener wissen bereits, was geschieht, wenn die FPÖ in Verantwortung ist, denn in der Zeit der schwarz-blauen Regierungskoalition wurden

die Bürger in einem Ausmaß belastet wie nie zuvor. Sie haben die Menschen geschrópft. Sie haben Pensionen gekürzt. Sie haben das Staatsvermögen verscherbelt und haben damit gezeigt, was Sie unter einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik verstehen *(Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.)*: Die Verschleuderung des Vermögens der Republik und die Vernichtung von tausenden Jobs. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Sie haben es zu verantworten, dass in dieser Zeit die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes mit der höchsten Steuer- und Abgabenquote belastet wurden. *(GR Mag Wolfgang Jung: Oh!)* Sie haben im wahrsten Sinne des Wortes die Heimat Österreich geschädigt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner und wie Medienberichten auch zu entnehmen ist, haben einige auch in die eigene Tasche hineingewirtschaftet. So schaut es aus, wenn die FPÖ etwas mitzureden hat! Und das alles mit Wissen und Mitwissen von FPÖ-Obmann Strache, der damals schon als stellvertretender Bundesparteiobmann überall dabei war. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wenn Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, von Reformen und Entlastung reden, dann ist das für die Bevölkerung aus Erfahrung keine frohe Botschaft, sondern eine reale Bedrohung. Während Österreich heute etwa die niedrigste Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union hat und das mitten drinnen in einer Finanz- und Wirtschaftskrise *(GR Mag Wolfgang Jung: Wien hat aber die höchste! Sie wissen das ganz genau!)*, haben Sie es geschafft, eine Rekordarbeitslosigkeit in Zeiten der Hochkonjunktur mit über 360 000 Arbeitslosen zu verantworten. Das war Ihre Leistung! Eine Arbeitslosenzahl, die Österreich vor Schwarz-Blau nicht gekannt hat! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Mehr Steuerabgaben für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wo wollen Sie einsparen?)* und weniger Gewinnsteuern für Konzerne, so schaut schwarz-blaue Steuerpolitik aus. Politik für die Reichen und gegen den so oft zitierten kleinen Mann. Ist das etwa das, was der Herr Juraczka unter Gerechtigkeit versteht? Auch die ältere Generation wurde mit Füßen getreten, Pensionisteneinkommen wurden drastisch gekürzt. Die Jugendarbeitslosigkeit ist explodiert und selbst die Lehrlinge waren im Visier der FPÖ und vor deren Mandatarinnen und Mandataren nicht sicher.

Aber nicht einmal in der Zuwanderungspolitik, von der Sie so oft reden, haben Sie etwas zusammengebracht. Die Ausländeranzahl stieg nämlich unter der schwarz-blauen Regierung auf einen absoluten Höhepunkt. Aber Sie haben dafür die Einrichtung eines Asylgerichtshofes, der die Verfahren verbessern und beschleunigen sollte, auch noch blockiert. Das heißt: Das Einzige, was Sie hier zustande gebracht haben, war, einen Rückstau bei den Verfahren zu produzieren. Aber gleichzeitig haben Sie die Polizeiposten zugesperrt, Dienststellen abgebaut. Das war Ihre Leistung, höhere Kriminalität und sinkende Aufklärungsrate dadurch zu verursachen. So schaut es aus, wenn die FPÖ in einer Regierung ist! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als die

Kärntner Hypo Alpe-Adria Bank durch jahrelang Miss- und Freunderlwirtschaft von FPÖ und BZÖ bis zur Pleite heruntergewirtschaftet war, musste sie mit mehr als einer Milliarde Euro aus dem Bankenpaket gerettet werden. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Kommunalkredit!)* Das hätten Sie, wenn Sie von Entlastung reden, den Bürgerinnen und Bürgern wirklich ersparen können! Aber gleichzeitig dann bei jeder Gelegenheit über das Bankenpaket zu wettern, das Sie selbst im Parlament mitbeschlossen haben, ist eine weitere Chuzpe, auf die man hinweisen muss. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Aber selbst die Gesundheitspolitik ist vor Ihnen nicht sicher, sie ist nämlich vor allem eines: Belastungspolitik. Neue Selbstbehalte wurden eingeführt und Kostenbeiträge angehoben. So schlecht steht es für die Bürgerin und den Bürger, sobald die FPÖ in Verantwortung ist und das sollten wir den Menschen dieses Landes wahrlich ersparen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Budget 2012 hat die Stadt Wien hingegen einen sehr zukunftsweisenden Weg eingeschlagen. Gesundheit, Soziales, Kinderbetreuung, Bildung und Wohnbau sind hier die definierten Schwerpunkte für die Menschen dieser Stadt. Arbeit und Beschäftigung stehen für uns im Mittelpunkt. Ist das für Sie Regierungsspeck? Denn Sie gaukeln Entlastung vor und meinen in Wirklichkeit die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Dazu einige Beispiele: Die ÖVP hat etwa die Abschaffung des Gratiskindergartens und die Privatisierung von Wien Energie gefordert. Die FPÖ träumt immer wieder vom Abverkauf der Gemeindebauten, so wie Sie schon im Jahr 2004 etwas mehr als 60 000 BUWOG-Wohnungen verscherbelt hat. Anscheinend auch für Sie Regierungsspeck. Sie würden den Mieterinnen und Mieter im wahrsten Sinn des Wortes die Gemeindewohnungen unter dem Hintern wegverkaufen und in Zukunft hunderttausende Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt mit höheren Mieten belasten. Damit entlasten Sie nicht, sondern schädigen die Mieterinnen und Mieter dieser Stadt! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Und unter diesem Gesichtspunkt ist Ihre ständige Polemik gegen Gebühren und Abgaben auch zu verstehen, die für die wirtschaftliche Führung von stadteneigenen Unternehmen Voraussetzung sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, durch Gebühren und Abgaben werden vielfältige öffentliche Dienstleistungen sichergestellt und finanziert. Sie sind unser Beitrag für die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung und Reinigung, die Müllentsorgung, Straßenreinigung, öffentlichen Verkehr, Radwege, Park-and-ride-Anlagen bis hin zu den Gesundheits- und Pflegedienstleistungen. Aber damit diese Dienstleistungen auch weiterhin in dieser Qualität angeboten werden können, erfordern sie entsprechende Investitionen und Erhaltungsarbeiten, die über entsprechende Anpassung der Gebühren und Abgaben finanziert werden.

Denn bereits heute werden aus dem allgemeinen Budget mehr als 600 Millionen EUR diesen öffentlichen Dienstleistungen zugeschossen. Das heißt, ohne eine

Valorisierung, wie es heute etwa die FPÖ in einem Antrag auch verlangt, würde auf der einen Seite dieser Deckungsbedarf noch größer werden, aber auf der anderen Seite könnten diese Dienstleistungen in der vorhandenen Qualität nicht mehr angeboten werden. Damit entlasten Sie nicht, sondern schädigen Sie den Bürger! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Wiener Valorisierungsgesetz wurde beschlossen, nachdem jahrelang zuvor in einer breiten Öffentlichkeit auch immer eingefordert wurde, dass Gebührenerhöhungen in Wien in zeitlich kürzeren Abständen und damit weniger hoch vorgenommen werden sollen. Eine Abschaffung dieses Gesetzes, wie heute in diesem Antrag auch verlangt, widerspricht eindeutig auch dem Willen der Bevölkerung. Aber der war den Freiheitlichen ja ohnehin schon immer egal *(Aufregung bei der FPÖ.)*, weil sie waren ja im Jahr 2010 nicht einmal bereit, in der Hauptwahlbehörde die Ergebnisse der Volksbefragung anzuerkennen. Also über direkte Demokratie brauchen Sie uns wahrlich nichts erzählen! Die Koppelung von Gebühren an den Verbraucherpreisindex ist eine vernünftige Variante, um eben die allgemeine Wirtschaftsentwicklung auch in diesem öffentlichen Bereich nachzuvollziehen, wie es andere Körperschaften auch tun, wenn ich etwa an den Bund denke, wo ebenso Gebühren und Abgaben valorisiert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die hohe Lebensqualität in Wien und dieses hohe Leistungsniveau in der Stadt auch weiter aufrechtzuerhalten, das kostet natürlich Geld. Und das, was die ÖVP und die FPÖ propagieren, ist eigentlich ein Austrocknen der öffentlichen Einnahmen, um letztendlich den Boden für Privatisierungen, für Geschäftemacherei auch aufzubereiten. *(Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.)* Also Sie können sich Ihre Krokodilstränen, Herr Jung, wirklich sparen, sondern legen Sie beide, FPÖ und ÖVP, auf den Tisch, wie hoch die Einschnitte in der Lebensqualität bei den Wienerinnen und Wienern gehen würden, denn damit entlasten Sie nicht die Bürger, sondern schädigen sie diese. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sorgen, und dazu stehen wir auch, für wirtschaftlich geführte Betriebe. Wir sorgen dafür, dass die Stadt funktioniert und die Wienerinnen und Wiener können sich auch darauf verlassen. Das unterscheidet uns eben ganz wesentlich von einer ÖVP oder einer verkappten neoliberalen FPÖ, die eben hier in wirklich unverantwortlicher Art und Weise den öffentlichen Sektor ruinieren wollen. In Wirklichkeit geht es Ihnen darum, und das Konzept ist ja leicht zu durchschauen, den öffentlichen Unternehmungen den wirtschaftlichen Boden, die wirtschaftliche Grundlage zu entziehen und dann nach Privatisierung zu schreien. Noch einmal, Sie schädigen damit die Bürger, denn überall dort, wo privatisiert wurde, und das zeigen uns auch viele internationale Beispiele, sind die Menschen mit deutlich höheren Preisen, mit Qualitätsmängeln und auch mit einer schlechteren Versorgung konfrontiert. Mit der

hohen Lebensqualität in Wien wäre es, hätten Sie etwas zu sagen, wahrlich auch vorbei. Aber das werden wir nicht zulassen! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Stadt Wien spart nicht bei der Lebensqualität und im Gegensatz zur Kärntner FPÖ wird in Wien auch der Gratiskindergarten nicht abgeschafft, sondern beibehalten und die Standorte werden ausgebaut. Und wir bekennen uns auch zu einem weiteren Ausbau von Ganztags- und Gesamtschulen, um allen Kindern in dieser Stadt auch die besten Bildungschancen anbieten zu können. Wien spart daher strukturell und nicht kosmetisch. Die Wiener Spitalsreform 2030 etwa modernisiert den gesamten Wiener Krankenanstaltenverbund als Institution. Die medizinischen Angebote werden in sieben zentralen Spitalsorganisationen gebündelt mit dem Effekt, dass die Betriebskosten dadurch deutlich gesenkt werden. Das ist ein Vielfaches von dem, was heute hier an möglichen Einsparungen durch die FPÖ angesprochen wurde, was ja ohnehin, wie man merkt, auch nicht ernst gemeint war. Aber das ist ein konstruktiver, struktureller Vorschlag, wo die Betriebskosten auch längerfristig entsprechend gesenkt werden. Das entlastet den Bürger, aber der wesentliche Unterschied ist, ohne die Qualität der pflegerischen und medizinischen Versorgung zu beeinträchtigen beziehungsweise zu reduzieren.

Diese erfolgreiche Wiener Finanzpolitik schlug sich 2011 auch in einer niedrigen Pro-Kopf-Verschuldung nieder. Lesen Sie nach, wie der Stadtschuldenausschuss bekannt gab, ist der Schuldenstand pro Kopf in Wien und in Tirol am niedrigsten und die höchsten Belastungen haben die Menschen in den Bundesländern Niederösterreich und Kärnten zu ertragen. Aber nichtsdestotrotz werden natürlich alle Förderungen und Subventionen auch laufend evaluiert. Es wird auch im Bereich der Verwaltung eingespart, wenn auf Vereinfachungen und Optimierungen gesetzt wird und beispielsweise vor Kurzem ja auch angekündigt wurde, dass die Verwaltungsabgabe beim Bewohnerparkpickerl reduziert und damit für die Bürgerinnen und Bürger billiger wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Beschlussantrag der FPÖ betreffend Einsparungen in der Politik, der nicht nur unseriös ist, sondern offensichtlich auch nicht ganz ernst gemeint ist, kann ich nur darauf hinweisen: Wenn der Herr Gudenus wirklich hätte sparen wollen, dann hätte er sich für die Abschaffung der nichtamtsführenden Stadträte einsetzen können. Aber Ihnen geht es ja ausschließlich darum, hier eine Polit-Show abzuziehen. Ich verweise auch auf den Beitrag des Kollegen Margulies, der bereits ausgeführt hat, dass Wien im Bereich der politischen Vertretung das sparsamste Bundesland Österreichs ist und hier in punkto Sparsamkeit eben mit Abstand zu allen anderen Bundesländern die Nummer 1 ist. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Herr Gudenus könnte eines tun, nämlich auf seine eigenen Funktionäre schauen, die Medienberichten zufolge keineswegs das Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Auge haben,

sondern eher das Geld der Bürgerinnen und Bürger. Ein neuer aktueller Fall ist der eines ehemaligen Bezirksrates der FPÖ-Penzing, vor wenigen Jahren noch der FPÖ-Kandidat für die EU-Wahl 2009. Sie wissen schon, um wen es sich jetzt handelt. Ich helfe Ihnen weiter. Es ist der Vizepräsident des FPÖ-nahen Ringes Österreichischer Makler, nämlich Herr Elmar Dirnberger, dem von vielen Wohnungseigentümern Veruntreuung vorgeworfen wird. Die ORF-Sendung „Bürgeranwalt“ hat hier über eine Vielzahl von Fällen berichtet, in die die Dirnberger-Firma „Magnum Immobilien“ verwickelt ist und mehrere Hunderttausende Euro schlichtweg verschwunden sein sollen. Diese Wohnungsbesitzer fühlen sich um ihr Geld betrogen. Für viele Pensionistinnen und Pensionisten ist eine Welt zusammengebrochen. Das ist in der Tat ein Fall für den Staatsanwalt mit dem Verdacht der Täuschung, Untreue und Veruntreuung. Hier werden Bürger nicht entlastet, sondern offenbar betrogen durch Funktionäre der FPÖ!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der heutigen Sondersitzung, die der Herr Gudenus als Polit-Show missbrauchen wollte, wurde kein einziger Bürger entlastet. Die rot-grüne Stadtregierung wird weiterhin den verantwortungsvollen Wiener Weg im Interesse der Wienerinnen und Wiener weitergehen und die hohe Lebensqualität in der Stadt absichern und für Sicherheit und Wohlstand sorgen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Kollege Mag Gudenus gemeldet. Bitte schön. (*GR Prof Harry Kopietz: Da bin ich jetzt neugierig!*)

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich meine, drei Minuten sind zu kurz, um all das zu berichtigen, was der Herr Deutsch Falsches in seinen Ausführungen gesagt hat. Also man könnte jetzt wahrscheinlich stundenlang an Berichtigungen fortführen, um all diese Argumente, die durchaus falsch waren, manchmal auch bewusst falsch waren, zu berichtigen. Aber diese vorgefertigte Rede des Herrn Deutsch kennen wir ja schon auswendig. Sie brauchen sich in Zukunft gar nicht mehr raufstellen und reden, wenn Sie gemeldet sind, wir kennen das schon auswendig. Hypo, und so weiter, Schwarz-Blau. (*Aufregung bei der SPÖ.*) Reden Sie einmal von Kommunalkredit, das wäre mal besser, Herr Kollege Deutsch!

Aber jetzt zur Berichtigung. Sie haben gesagt, wir sind nicht für die Abschaffung der nichtamtsführenden Stadträte. Vielmehr richtig ist Folgendes: Diese Erfindung der nichtamtsführenden Stadträte ist eine Erfindung der SPÖ. Wir haben damals versucht, das beim VfGH zu bekämpfen. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Es wurde zurückgewiesen. Da können Sie noch so lachen. Und wir sind auch für eine Abschaffung der nichtamtsführenden Stadträte, weil jeder Stadtrat sollte ein Ressort übernehmen. Da wäre, glaube ich, in der Stadtpolitik in Zukunft einiges besser. Das war das Erste.

Sie haben weiter gesagt, wir wollen die

Gemeindebauten verscherbeln und privatisieren. Das ist falsch. Vielmehr wahr ist, wir sind dafür, dass Gemeindebauten nur Inländern und EU-Staatsbürgern zur Verfügung stehen und nicht Drittstaatsangehörigen. Und wenn schon für Drittstaatsangehörige, dann nach Absolvierung einer Deutschprüfung, Herr Deutsch. Das ist unser Anliegen, nicht das, was Sie von sich gegeben haben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Punkt, *(GR Christian Deutsch: Privatisierung!)* Gebührenerhöhungen dienen der Kostendeckung, Herr Deutsch. Auch das ist bewusst falsch. Man könnte es auch, wenn man sich hier auf das schlechte Niveau des Herrn Ellensohn herablässt, Lüge nennen. Ich muss es nicht tun. Es ist falsch. Es ist hier bewusst die Unwahrheit, es dient nicht der Kostendeckung. Der Rechnungshof hat ganz eindeutig festgestellt, dass eine Gebührenerhöhung von 120 Prozent erreicht ist. Das ist verfassungswidrig und wir werden auch den Weg zum Verfassungsgerichtshof deswegen beschreiten. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Klubobmann Ellensohn gemeldet.

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Betreffend die Gemeindewohnungen: Sie haben ja auch nicht Wahlkampf geführt und gesagt, wir werden die BUWOG-Wohnungen verkaufen und uns die Säcke vollstecken und trotzdem machen ... Man soll Politiker und Politikerinnen nicht nur daran bewerten, was sie sagen, sondern auch, was sie tun. Wie Sie die Gelegenheit hatten, öffentliches Eigentum oder öffentliche Wohnungen zu verkaufen, haben Sie sie nicht verkauft, sondern verscherbelt mit großem Verdienst für einzelne Mitglieder Ihrer eigenen Fraktion. Man muss einfach nur schauen, was Sie dann haben, denn dann ist man sich in Wien zumindest nicht mehr sicher, ob das stimmt, was Sie da sagen. Ich glaube Ihnen das einfach nicht. Ich glaube, wenn Sie hier ans Ruder kommen, fangen Sie mit dem Ausverkauf an.

Meine tatsächliche Berichtigung betrifft den Herrn Aigner wegen dem Herrn Mateschitz. Da lasse ich mich gar nicht darüber aus, ob der Herr Mateschitz und wie gut oder wie schlecht das ist, aber hier wurde suggeriert, wie in Wien Geld in die Stadien gesteckt wird - ah in Salzburg zahlt der Mateschitz seine Sachen. Richtig ist, dass in Salzburg dieses Stadion, das in Wald Siezenheim steht, das 2003 eröffnet wurde, 70 Millionen gekostet hat, ein Drittel davon hat die Gemeinde Salzburg, ein Drittel das Land Salzburg, ein Drittel der Bund bezahlt, 100 Prozent subventioniert aus öffentlichen Geldern, *(Aufregung bei der FPÖ.)* Dann war wegen der EURO noch einmal eine Adaptierung notwendig, noch einmal 25 Millionen zu 100 Prozent aus öffentlichem Geld. Ich gönne dem Herrn Mateschitz alle wirtschaftlichen Erfolge, wenn sie alle ohne Korruption laufen, was ich einmal annehme, weil es muss ja nicht überall so sein. Aber es ist nicht so, als ob er das alles aus eigener Tasche zahlen würde, wie hier auch. Leider, leider der Profifußball in Österreich funktioniert nicht so,

dass er sich selber trägt, sondern wird in Salzburg unterstützt vom Land, wird hier unterstützt und in allen anderen Bundesländern auch. In Kärnten gab es ein bisschen eine abenteuerliche Konstruktion beim Stadion, das wissen Sie vielleicht noch. Da war irgendwie die FPÖ persönlich noch mit drinnen. Das ist hier nicht der Fall. Das war auch in Salzburg nicht der Fall. Aber nicht der Mateschitz zahlt das Stadion, sondern zu 100 Prozent der Steuerzahler und die Steuerzahlerin! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Wir gehen weiter in der Rednerliste. Als nächster Redner hat sich Herr GR Dr Aichinger zum Wort gemeldet. Ich darf erinnern, dass nur mehr 15 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin ganz verwundert über den Kollegen Deutsch, der weiß, dass die Bevölkerung für Valorisierungsgesetz ist und für Gebührenerhöhung. Herr Kollege Deutsch, ich lade Sie ein, die SPÖ mit uns, mit der ÖVP eine Volksbefragung zu machen, ob die Wienerinnen und Wiener für Gebührenerhöhung sind, wie sie zum Beispiel bei der Parkraumbewirtschaftung sind. Also das ist mir ganz was Neues. *(Beifall bei der ÖVP. – Aufregung bei GR Karlheinz Hora.)* Aber bei diesem Thema halten Sie sowieso sehr wenig davon, Herr Kollege Hora, nicht dreinreden, was Bürgerbeteiligung anlangt. Wir sehen es ja gerade jetzt bei der Parkraumbewirtschaftung, dass hier wirklich drübergefahren wird. Und wenn wir eine Befragung machen, dann kommt was anderes heraus beziehungsweise wenn Meinungsforschungsinstitute das auch abfragen. Also hier wäre eine Offenheit, eine Transparenz viel besser und nicht sich hier herzustellen und zu sagen, die Wienerinnen und Wiener wollen ein Valorisierungsgesetz, dass ganz einfach die Gebühren erhöht werden. Also das ist ja wirklich der Schmach des Jahrhunderts, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Aber kommen wir zurück zum Thema. Eines steht fest. Wir müssen alle an einem Reformpaket arbeiten und wir wissen ganz genau, meine Damen und Herren, was das für Wien bedeutet. Wien muss in den nächsten drei Jahren zirka eine Milliarde einsparen beziehungsweise hier auf das Tapet bringen. Diese Dinge kann man auf zweierlei Art und Weise durchführen. Natürlich auf der einen Seite, ganz wichtig, man muss hier einsparen, man muss intelligent sparen, man muss schauen, dass man die Kosten in den Griff bekommt, weil wir ein ausgabenseitiges und kein einnahmenseitiges Problem haben. Das ist die eine Sache. Aber es gibt auch einen zweiten Punkt, und auf den möchte ich ganz besonders hinweisen. Wir müssen natürlich auch den Wirtschaftsstandort stärken. Wir müssen die Wirtschaft stärken, weil die Wirtschaft schafft Arbeitsplätze und damit kommen Steuereinnahmen herein, um ganz einfach diese Situation zu verbessern.

Das Jahr 2012, meine Damen und Herren, ist ein schwieriges Jahr. Das WIFO hat ganz einfach

prognostiziert und bis jetzt nicht geändert, wir werden ein Wirtschaftswachstum von nur 0,4 Prozent haben und das, glaube ich, ist für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, für eine nachhaltige Wirtschaft viel zu wenig, um weiter hier jetzt einen Aufschwung zu erleben und dementsprechend für dieses Land dann auch was Gutes zu tun. Wir brauchen daher Anreize für die Wirtschaft, und wir brauchen diese Anreize dringend für die Wirtschaftsregion Wien vor allem im Großen und Ganzen. Der Spruch der rot-grünen Stadtregierung „Wien ist die lebenswerteste Stadt“ zieht in der Realwirtschaft überhaupt nicht, wenn die wirtschaftlichen Grundlagen ganz einfach zukünftig abhanden kommen. Das kann es nicht sein, wir müssen in die Entwicklung arbeiten. Schaffen wir es nicht, Wien für Produktion, Entwicklung und Forschung attraktiv zu gestalten, werden wir uns in Zukunft leider nicht mehr lebenswert nennen können.

Einige Stichworte zu diesem Thema. Stichwort Triple-A-Verlust auch für Wien. Wirtschafts-Rating-Agenturen wie Standard & Poor's sind keine Investoren. Sie analysieren und liefern aber Indikatoren für die Investoren, und das ist ein wesentlicher Faktor. Dabei ist nicht nur auf das Triple-A zu schauen, sondern auch auf die Arbeitslosenrate in Wien, wie schon angesprochen, die in Wien nach wie vor die höchste in ganz Österreich ist. Das muss sich ganz einfach ändern. Die Bildungsquote muss man sich anschauen, die Finanzgebarung und vor allem auch die Gebührenbelastung, die in der letzten Zeit auf die Wienerinnen und Wiener und auch die Wiener Betriebe ganz einfach niedergeprasselt ist.

Ich muss Ihnen, meine Damen und Herren von Rot-Grün, nicht erklären, dass wir in vielen dieser Bereiche bereits Nachholbedarf haben, um aufzuholen. Ja, wir haben bei der Attraktivität unseres Standortes Nachholbedarf. Mercer zeigt, dass wir in Wien zum Paradies der Privatmänner und der Topmanager gehören. Die Wachstumsraten zeigen aber, dass Produktion und Innovation nicht bei uns, sondern vor den Haustüren Wiens stattfinden. Wir leben derzeit in einer Zeit des internationalen Wettbewerbes. Unsere Nachbarn, die Tschechei und Slowakei, haben ihre Hausaufgaben in den vergangenen Jahren gemacht und zukunftsorientiert investiert. Die Osteuropa-Headquarters bekommen in den Nachbarregionen viele Anreize, gute Investitionsgrundlagen und gut ausgebildetes Personal, das großteils sogar aus Wien kommt, das an der Wirtschaftsuniversität oder auf der Technischen Universität ausgebildet wird. Sie bekommen schnelle Genehmigungsverfahren und eine solide Infrastruktur. Tschechien etwa hat ein solides Wirtschaftswachstum, das Bildungsniveau und die Anzahl der Maturaabschlüsse sind im Steigen. Die Industriezweige wie die Autoindustrie boomen. In der Slowakei zeigt sich der Wettbewerb mit dem Wiener Raum noch viel stärker. Bratislava boomt. Laut Eurostat ist das BIP pro Kopf Kaufkraft in der slowakischen Hauptstadt bereits auf dem 5. Platz der reichsten Regionen. Wien ist leider auf den 11. Platz abgerutscht. Da muss man etwas

dagegensteuern, dass wir nicht weiter nach unten kommen. Bratislava ist eine Dreiviertelstunde von Wien entfernt, und damit gehört Bratislava zum erweiterten Speckgürtel von Wien. Jedes Jahr bauen 200 österreichische Unternehmen Standorte aus. Insgesamt gibt es bereits 2 000 österreichische Firmen in der Slowakei. Das liegt zum einen an den sehr günstigen Unternehmensbesteuerungen, aber auch an den geringen bürokratischen Hürden.

Der Raum Bratislava ist auch im Bildungsbereich sehr dynamisch. 17 Prozent der Bevölkerung in dieser Region haben einen Uni-Abschluss, über 30 Prozent Maturaabschluss. Damit ist in dieser Region der Anteil der sehr gut Ausgebildeten doppelt so hoch als in Wien, meine Damen und Herren. Bei der Wiener Bevölkerung gibt es nur 10 Prozent mit Universitätsabschluss und 15 Prozent mit Matura.

Jetzt, meine Damen und Herren, ein Zitat des österreichischen Wirtschaftsdelegierten Patrick Sagmeister, vor Kurzem im „Hohen Haus“ im ORF: „Vorteile für viele Unternehmer sind die geringen bürokratischen Hürden und die qualifizierten Arbeitskräfte.“ - Sie sehen, die qualifizierten Arbeitskräfte sind ganz einfach ein wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Wirtschaft. Auch hier ist Wien säumig. Der Trend zeigt klar, Wien muss effizienter, unternehmerfreundlicher und unbürokratischer werden, um künftig mit seinen Nachbarregionen Schritt halten zu können.

Außerdem müssen wir dringend das Qualifikationsniveau der Wienerinnen und Wiener heben. Qualifikation und Kompetenz sind der Schlüssel der Zukunft, meine Damen und Herren. Wir bilden auf der Technischen Universität, auf der Wirtschaftsuniversität und auf der MedUni Topleute aus, aber wir schaffen es oft nicht, sie dauerhaft in Wien zu halten. Das muss sich ändern.

Wir müssen als Produktions-, Forschungs- und Wirtschaftsstandort attraktiv werden und nicht mit dem Status der perfekten Wellnessoase für Topmanager den Puls der Zeit versäumen. Dabei droht die Verschuldung der Stadt Wien, meine Damen und Herren, aus dem Ruder zu laufen. 2008 hatten wir noch 1,4 Milliarden EUR Schulden, Ende 2009 werden wir 4 Milliarden EUR Schulden haben, plus 2,4 Milliarden EUR Schulden bei Wiener Wohnen, das heißt, über 6 Milliarden EUR Schulden. Hier ist alles zu tun, um diesen Schuldenstamm abzubauen. Auf Bundesebene, meine Damen und Herren, haben wir mit dem Konsolidierungsprogramm bereits einige unserer Vorstellungen zu dieser Reform durchsetzen können, und zwar eben nur 20 Prozent einnahmenseitig und 80 Prozent ausgabenseitig. Das ist der wesentliche Schlüssel, meine Damen und Herren, einer zukünftigen Reform. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das kann jedoch nur der Anfang einer umfassenden Reform in Österreich sein. Wien wird sich dieser Reform nicht entziehen können, um auch in Zukunft auf dem Wirtschaftsstandort bestehen zu können. Unser Anliegen ist es, dass jene Menschen, die in Wien wirtschaftlich

erfolgreich sind, nicht über alle Maße belastet werden, sondern ganz einfach hier ihre unternehmerischen Fähigkeiten entfalten können. Die Stadtregierung setzt derzeit auf die falschen Schwerpunkte, meine Damen und Herren, für den Wirtschaftsanbieter. Die Wirtschaftsförderung wurde ganz einfach um 41 Prozent gekürzt (*GR Friedrich Strobl schüttelt verneinend seinen Kopf.*) - es stimmt, Kollege Strobl -, aber die Ausgaben für die Werbung wurden in die Höhe geschlakt.

Das IAS, meine Damen und Herren, gibt uns aber viele Beispiel, wo wir in Wien ganz einfach intelligent und gut sparen können. Allein bei den städtischen Spitälern wären zig Millionen möglich gewesen, sagt uns das IAS. Durch Planungsfehler und Kostenexplosion bei Projekten, wie zum Beispiel der Sanierung der Zentralfeuerwache, des Hauptbahnhofes, der Garage im AKH und des Stadthallenbades, könnte man zig Millionen einsparen. Last but not least kostet auch die Nichtumsetzung der Bundesbeamtenpensionsreform in Wien den Wiener Steuerzahlern einen Haufen Geld. Ich will mich gar nicht auf die Zahl einlassen.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, zu sagen, dass 2012 für Wien kein leichtes Jahr wird. Gefragt sind eine zukunftsweisende regionale Wirtschaftspolitik und Ausbau der Stärken des Stammunternehmertums. Ich darf Ihnen zwei ganz offensichtliche Beispiele sagen:

Das erste Beispiel betrifft die Effizienzsteigerung. Die Magistratsabteilungen mit wesentlichen Wirtschaftsagenden müssen aus Sicht des Unternehmers eine Einheit bilden, meine Damen und Herren, und daher seitens der Stadt als Wirtschaftscluster der Stadtverwaltung koordiniert werden. Doppelgleisigkeiten und Zeitverlust würden damit verhindert werden. Ein Ansprechpartner koordiniert alle relevanten Verfahren in den jeweiligen Dienststellen. Damit würde ein System geschaffen werden, in dem weder Zeit noch Geld im Genehmigungsverfahren liegen gelassen werden würden.

Ein zweiter Punkt, meine Damen und Herren, ist die gezielte Wirtschaftsförderung. Der Zugang zu finanziellen Förderungen für die Unternehmer ist derzeit enorm. Es gibt über 50 verschiedene Fördermodelle und zahlreiche Institutionen, die im Bereich der Wirtschaftsförderung tätig sind. Sie haben die Wirtschaftsagentur, das ZIT, die departure, den WAFF. Das ist, glaube ich, nicht in Ordnung. Dieses System muss vereinfacht werden. Die Stadt hat sich um eine Vereinfachung dieser Förderungsstruktur zu bemühen. Aus Sicht des Unternehmens ist eine Förderstelle ausreichend, meine Damen und Herren.

Mit Vorschlägen wie diesen zeigen wir als ÖVP, dass wir im Sinne des Wirtschaftsstandortes Wien Vorschläge bringen und bereit sind, bei einer Reform in Wien mitzutun, jedoch nicht auf Kosten der Leistungsträger und Arbeitgeber, sondern im Sinne der Wiener Wirtschaft. Der Wirtschaftsstandort Wien muss gestärkt werden, damit auch der Arbeitsmarkt belebt wird. Dafür tragen wir als Wiener ÖVP Verantwortung! - Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr StR DDr Schock zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

StR DDr Eduard **Schock**: Sehr geehrter Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Zunächst ein paar Worte zum Kollegen Deutsch, die hier unerlässlich sind: Kollege Deutsch hat von einer Milliarde Schaden durch die Kärntner Hypothekenbank, durch die Kärntner Hypo, gesprochen. Meine Damen und Herren von der SPÖ, schauen wir uns einmal an, wie es bei roten Banken zugeht. Schauen wir uns einmal die Kommunalkredit an, wo die jetzige Ministerin Schmied als Geschäftsführerin verantwortlich war. Schauen wir uns das einmal an. Da hat es bisher 5 Milliarden EUR Schaden für den Steuerzahler gegeben. Durch die Griechenlandpleite in den letzten Tagen ist noch einmal fast 1 Milliarde EUR dazugekommen, weil die Kommunalkredit eben in Griechenland engagiert war. Das heißt, wir haben fast 6 Milliarden EUR Schaden durch rote Misswirtschaft im Bereich der Kommunalkredit, meine Damen und Herren! Das sind Tatsachen über Fähigkeit und Unfähigkeit in der Wirtschaftspolitik!

Aber die Hilflosigkeit des Kollegen Deutsch hat sich auch gezeigt, als er im 14. Bezirk nach einem einfachen Mitglied der FPÖ gekramt und dann probiert hat, ihm irgendwelche Unregelmäßigkeiten zu unterstellen.

Meine Damen und Herren, schauen wir uns an, was bei der SPÖ in der letzten Zeit alles an den Tag gekommen ist. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das überschreitet die Redezeit!*) Es waren staatsanwaltliche Ermittlungen gegen fünf rote Minister in dieser Bundesregierung. Da braucht man nicht einfache Mitglieder anzuschauen. Das waren der Herr Stöger, wo es beim Listerienskandal Ermittlungen gegeben hat, die Ministerin Schmied, wo es eben im Zusammenhang mit der Kommunalkredit Ermittlungen wegen des gewaltigen Schadens gegeben hat. Dann war es der Herr Darabos, weil er willkürlich den Herrn Entacher entlassen hat. Der vierte und fünfte sozialistische Minister waren der Herr Ostermayer (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Der Herr Ostermayer ist Staatssekretär und nicht Minister!*) und der Bundeskanzler selbst, wo laufend staatsanwaltliche Ermittlungen wegen dieses Sieben-Millionen-Dings des Herrn Faymann stattfinden (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Die FPÖ hat 18 Ermittlungen im Laufen!*), wo es Druck auf Beamte gegeben hat, auch Druck auf Manager in staatsnahen Unternehmen, damit Werbekampagnen geschaltet werden müssen, wo Herr Faymann sich sonnen kann und gut wegkommt. Das ist die Wahrheit! Meine Damen und Herren, wer so im Glashaus sitzt, soll lieber vor seiner eigenen Türe kehren, meine ich! (*Beifall bei der FPÖ.* - *GRin Martina Ludwig-Faymann: Jetzt muss er vor lauter Schreck etwas trinken!*)

Aber, meine Damen und Herren, wir haben diese Sondersitzung, um dieses Thema nicht weiterzuführen, zu einem ganz speziellen Punkt eingebracht. Ich möchte noch ein paar wichtige Sätze, so meine ich, zu der Diskussion sagen, die heute Morgen hier stattgefunden

hat, weil es bisher eine Usance in diesem Haus gegeben hat, eine gute Usance, dass ehrenrührige Behauptungen, etwa wie das Wort Lügner, hier mit einem Ordnungsruf geahndet werden. Es hat dann schon seit mehreren Sitzungen eine Entwicklung begonnen, wo man bewusst, so scheint mir, mit dieser Usance gebrochen hat. Es war bereits im Herbst des Vorjahres, es war im September, als die grüne Vorsitzende Pilz begonnen hat, plötzlich, aus heiterem Himmel, mit diesen Usancen zu brechen und von oben herab verkündet hat, was falsch ist und was richtig ist. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Soll sie denn herunterkommen?)*

Meine Damen und Herren, es war für mich eigentlich nicht verwunderlich, dass eine Grüne, die aus einer Fraktion kommt, die eine lange realsozialistische Tradition hat, begonnen hat, hier von oben herab plötzlich autoritär zu beurteilen, festzustellen, was richtig ist, was falsch ist. Frau Vorsitzende, das hat es bisher in diesem Haus nicht gegeben! *(GRin Dr Sigrid Pilz: Das ist jetzt unwahr!)* Das habe ich zum ersten Mal aus Ihrem Mund gehört, dass hier von oben herab verkündet wird, was falsch ist, was richtig ist *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Sie sitzt halt dort oben!)*, dass hier autoritär über die Wahrheit geurteilt wird. Wie gesagt, es hat mich bei Ihnen nicht verwundert!

Aber, meine Damen und Herren, dass heute der sozialistische Vorsitzende, Herr Schuster, das Gleiche getan hat, hier in das gleiche Horn gestoßen hat, offenbar im Zuge einer rot-grünen, abgemachten Strategie, sich anzumaßen, hier von oben herab die Wahrheit zu verkünden, hat mich erschüttert! *(GR Godwin Schuster: Weil es so ist!)* Das hat mich echt erschüttert, Herr Kollege Schuster! *(Beifall bei der FPÖ. - GR Godwin Schuster: Es ist so, wie es ist!)*

Weil was heißt denn das? Das würde einerseits eine Verrohung der Sitten heißen, Herr Kollege Schuster! In Zukunft ist der Zwischenruf Lügner also erlaubt, wie Sie das heute hier erstmals festgestellt haben. Er ist vom sozialistischen Vorsitzenden erstmals legitimiert. Das heißt, jeder hier wird behaupten, das sei wissentlich die Unwahrheit und wir werden dann hören: „Lügner, Lügner!“ So werden die zukünftigen Sitzungen stattfinden. Das haben eigentlich Sie zu verantworten, Herr Kollege Schuster! *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das haben eigentlich Sie zu verantworten!)* Das finde ich eigentlich als eine sehr unerfreuliche Entwicklung! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber was heißt denn das noch? Das ist viel schlimmer als der Stil in diesem Haus, der schon schlimm genug ist. Aber zweitens, meine Damen und Herren, heißt das, und das ist viel schlimmer, der Beginn einer Sprachpolizei, dass hier eine rot-grüne Regierung beginnt, eine Sprachpolizei auszuüben, wo der Vorsitzende von oben herab Polizei spielt und entscheidet, was richtig ist und was falsch ist *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Heißt das jetzt, die FPÖ entscheidet das?)*, wo der Vorsitzende von oben herab die Wahrheit verkündet, wie das - Herr Margulies, das gefällt Ihnen wahrscheinlich - in autoritären Regimen

natürlich an der Tagesordnung ist. Aber, meine Damen und Herren, eigentlich ist diese Entwicklung in diesem Hause bestürzend, dass heute eine Entwicklung begonnen wurde, einerseits zu einer Verrohung der Sprache, aber zweitens eine Entwicklung mit autoritären Zügen, wo in Zukunft die Mehrheit entscheidet, die Mehrheit mit 51 Prozent der Mandate, was richtig ist, was falsch ist, wo eine rot-grüne Sprachpolizei, eben wie in autoritären Staaten, von oben herab die Wahrheit verkündet!

Herr Kollege Schuster, ich appelliere daher an Sie! Ich habe Sie bisher als redlichen Kollegen und auch als aufrechten Demokraten kennen gelernt. Ich appelliere wirklich an Sie, lassen Sie sich hier nicht von Ihrem grünen Koalitionspartner vor sich hertreiben, Herr Kollege Schuster! Hören Sie auf, sich von den GRÜNEN vor sich hertreiben zu lassen! Wehren wir den Anfängen und hören Sie auf, hier eine rot-grüne Sprachpolizei in diesem Haus einzuführen, Herr Schuster! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber, meine Damen und Herren, jetzt zum Kollegen Deutsch und zu seiner Wortmeldung: Das ist einer der wesentlichsten Gründe für diese Sondersitzung, nämlich die Doppelbödigkeit, mit der eine Partei in diesem Haus argumentiert. Der Kollege Deutsch hat hier wieder ein klassisches Beispiel dieser Doppelbödigkeit einer Partei abgegeben, die vor den Wahlen immer von Gerechtigkeit spricht, dann aber ganz anders handelt, einer Partei, die sich wundert, dass sie immer mehr an Stimmen verliert. Da gibt es eine Partei, die im Hinblick auf die nächsten Wahlen immer von Reichensteuern spricht, dass man die Oberen zur Kasse bitten muss, aber dann das Gegenteil tut. Meine Damen und Herren, Faymann hat im ganzen Land plakatieren lassen: „Fairness ist die Voraussetzung für eine soziale und gerechte Politik.“ - Das ist ein wörtliches Zitat von ihm. Und nach den Wahlen? Schauen wir uns das einmal an, gerade weil der Kollege Deutsch die Gerechtigkeit in Wien eingemahnt hat. In Wien Steuerbelastungen beim Wasser plus 33 Prozent, beim Gas plus 50 Prozent in nur 5 Jahren, meine Damen und Herren. Ist denn das gerecht, wenn man hier beim Wohnen und beim Heizen verteuert, wo man nicht aus kann? Man kann nicht bei 15 Grad die Heizung auf 15 Grad hinunterdrehen oder nicht mehr duschen. Hier bei den einfachsten Lebensbedürfnissen die Menschen zu belasten, Herr Kollege Margulies, ist Wahnsinn, wo Sie hier mittun, Steigbügelhalter spielen und dann hier herauskommen, um von Reichensteuern zu sprechen *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das stimmt doch nicht!)* und versuchen, die anderen in ein unsoziales Eck zu stellen! Herr Margulies, das ist die Unredlichkeit Ihrer Politik! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber schauen wir uns an, was auf der Bundesebene passiert, das aktuelle Paket: Beitragserhöhungen für die Selbstständigen, Einschränkungen beim Vorsteuerabzug, Anhebung der Höchstbeitragsgrundlagen. Meine Damen und Herren, damit werden die Lohnnebenkosten erhöht. Dieses Paket trifft nicht die Reichen. Es trifft den Mittelstand, die Mittelbetriebe, wo Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wenn wir uns dieses Paket, das auf Bundesebene beschlossen wurde, weiter anschauen, meine Damen und Herren, von einem Kanzler, von Herrn Faymann, der sich im ganzen Land mit diesem Plakat „Zeit für Gerechtigkeit“ plakatieren ließ, war das gerecht, meine Damen und Herren, wenn Faymann im Paket den Alleinverdienerabsetzbetrag abgeschafft hat, die Familienbeihilfe kürzt, wenn er die Pensionen kürzt? Denn was ist denn das andere, wenn man die Pensionen unter der Inflation anpasst, als eine reale Kürzung? Wenn hier beim Pflegegeld, bei den Kranken, bei den Ärmsten gekürzt worden ist, bei der Pflegestufe 1, Frau Kollegin Pilz, bei der Pflegestufe 2? Das ist nicht sozial! Wenn wir uns das aktuelle Paket weiter anschauen, das hier auf dem Tisch liegt, dass bei den Pensionen ein massiver Einschnitt vor uns steht, bei den Menschen, die nach 30, 40 Jahren harter Arbeit einfach abgerackert sind, einfach nicht mehr können, frage ich mich: Ist es gerecht, wenn gerade hier massive Einschnitte kommen, wenn hier Kürzungen bei den Frühpensionisten, meine Damen und Herren, um über 15 Prozent kommen?

Meine Damen und Herren, das passt so gut hierher, weil der Herr Kollege Deutsch in seiner Wortmeldung die Regierung Schüssel und die Kürzungen der Regierung Schüssel angeprangert hat. Diese 15 Prozent sind mehr, als sich Schüssel je getraut hat. Diese Kürzung von 15 Prozent bei den Frühpensionisten ist mehr, als unter Schüssel je passiert ist. Gerade bei jenen Menschen, die krank sind, nämlich betreffend die Abschaffung der Hacklerpension ab dem Jahr 2014, frage ich mich, ist es wirklich gerecht, zu sparen, bei Menschen, die ihr Leben lang fleißig geschuftet haben? Ist es gerecht, hier zu sparen, hier die Regierung Schüssel anzuprangern, aber dann eigentlich das Gleiche zu tun?

Meine Damen und Herren, was sagt eigentlich der Sozialminister dazu? Der Sozialminister hat zu diesem Paket gesagt, ein alter Mensch kann vielleicht nicht mehr 50 Kilo heben, aber 20 Kilo kann er immer noch leicht heben. Meine Damen und Herren, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen! Das sagt ein sozialistischer Sozialminister, der in seinem Büro sitzt, dort höchstens einen Bleistift oder maximal vielleicht ein Kaffeehägerl heben muss! Das sagt ein sozialistischer Sozialminister! Das muss man sich vorstellen! Meine Damen und Herren, die Gewerkschaft ist damals auf die Straße gegangen. Sie sind damals auf die Straße gegangen, 2002, 2003, gegen die Regierung Schüssel. Jetzt, meine Damen und Herren, und es gibt noch einige Gewerkschafter in diesem Saal, hat es gegen dieses unsoziale Paket zwei Gegenstimmen gegeben. Ganze zwei Gegenstimmen aus der Gewerkschaft hat es gegeben, nämlich vom Salzburger Arbeiterkammerpräsidenten, Herrn Pichler, und vom Chef der Gewerkschaftsjugend, Herrn Michlmayr.

Aber ich frage Sie: Wo waren Sie eigentlich? Wo waren die Gewerkschaftsvertreter unter Ihnen, die Sie hier sitzen? Wo war Ihr Aufschrei? Meine Damen und Herren, ich frage Sie, ist das wirklich die Gerechtigkeit, die Sie versprochen haben, die Sie im ganzen Land mit

dem Konterfei von Herrn Faymann plakatieren haben lassen? Das ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Idee von Herrn Schüssel! Das sind genau diese Ideen!

Meine Damen und Herren, ich meine daher, zwischen dem, was Sie uns hier erzählen und was der Kollege Deutsch heute wieder hier erzählt hat und dem, was Sie dann in der Regierung tun, klafft eine so große Kluft, das ist ein gewaltiger Unterschied! Ich sag Ihnen daher, meine Damen und Herren, niemand wird Ihnen auf diesen Schmäh mit der sozialen Gerechtigkeit, mit der Reichensteuer mehr hineinfallen. Niemand wird darauf hineinfallen! Die Menschen lassen sich nicht für dumm verkaufen! Das ist der größte Wahlschwindel aller Zeiten, den Sie vor haben, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zur Behandlung der Geschäftsordnung hat sich Herr Klubobmann Schicker gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dipl-Ing Rudi **Schicker** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es wäre verlockend, sich mit der Rede des Herrn DDr Schock auch inhaltlich auseinanderzusetzen, denn so viele Verdrehungen und Unwahrheiten habe ich noch selten gehört. Ich würde aber gerne auf einen Punkt zu sprechen kommen. Das betrifft seine Angriffe auf den Ersten Gemeinderatsvorsitzenden.

Es ist in diesem Haus offenbar zur Mode geworden, dass sich eine Partei zum Zensor über Gemeinderatsvorsitzende aufspielt, ob das die Frau Pilz oder der Herr Schuster in diesem Fall ist. Das geht nicht! Wir haben die Gemeinderatsvorsitzenden gemeinsam aus einem ganz bestimmten Grund gewählt, nämlich die Sitzungen zu leiten und hier auch Sitzungspolizei zu sein. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sitzungspolizei nicht! Hüter der Geschäftsordnung, nicht Polizei!)* Das hat Herr Schuster in voller Wahrnehmung seiner Möglichkeiten auch getan.

Wenn hier jemand bewusst herausgeht und Dinge, die mehrfach entgegnet und nachweislich falsch sind, immer wieder behauptet, wie das Herr Kollege Gudenus in dem konkreten Fall getan hat, dann geht das nicht! Dann ist die Emotion bei der anderen Partei durchaus verständlich, wenn das Wort Lügner herausrutscht. *(GR Johann Herzog: Jetzt ist es schon üblich geworden! Seit heute ist es üblich geworden!)* Trotzdem sind das Worte, die Sie nicht aus meiner Fraktion gehört haben.

Sie, Herr Herzog, sind Präsident des Landtages. Dort üben Sie Ihr Amt aus. Wir kritisieren Sie dort auch nicht *(StR David Lasar: Dort gibt es auch nichts zu kritisieren!)*, wenn Sie die eine oder andere Entscheidung treffen, wo wir es anders gesehen hätten. Ich ersuche Sie daher, dass Sie das in dem anderen Gremium, das in diesem Haus mit Personalidentität tagt, genauso halten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Johann Herzog: Ich werde die bisherigen Grundsätze beibehalten!)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zur Beratung der Geschäftsordnung hat sich weiters Herr

Klubobmann Mag Gudenus gemeldet. - Bitte schön.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wollte mich eigentlich zum Eklat von damals heute nicht mehr melden. Wir hätten das dann auch medial gemacht. Aber wenn sich der Kollege Schicker jetzt hier herausstellt und uns vorschreibt, wie wir zu Recht eine Vorsitzführung kritisieren, schlägt das doch wohl dem Fass den Boden aus! Das kann es ja wohl nicht sein! Es kann wohl nicht sein, dass ein Vorsitzender inhaltlich eingreift!

Ich bin das vom Kollegen Schuster nicht gewohnt, weil er sonst immer eine sehr behutsame und weise Vorsitzführung pflegt, aber anscheinend hat er sich da von der Frau Kollegin Pilz als Vorsitzende infizieren lassen, die schon von Anfang an die Vorsitzführung missbraucht, um hier parteilich zu sein. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Aber wenn Sie wissentlich die Unwahrheit sagen, was ist denn das?*) Und das kann es nicht sein! Das ist nicht der Sinn der Vorsitzführung! (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Sie sagen wissentlich die Unwahrheit! Das haben Sie getan!*) Das kann es nicht sein! (*Beifall bei der FPÖ.* - *GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Sie sagen wissentlich die Unwahrheit in diesem Haus!*)

Ich gehe auch davon aus, dass es vom Kollegen Schuster ein einmaliger Ausrutscher war, weil, wie gesagt, wir Besseres von ihm gewohnt sind. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Sie sagen wissentlich die Unwahrheit!*) - Darum geht es nicht! Herr Kollege Schicker, es steht dem Vorsitzenden nicht zu, meine Aussage zu bewerten, ob Van der Bellen kassiert oder ob es die Steuerzahler 210 000 EUR Steuergelder kostet! (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Sie sagen wissentlich die Unwahrheit in diesem Haus!*) Das steht den Vorsitzenden aus dem Vorsitz heraus einfach nicht zu! Das kann nicht die Aufgabe eines Vorsitzenden sein! (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: So geht das nicht! Gewöhnen Sie sich daran, wenn hier herinnen die Unwahrheit gesagt wird, dass das auch genannt wird!*)

Ich wiederhole jetzt noch einmal die Forderung nach einem Ordnungsruf für die Bezeichnung Lügner, weil es nicht den Gepflogenheiten dieses Hauses entspricht, so ein Wort einfach ungeschoren durchgehen zu lassen. Hier fordern wir einen Ordnungsruf. Wir wollen uns nicht von den GRÜNEN vorwerfen lassen zu lügen. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Wenn Sie aber lügen!*) Dieses Wort hat hier im Gemeinderat nichts zu suchen! Bitte sorgen Sie hier für Ordnung! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die Forderung nach einem Ordnungsruf wird noch geprüft werden und von dem jeweiligen Vorsitzenden dann bis zum Ende der Sitzung entschieden werden.

Wir gehen weiter in der Rednerliste. Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Mag Tanja Wehsely gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Durchatmen. Geht's? „Om“ und zuhören, was zur

Budgetpolitik und überhaupt zur rot-grünen Politik in Wien zu sagen ist. Das ist nämlich Folgendes: Ich könnte wieder fragen: Haben Sie getrunken? Nein. Gut. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wow, ist die heute lustig!*) - Ich bin ja anpassungsfähig und Sie sind die Vorgabe!

Welche Länder, weltweit gesehen, sind eigentlich am erfolgreichsten? Das sind Länder mit hoher Abgabenquote. Das sind die skandinavischen Länder, das ist Österreich, das ist Deutschland. Länder mit hoher Abgabenquote sind erfolgreich. Sie sind wirtschaftlich erfolgreich, sie sind sozial erfolgreich und sie sind sozial gerecht.

Worum geht es uns in Österreich unter einer rotgeführten Regierung? Und worum geht es uns in Wien mit einer rot-grünen Regierung? Uns geht es darum, dass es möglichst vielen Menschen in unserer Stadt gut geht und nicht nur einigen wenigen gut geht. Das ist unsere Prämisse. Wir stehen dazu. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das haben Sie aber nicht geschafft!*) - Doch, wir schaffen das schon sehr gut. Ich weiß nicht, warum es Ihnen nicht auffällt. Aber dafür kann ich ja nichts.

Wir stehen zu einer Mindestsicherung. Wir stehen zu einer erhöhten Mindestsicherung auch für Kinder. Wir stehen dazu, dass es in dieser Stadt eine Mindestsicherung mit einer sehr hohen Pick-up-Rate für Menschen gibt, die das ohne Scham machen können. Dazu stehen wir. Wir stehen auch zu einer ergänzenden Arbeitsmarktpolitik durch den Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, in einer sehr abgestimmten und guten Art und Weise mit dem Arbeitsmarktservice in Wien. Wir stehen dazu, dass es wichtig ist. Dazu hat eigentlich auch der Herr Klubobmann der ÖVP einiges gesagt, was mir gut gefallen hat. Er hat sich dann aber ein bisschen widersprochen. Es geht darum, Geringqualifizierte aufzuschulen. Es geht darum, auf Kompetenzen zu setzen und sich dort sehr stark zu engagieren, ähnlich der Wiener Ausbildungsgarantie, wo es vor allem darum geht, über Ressortgrenzen hinweg zusammenzuarbeiten und das Ziel zu definieren, möglichst viele Jugendliche in Ausbildung und Bildung zu bringen. Auch darum wird es in Zukunft gehen mit dem Wiener Qualifikationsplan, Aufschulung, Kompetenzen schulen, die Anzahl der gering Qualifizierten in dieser Stadt minimieren. Dazu brauchen wir den WAFF als ergänzende Arbeitsmarktpolitik. Wir müssen Leute in Beschäftigung halten und auch aufschulen. Ohne die Kooperation des AMS und des WAFF gemeinsam würden wir das nicht in dieser Weise schaffen. Daher Ja zu einer Mindestsicherung mit hoher Pick-up-Rate und auch Ja zu einem WAFF als ergänzende Arbeitsmarktpolitik.

Natürlich betreiben wir keine Fortschreibung ohne Kontrolle, was die Subventionen betrifft. Auch das wissen Sie. Ich weiß nicht, warum Sie das immer wieder so ins Treffen führen und dadurch viele Vereine diskreditieren, viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Vereinen diskreditieren, die für uns Partner und Hilfe sind, um den Wienerinnen und Wienern wichtige soziale Dienstleistungen, wichtige Unterstützung zukommen zu lassen. In Bausch und Bogen diskreditieren Sie diese Leute! Das steht Ihnen einfach

nicht zu! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir kontrollieren die Subventionen. Wenn Sie wüssten, wie um Subventionen eingereicht wird, würden Sie nicht so daherreden! Es muss natürlich nach dem Auftrag gehandelt werden. Es muss natürlich kontrolliert werden, ob die Mittel effektiv, effizient und ordentlich eingesetzt werden. Das ist gar keine Frage. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das geschieht halt nicht!)*

Fortschreibungen von Subventionen ohne Prüfung und etwaige adaptierte Aufträge finden nicht statt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das stimmt ja nicht!)* Auf Basis von Strukturreformen, auf Basis von Optimierungen, auf Basis von Harmonisierung von Strukturen sparen und optimieren wir. Das ist unsere Politik, die Strukturen zu analysieren, durchzusehen, zu bereinigen, gemeinsame Ziele über Ressortgrenzen hinweg, auch über Gebietskörperschaften hinweg, zu formulieren und so für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu arbeiten. Das machen wir nicht nur gemeinsam mit WAFF und Wirtschaftsagentur, das machen wir nicht nur im Rahmen der Wiener Ausbildungsgarantie mit dem Stadtschulrat, dem WAFF, dem Fonds Soziales Wien, dem Arbeitsmarktservice, dem Bundessozialamt und so weiter, und so fort, das machen wir in allen Bereichen, wo es sinnvoll ist, gemeinsame Ziele zu definieren und darauf hinzuarbeiten. Da wird es einige Sachen geben, die wir nicht aufrechterhalten können und viele Sachen, die gerade in Zeiten der Krise, jetzt, wo wir hinauskommen müssen, nötig sind. Investitionen aus der Krise hinaus, Strukturreformen durch Optimierung und Produktivitätssteigerung, falls Ihnen das etwas sagt, dafür stehen wir in Wien.

Kurz noch zum Arbeitsmarkt: Oft wird er angesprochen. Natürlich wissen Sie genauso gut wie ich, dass es in Wien einen sehr dynamischen Arbeitsmarkt gibt. Sie wissen, dass wir viele Menschen aus dem Umland mit Arbeit und Ausbildung versorgen. Sie wissen, dass wir ein stark steigendes Beschäftigungspotenzial haben und auch viel mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt drängen, Frauen nach einer kürzeren Babypause, viele Jugendliche, die in einer Maßnahme der Ausbildungsgarantie oder einer übergeschäftlichen Ausbildung sind et cetera. Das heißt, sowohl steigendes Beschäftigungspotenzial als auch Rekordansiedlungen, lieber Herr Kollege Aichinger. Das verschweigen Sie auch immer. Das ist schade. Aber auch da, wie gesagt, mit dem Qualifikationsplan - dazu aber an anderer Stelle mehr - eine Antwort darauf, wie wir Menschen unterstützen können, Arbeit zu finden und auch ihren Arbeitsplatz zu sichern.

Solch eine Kindesweglegung, wie sie die FPÖ über ihre Regierungszeit im Bund betreibt, habe ich noch selten erlebt. Dass man sich so nicht mehr erinnert und dass man so wo nicht dabei gewesen ist und dass man so wo nie mitregiert und mitgemacht hat, ist wirklich fast schon bewundernswert, also Kindesweglegung in Reinkultur. Besser könnte man das gar nicht machen, als Sie das machen, Kollegen und Kolleginnen der FPÖ. Es ist unglaublich! Sie werfen einem Herrn Van der Bellen vor, nicht hier in Wien im Gemeinderat zu sitzen. Er

arbeitet für Wien im Sinne eines Fortschrittes, was die Universitäten betrifft, was die Wissenschaft betrifft, was auch hier wiederum die Kooperationen zwischen den verschiedenen Einheiten betrifft. *(GR Mag Wolfgang Jung: Er hat doch keine Kompetenz auf diesem Sektor! Das wissen Sie ganz genau!)* Das ist eine wichtige Aufgabe. Es ist vielleicht nicht sein Naturell, sich immer hinauszustellen und zu schreien. Das können Sie wahrscheinlich besser. Aber ich sage Ihnen auch etwas: Wo ist denn der Herr Spitzenkandidat Strache? Wo ist denn der Herr Wiener Spitzenkandidat Strache? *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das hat er immer gesagt!)* Wo sitzt er denn? *(GR Mag Wolfgang Jung: Dort, wo er es gesagt hat!)* Wo sitzt er denn? Wo ist denn der Herr Bürgermeister-Herausforderer, Ich-möchte-es-gerne-werden-wählt-mich-Strache? Wo sitzt er? Wo ist er in Wien? Wo sitzt er in Ihren Reihen? Ihr sitzt hier vorn. Wo ist er? Was ist da falsch daran? Wo ist der Herr Strache? Wo ist der Herr Spitzenkandidat für Wien? *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wir hätten ihn gern hier!)* Wo ist er in Wien? Ich kann ihn nicht sehen! Ich kann auch nicht sein salbungsvolles Wirken für die Wienerinnen und Wiener feststellen! Es tut mir leid! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorgegaukelt! Vorgeswindelt! So ist das! Falsche Tatsachen! Unglaublich! Genau das ist das, was Sie können! *(GR Wolfgang Seidl: Er bekommt aber nicht 210 000 EUR dafür!)* - Danke schön, Herr Seidl! Supersache! Es ist wirklich unglaublich!

Noch eine Bemerkung: Anzeigen führen zu staatsanwaltlichen Ermittlungen. Wir leben in einem Rechtsstaat. Wenn die FPÖ den Herrn Bundeskanzler anzeigt, dann wird ermittelt. So kommen staatsanwaltliche Ermittlungen zustande. *(GR Mag Wolfgang Jung: Aber nur, wenn der Staatsanwalt glaubt, dass etwas dahinterstecken könnte!)* Das ist in Ordnung so, denn es ist ein Rechtsstaat. Aber nicht, daherzukommen, weiß Gott wer hat den Kanzler angezeigt, und er ist inkriminiert! Es sind Ermittlungen, die in Ordnung sind. Mehr ist dazu nicht zu sagen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Dann sagen Sie das auch einmal den GRÜNEN!)* Sie wissen auch, dass das genauso ist! Also halten Sie sich bei diesen Beschuldigungen, vornehm geht ja nicht, aber zurück! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Johann Herzog: Wie ist das mit Ihrem Koalitionspartner?)*

Ihr Problem ist auch, Sie haben leider keine Ahnung, was Arbeiten bedeutet. Unter anderem braucht man auch als Stadträtin, als Stadtrat, auch als Bürgermeister sowohl den Magistrat, der arbeitet, aber auch besondere Beauftragte, die analysieren, die Lösungsvorschläge aufbereiten *(GR Armin Blind: Dazu sind die Stadträte da!)*, die dann implementiert werden können. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wozu haben Sie denn dann Beamte?)* Das muss man teilweise auch im Sinne der neuen Ideen durch besondere Beauftragte durchführen lassen, um sie dann in ein Regelsystem implementieren zu können. *(GR Mag Wolfgang Jung: Versorgen heißt das!)* Das nennt man auch arbeiten, liebe Kollegen und Kolleginnen! Gearbeitet wird! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR*

*Mag Wolfgang Jung: Wozu hat man den Stadtschulrat?)*

Wenn dann die Analyse vorbei ist und wenn die Lösungsvorschläge auf dem Tisch liegen, dann kann man sie im Regelverfahren weiter betreiben. So ist das.

Der Stadtschulratsbeauftragte ist ein langjähriger Kollege aus dem Stadtschulrat, Horst Tschakner. Es ist nichts Neues geschaffen worden. Er führt seine Arbeit mit einem besonderen Schwerpunkt fort. So ist das. Wenn Sie sich im Stadtschulrat nicht auskennen, schweigen Sie dazu! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt haben wir es!)*

Ich sage Ihnen, ich habe schon lange mit Jugendlichen zu tun. Diese kasteln sich ein, sind in ihrer gemeinsamen Peergroup, brauchen einen starken Außenfeind, an dem sie sich reiben können, und haben bis zu einem Alter von 14 bis 16 Jahren relativ wenig Schuldbewusstsein. Da bildet sich das heraus. So kommen Sie mir ein bisschen vor. Sie patzen die Leute an! Sie reden wider besseres Wissen! Ihr macht Schmäh auf Kosten der Leute, allein schon mit dem Titel: „Herr Bürgermeister, weg mit dem Regierungsspeck!“ Ihr macht uns alle schlecht! Es ist wirklich traurig! Es ist wirklich niveaulos! Es sind leere Stehsätze! Ihr seid Pseudovertreter des Volkes! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ganz zum Schluss noch, liebe ÖVP, warum lasst ihr euch von denen so hinunterziehen? Warum lasst ihr euch von denen zum Steigbügelhalter degradieren? Warum macht ihr da mit? Ihr werdet mitangepatzt! Ihr werdet mithinuntergezogen! Ihr leidet unter den Vorwürfen! Da putzt sich jemand ab! Merkt ihr das nicht? Hört damit auf! Ihr könnt nur schröpfen, und zwar die BürgerInnen in der eigenen Tasche! Das ist der Plan! Bitte lasst euch da nicht so hinunter- und mitziehen! - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Dipl-Ing Stiftner zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Damen und Herren!

Frau Wehsely hat jetzt offenbar wirklich den Stein der Weisen gefunden. Sie hat gesagt, eine hohe Abgabenquote garantiert den größten Erfolg. Das heißt also, wir haben in Zukunft 100 Prozent Abgabenquote zu erwarten. Alles, was die Leute verdienen, soll man gleich an den Staat überweisen. Dann geht es uns allen gut. Frau Wehsely, ich werde für Sie einen Ehrendoktor bei der Karl-Marx-Universität beantragen. Dort gehört so eine Ideologie hin! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Aber kommen wir zu ernsteren und zu ernst gemeinten Themen: Man sollte, um das noch einmal abzuschließen, auch nur dann über Wirtschaftspolitik reden, wenn man eine Ahnung davon hat. Ich glaube, für den Wirtschaftsstandort Wien wäre es angebracht, eine Ahnung hier einzubringen, denn die Fülle an Gebührenerhöhungen, mit den wir alle, Unternehmerinnen wie Unternehmer wie auch die Privathaushalte, konfrontiert werden, ist eine Belastung, die nicht mehr auszuhalten ist. Eine

Parkgebührenerhöhung von 66 Prozent bezeichnet Herr Deutsch - ich habe seine Wortmeldung mitgeschrieben - als „entsprechende Anpassung“. Ich weiß nicht, was da was entspricht, aber der Verbraucherpreisindex, der normalerweise Gebührenanpassungen zugrunde liegt, liegt ein bisschen anders und sieht anders aus. Haben Sie sich, der oberste Parteisekretär der SPÖ, eigentlich schon einmal überlegt, wie lange ein normaler, einfacher Arbeiter im Gemeindebau arbeiten muss, um eine Lohnerhöhung von 66 Prozent zu verdienen? Ich glaube, Sie sind vollkommen fehlgeleitet in dieser Stadt! Sie wissen nicht mehr, was Sie tun! Sie haben jedes Maß verloren, und das sollte ein Grundprinzip für eine Regierung sein, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Aber jetzt geht es noch weiter. Jetzt geht es nicht darum, nur die Gebühren zu erhöhen, sondern auch die Bemessungsgrundlage auszuweiten.

Da hat man sich jetzt der Parkraumbewirtschaftung bemächtigt und versucht, durch eine Ausweitung mehr Geld in den Staatssäckel zu bekommen. Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie sich ein für alle Mal gesagt sein, mit verkehrspolitischen Maßnahmen hat das alles nichts zu tun. Sie gaukeln nämlich den Wienerinnen und Wienern vor, dass sie mit einem Parkpickerl, de facto mit einer Überweisung eines Geldbetrages an die Stadtkasse, eine Garantie haben, einen Parkplatz zu bekommen. Wenn man heute einen Lokalausweis vornimmt, nämlich in einem der Bezirke, wo schon Parkraumbewirtschaftung existiert, dann weiß man, dass das nicht der Fall ist. Es gibt keinen Parkplatz und schon gar keine Parkplatzgarantie. Im zivilen Strafrecht wird so etwas unter dem Begriff Betrug abgehandelt, sehr verehrte Damen und Herren! Das, was Sie hier tun, ist nichts anderes, als ein ideologisches Mittel, nämlich seitens der GRÜNEN, die Autofahrerinnen und Autofahrer aus Wien zu vertreiben. Es ist eine rein ideologische Frage geworden und hat mit Fiskalpolitik nichts mehr zu tun. Es treffen sich hier offenbar in einer wunderbaren Art und Weise zwei Parteien, nämlich die GRÜNEN, die vollideologisch auf dem links-äußersten Weg unterwegs sind, und eine SPÖ, die nicht mehr weiß, wie sie das Geld in den Staatssäckel bekommen kann, weil ihre fehlgeleitete Budgetpolitik nun endlich auch den Staatssäckel zu zerreißen droht. So eint man sich plötzlich in einer Sachfrage, nämlich darin, das Geld den Bürgerinnen und Bürgern im Bereich der Parkraumbewirtschaftung aus dem Sack zu ziehen. Das tut weder der SPÖ noch den Wienerinnen und Wienern gut. Ob es der SPÖ gut tut, ist nicht meine Angelegenheit, auch nicht die meiner Fraktion. Aber wenn es um die Wienerinnen und Wiener geht, sind wir zur Stelle.

Aber damit wir auch einen Beitrag leisten, denn ich glaube, der Herr Bürgermeister wird sich als Parteivorsitzender schon mit etwas Stirnrunzeln die letzten Umfragen angeschaut haben, wie gut es der SPÖ mit dieser Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung geht, vielleicht ein Hölzchen zu werfen und auch ein bisschen zu unterstützen, möchte ich gemeinsam mit

meinem Kollegen Dkfm Dr Fritz Aichinger einen Antrag einbringen, nämlich in der Form, dass wir auch einmal darüber diskutieren, wenn wir über nichtamtsführende Stadträte sprechen, dass diese sehr wohl bereit wären, alle Ressorts zu übernehmen. Ich kann das für meine Fraktion garantieren. Wir haben kein Problem, von einem nichtamtsführenden Stadtrat auf einen amtsführenden Stadtrat zu wechseln und damit auch Verantwortung für die Stadt zu übernehmen. Aber wir haben einen nichtamtsführenden Stadtrat, der gleichzeitig Bürgermeister ist, der gar kein Ressort hat, nämlich derjenige, der alles an den Magistratsdirektor und an die amtsführenden Stadträte delegiert. Es wäre schon angebracht, wenn der teuerste Mitarbeiter dieser Landesregierung auch endlich einmal Verantwortung in direkter Form übernimmt. Wir würden gerne auch in diesem Bereich diesen Antrag entsprechend einbringen, verbunden mit einem zweiten Thema, nämlich diesen Wildwuchs an Beauftragten einzubremsen, denn jetzt gibt es ja auch einen Schulschwänzbeauftragten und was weiß ich nicht alles. Ich weiß nicht, warum es Stadträte gibt, nämlich amtsführende Stadträte (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Das ist das Problem!*), die diese Aufgabe sehr wohl wahrnehmen könnten. Dafür bezahlt sie der Bürger auch. Auch das wäre zu korrigieren. Ich bitte Sie, auch diesem Antrag Ihre Aufmerksamkeit zu schenken und entsprechend um Zustimmung, dass sich der Wiener Gemeinderat dafür ausspricht, dass der Wiener Bürgermeister und Landeshauptmann selbst ein Ressort übernimmt und dass der Wiener Gemeinderat auch die zahlreich geschaffenen Beauftragten hinterfragt und abschafft. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, egal welches Motiv Sie hinter diesen gesamten Bereich der Parkraumbewirtschaftung setzen, es ist letztendlich eine Mischung aus Abzocke und Autofahrermobbing. Wir werden das seitens der ÖVP nicht hinnehmen. Wir verlangen hier einen Schlusstrich unter der eineinhalbjährigen rot-grünen Verkehrspolitik, die die Lebensqualität und den Wirtschaftsstandort in dieser Stadt geraubt hat, sehr geehrte Damen und Herren! Lebensqualität, und das möchte ich auch einmal dem Herrn Parteisekretär Deutsch ins Stammbuch schreiben, heißt auch Wahlfreiheit. Lebensqualität ist nicht, den Menschen alles wegzunehmen und ihnen dann zu sagen, was für sie gut ist. Lebensqualität bedeutet auch, selbst wählen zu können, wo man sein Geld ausgibt, wofür man es ausgibt. Lebensqualität heißt auch, eine möglichst günstige Stadt zu haben, eine effizient verwaltete Stadt, nämlich dort, wo Gebühren reduziert werden, dort, wo auch Maßnahmen ordentlich gemacht werden, sodass dieselbe Qualität mit weniger Geldeinsatz gebracht werden kann. Das wäre die richtige Politik für die Stadt! Diese haben Sie wieder einmal verabsäumt, meine Damen und Herren! Herr Deutsch, lassen Sie sich gesagt sein, ich weiß, Sie wollen nur das Beste der Wienerinnen und Wiener, nämlich ihr Geld! Das werden Sie mit unserer Unterstützung nicht bekommen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber lassen Sie mich das Ganze auch noch einmal von demokratiepolitischer Seite aus betrachten: Die GRÜNEN sind die politische Minderheit in diesem Haus, die kleinste Fraktion, auch wenn sie in der Regierung sind. Das vergessen sie leider oft. Sie versuchen hier, ihre Meinung, nämlich vor allem ihre krause Verkehrspolitik, hundert Prozent der Menschen aufzudrängen. Das zeigen ihre bisherigen Projekte, nämlich zum Beispiel Mariahilfer Straße, die Ideen um den Fahrrad-Highway des Herrn Kollegen Maresch, oder wer auch immer diese Ideen eingebracht hat (*GR Mag Wolfgang Jung: Chorherr!*), oder Chorherr - keine Ahnung - und die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung als weiteres exemplarisches, aber nicht vollständiges Beispiel.

Ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass wir in der Vorperiode mit den GRÜNEN noch durchaus einer Meinung waren, dass die Stadt mehr Bürgermitbestimmung vertragen würde. Ich habe es auch als positiv betrachtet, dass sich die nunmehrige Frau Vizebürgermeisterin dafür eingesetzt hat, auch die Stadträtin für BürgerInnenbeteiligung zu sein. Sie hat dieses Schild auf ihre Türe genagelt bekommen. Aber ich darf nun fragen: Was tut sie mit diesem Ehrentitel? Was tut diese rot-grüne Stadtregierung für Bürgerinnen und Bürger und ihre Einbindung? Es gibt eine Bürgerbefragung um die Mariahilfer Straße in einer Basisstudienform. Diese haben Sie von Rot-Grün schubladisiert. Es gibt ein Bürgerbeteiligungsverfahren, das chaotisch und nebulos verlaufen ist, sodass Sie bis heute nicht sagen können, wie es auf der Mariahilfer Straße weitergehen soll. Nebenbei negieren sie eine Studie, mit der die ÖVP-Wien ein unabhängiges Institut beauftragt hat, wo sich zwei Drittel der repräsentativ Befragten gegen eine Fußgängerzone auf der Mariahilfer Straße ausgesprochen haben. Ist das BürgerInnenbeteiligung, die Sie von Rot-Grün sich vorstellen? Ich glaube, ja, weil es offenbar den Bürgerinnen und Bürgern ein anderes Anliegen ist, als Sie versuchen, mit ihrer arithmetischen Mehrheit in diesem Haus durchzusetzen.

Aber noch schlimmer steht es um die Bürgerbeteiligung bei der Parkraumbewirtschaftung. Hier haben Sie alle unsere Anträge in diese Richtung abgelehnt, und zwar, kann ich mir durchaus vorstellen, aus rein polittaktischen Überlegungen und aus Ihrer Sicht aus einem guten Grund, denn, wie wir alle wissen, gab es in einem Bezirk nun eine sehr umfassende Bürgerbefragung, nämlich in Währing, und dort haben sich 64 Prozent - ich betone, 64 Prozent - der Wienerinnen und Wiener gegen das Parkpickerl ausgesprochen. Das heißt, Sie sind mit Ihren Ansichten, Rot-Grün gemeinsam, in einer Minderheitenposition geblieben. Diese Erkenntnis sollten Sie endlich auch in Ergebnisse Ihrer Politik münden lassen. Ein Gesinnungszwang einer Minderheit, vor allem der GRÜNEN, gegen eine Mehrheit, und dies als politideologische Grundhaltung dieser Stadt zu verkaufen, ist mit Recht in der Vergangenheit auf dem Misthaufen der Geschichte gelandet. Ich verwahre mich

schon dagegen, dass man jetzt über die Verkehrspolitik eine solche Ideologie, ein politisches Altmodell, nämlich das der Diktatur, wieder in dieser Stadt einführt! Dafür stehen wir nicht zur Verfügung, sehr geehrte Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist deshalb unbedingt zum Instrument der direkten Demokratie zu greifen. Das sollten Sie nicht nur dann machen, wenn Sie ein Thema aufgreifen, wo Sie glauben, dann auch Ihre Zustimmung zu bekommen. Denn das ist reiner politischer Opportunismus. Mit Bürgermitbestimmung hat das überhaupt nichts zu tun. Wenn uns dann das nächste Mal die Frau Vizebürgermeisterin wieder einmal in semantischer Detailverliebtheit den Unterschied zwischen Bürgerbeteiligung, zwischen Bürgerbefragung und zwischen Bürgermitbestimmung erklärt, dann zeigt das nur, Sie haben Ihr Versprechen, die Menschen in dieser Stadt in die Politik einzubinden, nicht gehalten! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es steht die Fiskalpolitik im Vordergrund. Die Geldbeschaffung und die verkehrspolitischen Ideologien der GRÜNEN, gepaart mit den absoluten Abzockermethoden der roten Fraktion, werden Sie hier auf Dauer nicht aufrechterhalten können. Auf Dauer werden Sie hier nicht gegen die Mehrheit der Menschen in dieser Stadt regieren können. Denn das ist eine Minderheitenposition, die Sie versuchen, hier darüberzustülpen, auch wenn die Gefahr besteht, dass Sie es noch weitere dreieinhalb Jahre versuchen werden, gepaart mit den Abzockergelüsten und eben dem, was die GRÜNEN als Ideologie verstehen.

Deshalb möchten ich gemeinsam mit Klubobmann Dkfm Dr Fritz Aichinger und meinem Kollegen Ing Mag Bernhard Dworak einen Antrag einbringen, dass nämlich auch die Bürgerbefragung hinsichtlich der geplanten Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung nicht zu einer Abkassieraktion werden soll, gemeinsam zu beschließen, dass eben in allen Bezirken eine Bezirksumfrage erfolgt, wo dann die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden können, auch dort, wo bisher schon aus den Bezirksvertretungen Beschlüsse hervorgegangen sind, ob sie wirklich das Parkpickerl und die Ausweitung wollen oder ob sie nicht stattdessen andere Maßnahmen lieber sehen wollen. Dieser Antrag ist aus meiner Sicht eine der letzten Möglichkeiten für diese rot-grüne Stadtregierung, in die Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung wieder einzusteigen, mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten. Es ist die letzte Chance, die Rot-Grün hat, diese Politik, die gegen die Wienerinnen und Wiener gerichtet ist, einzustellen und für diese Stadt, für den Wirtschaftsstandort, für eine prosperierende Stadtentwicklung auch in Zukunft zu kämpfen, jetzt zu nützen. Ich beantrage deshalb, diesen Antrag hier mit einer sofortigen Abstimmung zur Zustimmung zu leiten. - Vielen Dank. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Mag Dr Kappel zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener*

*Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich möchte mich bei meinem Vorredner bedanken, der die Debatte wieder auf ein sachpolitisches Niveau zurückgebracht hat. Für mich waren viele der heutigen Debattenbeiträge, insbesondere Debattenbeiträge der rot-grünen Regierungssprecher, beinahe kabaretthaft, insbesondere die Beiträge von Herrn Margulies und von Herrn Deutsch. Der Beitrag von Frau Wehsely, so glaube ich, wäre in einem Kabarett nicht aufführungsreif, denn mit so einer Geiferei würde man bestenfalls alle Kabarettbesucher vertreiben und sicherlich keinen Kabarettbesucher gewinnen. Das war eine Polirhetorik, die es irgendwann gab, aber ich glaube, das ist schon lange vorbei! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Kollege Margulies, Sie haben gesagt, die FPÖ würde versuchen, mit der heutigen Sondersitzung und mit ihrer Rhetorik abzulenken und das Wort Abzocke zu verwenden. Die Wahrheit ist doch, dass wir eine Abzocke erleben. Diese Abzocke leben Sie uns hier vor, indem Sie die Bürger mit 150 Millionen EUR im Rahmen Ihrer Gebührenerhöhungen belasten. Valorisierungspaket plus Gebührenerhöhungen, die jetzt noch kamen, Lohnnebenkosten und so weiter, das alles macht 150 Millionen EUR allein auf Gemeindeebene. Und über 9 Milliarden EUR sind in Planung auf Ebene der Bundesregierung, was diese Woche beschlossen werden soll. Das ist echte Abzocke der Bürger, und das kritisieren wir Freiheitliche! Und das ist bedauerlicherweise kein Kabarett!

Dann sagte Herr Margulies noch, die Wohnungskosten seien in Wien am niedrigsten, und es wäre doch für eine Familie am günstigsten, in Wien zu leben. Ich meine, das ist polemisch. Sie alle haben sicherlich letzte Woche Zeitung gelesen. Darin standen zwei Statistiken, wo in Österreich das Leben am teuersten ist. Und wo ist das Leben in Österreich am teuersten? In Wien und in Tirol ist das Leben am teuersten. Das heißt, das Wohnen kann in Wien niemals, nie und nimmer am günstigsten sein.

Ebenfalls haben Sie gesagt, die Politikerkosten seien in Wien am niedrigsten. Das stimmt schon, aber der Vergleich hinkt! Denn wenn Sie die Stadt Wien mit Bundesländern vergleichen, die zig Gemeinden mit entsprechend vielen Gemeinderäten haben, so muss ich Ihnen sagen, leider hinkt Ihr Vergleich! Es ist deshalb bestenfalls jener Begriff anzuwenden, den Sie heute schon mehrmals gebraucht haben, nämlich der Begriff des faktenfreien Argumentierens. Darin sind Sie wirklich gut. Das haben wir heute wieder gelernt. Faktenfrei argumentieren, das können Sie! (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Auf die Vermögenden ab 800 000 EUR wurde heute schon eingegangen. Dazu sollte ich gar nichts mehr sagen. Das ist eigentlich wirklich jämmerlich, dass Sie das als Vermögen bezeichnen, nämlich Menschen, die sich ihr Leben lang etwas erspart haben und dann als Vermögende bezeichnet werden, die man eigentlich besteuern soll. Das ist wirklich schlimm. Dem Fass den Boden ausgeschlagen hat aber Ihr Wurstsemmel-

Beispiel. Ich glaube, letztmals ist ein derartiges Beispiel unter Breschnew in der Sowjetunion verwendet worden. Ich glaube, das hat lange nichts mehr mit realer Wirtschafts- und Finanzpolitik zu tun. Ihr Beispiel ist nur polemisch, reiner Klassenkampf und sonst gar nichts. Das lehnen wir ab! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Zum Kollegen Deutsch: Sie haben gesagt, es sei eine einzigartige Polit-Show, die Herr Gudenus heute hier abzieht. Ich sage Ihnen dazu Folgendes: Sie würden sich wahrscheinlich eine so gute Performance, wie sie Herr Gudenus hier bringt, wünschen. Ihre Performance war nämlich keine Show. Sie haben uns eine halbe Stunde lang etwas von einem Zettel heruntergelesen, noch dazu schlecht recherchiert. Ich war eigentlich überrascht, dass Sie als Parteisekretär nicht offener und glaubhafter zu uns sprechen. Das war total unglaublich! Nicht einmal wir haben Ihnen das abgenommen. Ich würde Ihnen vorschlagen, Ihre Mitarbeiter auf einen Recherchekurs zu schicken, und Sie sollten sich das auch noch einmal anschauen. Sie brauchen mehr Glaubwürdigkeit! Das glaubt Ihnen niemand! Aber ich weiß, es ist sehr schwer zu argumentieren. Sie zocken ab und müssen gleichzeitig hier stehen und sagen, Sie tun das alles nicht. Das ist schwer und führt uns geradewegs wieder dorthin, wo wir heute schon waren, nämlich in den Bereich des faktenfreien Argumentierens. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Wir Freiheitliche nehmen hingegen das Thema Wirtschafts- und Finanzpolitik sehr ernst. Wir haben in den letzten Monaten aufgezeigt, dass uns das wirklich ein Anliegen ist. So haben wir bereits zwei Misstrauensanträge gegen Frau Finanzstadträtin Brauner eingebracht. Wir haben Anträge zur Gebührensenkung eingebracht. Wir haben erstmals im Juni letzten Jahres, als das Valorisierungspaket am Programm stand, einen Antrag eingebracht, in dem wir forderten, die Wiener vor der Gebührenlawine zu schützen. Wir haben am 23. September Anträge eingebracht, in denen wir auf die Gebührenlawine verwiesen und sagten, wir wollen weg von dieser Gebührenlawine. Wir haben am 20. Oktober einen weiteren entsprechenden Antrag eingebracht. Ebenfalls haben wir im Jänner Anträge eingebracht. Und wir werden auch heute wieder einen Antrag einbringen - mein Nachredner wird das tun -, mit welchem wir Sie auffordern, das Valorisierungsgesetz zurückzunehmen, weil diese Belastungen den Wienerinnen und Wienern nicht zumutbar sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Lassen Sie mich zu den Gebühren noch einmal im Einzelnen kommen. Das ist Ihnen natürlich unangenehm, aber es hilft nichts. Die Bürger werden belastet und sie spüren das jeden Tag. Insbesondere seit dem 1. März, jenem Tag, an dem die Parkraumbewirtschaftung mit dem neuen Gebührensatz in Kraft getreten ist, spüren die Bürger das. Man wird auch als Politiker permanent darauf angesprochen. Was haben Sie also im Rahmen des Valorisierungsgesetzes getan? Sie haben per 1. März die Parkgebühren um 66 Prozent erhöht, Sie haben

die Abschleppkosten von 192 EUR auf 242 EUR erhöht und Sie haben beim Falschparken die Gebühr von 21 EUR auf 36 EUR erhöht. Das trifft die Bürger! Das trifft alle Autofahrer! *(GR Karlheinz Hora: Wen soll es treffen?)* Ich weiß, lenkungspolitisch passt Ihnen das gut ins Konzept. Wir wollen das aber nicht und sind deshalb auch gegen diese Belastungen. Wir wollen nicht, dass die Autofahrer zusätzlich zum hohen Treibstoffpreis in Wien noch mehr geschöpft werden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Neben der Parkraumbewirtschaftung haben Sie die Hundesteuer um 65 Prozent erhöht. Sie haben die Wassergebühr um 33 Prozent erhöht. Sie haben die Fernwärme um 8,2 Prozent erhöht. Sie haben die Müllabfuhr um 6 Prozent erhöht. Und Sie haben die Gasgebühren um 5,5 Prozent erhöht, nachdem Sie sie vorher schon um 42 Prozent erhöht hatten. *(GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Schlechte Recherchen!)* Alles in allem waren das 100 Millionen EUR oder 548 EUR pro Jahr und pro durchschnittliche Familie. 100 Millionen EUR, die Sie sich jetzt von den Wiener Bürgern, von den Wiener Steuerzahlern holen, weil Sie nicht bereit sind, einzusparen und ausgabenseitig zu konsolidieren. Das lehnen wir ab! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das Valorisierungspaket von 100 Millionen EUR war Ihnen aber noch nicht genug. Im Rahmen der Landtagssitzung vom Jänner haben Sie gleich weitere zusätzliche Belastungen beschlossen. So haben Sie eine Verdreifachung der U-Bahn-Steuer beschlossen, von der Sie sich 44 Millionen EUR an Einnahmen erhoffen. Sie haben die Ortstaxe erhöht. Trotz des hohen Nächtigungsvolumens des Wien-Tourismus und der Gemeinde Wien im letzten Jahr haben Sie die Ortstaxe erhöht! Zusätzlich haben Sie die ORF-Gebühr im Rahmen der Landtagssitzung vom 23. Jänner auf einen Stand gebracht, der zu den höchsten in Österreich zählt. Sie haben es also zustande gebracht, dass man zusätzlich zu den 100 Millionen EUR mit dem Valorisierungspaket noch einmal 50 Millionen EUR zulegte. Sie haben den Wienerinnen und Wienern durch diese zwei Belastungspakete 150 Millionen EUR aus der Tasche gezogen und das ist eine Abzocke! Dazu stehen wir! Da können Sie sagen, das ist polemisch! Das ist es nicht! Alle Bürger spüren es! Und die Bürger wollen es nicht! Deswegen lehnen wir das ab! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Daneben gibt es noch einige „Kleinigkeiten“ für die Tourismuswirtschaft, denn nur so en passant planen Sie zusätzlich zur Ortstaxe auch eine Erhöhung der Gebrauchsabgaben und ebenso die Streichung der Absetzbarkeit von Bedienungsgeld und Heizungskosten im Tourismus. Wir haben das vergangene Woche in der Tourismus-Kommission behandelt: Das sind 50 000 EUR an zusätzlichen Kosten im Jahr für ein mittleres Hotel und 180 000 EUR im Jahr für ein größeres Hotel. Diese Maßnahme wird sich auf die Beschäftigung in Wien niederschlagen, wo im Bereich des Tourismus derzeit etwa 40 000 Menschen Arbeit finden. Sie erhöhen quasi zwischen Tür und Angel und sprechen nicht einmal mit den betroffenen Hoteliers darüber! Sie erhöhen Kosten

oder streichen Absatzmöglichkeiten, ohne nachzufragen und nehmen in Kauf, dass diese Vorgehensweise dem Standort schaden könnte. Dagegen sind wir!

Daneben gibt es auf Bundesebene ein Paket der Bundesregierung, das diese Woche im Plenum des Nationalrates beschlossen werden soll und ein Volumen von 9,2 Milliarden EUR an Belastungen vorsieht. Allein 800 Millionen EUR davon entfallen jährlich auf die Erhöhung der Lohnnebenkosten. Wir alle wissen, dass die Arbeitskosten zu senken sind. Das Gegenteil ist hier der Fall: Die Lohnnebenkosten werden erhöht, und zwar nicht nur auf Wiener Ebene mit der Erhöhung der U-Bahn-Steuer, sondern auch auf Bundesebene durch ein umfassendes Paket von Erhöhungen im Bereich der Lohnnebenkosten, das die Bürger spüren. Die Bürger differenzieren nicht, ob es sich um eine Erhöhung durch die Gemeinde Wien oder um eine Erhöhung auf Bundesebene handelt, und in beiden Gremien sind Sie von der Sozialdemokratie federführend vertreten. Sie haben diese Erhöhungen zu verantworten! Sie bitten die Bürger zur Kasse, ohne dass es ein Äquivalent im Einkommen der Menschen gibt, und das lehnen wir ab! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Dass Sie es mit dem Lenkungseffekt nicht so ernst nehmen, haben wir soeben auf Bundesebene festgestellt, denn sonst wären Sie niemals auf die Idee gekommen, die Bausparprämie und die staatliche Prämie zur Zukunftsvorsorge zu halbieren. Sie haben bei der Bausparprämie in 5,2 Millionen Verträge eingegriffen, und Sie greifen bei der Zukunftsvorsorge in 1,6 Millionen Verträge ein. Statt beispielsweise das Pflegegeld in der Zukunftsvorsorge zu berücksichtigen, kürzen Sie die Förderung dafür! Das ist ein lenkungspolitisch völlig falscher Ansatz, und zeigt, dass Sie eine Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben, die so veraltet ist, dass man heute nicht einmal mehr in Russland einen Preis dafür gewinnen könnte! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Wir haben immer Folgendes gesagt: Wir wollen die Ausgaben reduzieren! Es muss ausgabenseitig gespart und nicht einnahmenseitig erhöht werden. Das zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Argumentation in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Bedauerlicherweise ist das aber ein Ansatz, dem Sie nicht folgen können und wollen, denn sonst hätten Sie längst wesentliche Ausgabenpositionen in Wien gekürzt. So hätten Sie zum Beispiel längst eine Anpassung des Wiener Beamtenpensionsrechts an das Bundesbeamtenschema vorgenommen. Ebenso hätten Sie eine Reduzierung der Frühpensionierungen auf Wiener Beamtenebene und eine Neuorientierung und Neuregelung des Nebengebührenkataloges für die Wiener Gemeindebediensteten verlangt.

Es kann doch beispielsweise nicht sein, dass man für eine Nachmittagsprechstunde einen Zuschlag bekommt! Wo gibt es denn das? Wir alle absolvieren unsere Regelarbeitszeit, und man kann nicht für den Nachmittag extra eine Nebengebühr verrechnen und abgelden lassen. Sie hätten auch eine Evaluierung der Subventionen auf Gemeindeebene verlangt. All diese

Maßnahmen würden zu den Einsparungen führen, die wir dringend brauchen, und zur Konsolidierung, die wir erreichen wollen!

Lassen Sie mich kurz noch ein Thema anschnitten, das wichtig ist und zu welchem ich heute auch einen Antrag einbringen möchte. Ein Thema, das direkt mit Ausgabensenkungen zu tun hat, nämlich das Thema: „Bezüge im öffentlichen Bereich“. Gerade in der vorigen Woche gab es dazu einen Rechnungshofbericht, der zeigte, dass die durchschnittlichen Einkommen von Vorstandsmitgliedern in Staatsunternehmen in den letzten 5 Jahren um 19,6 Prozent gestiegen sind, während es bei normalen Mitarbeitern nur eine Steigerung von 10,4 Prozent gab. Ebenso zeigt der Bericht, dass Frauen in Staatsunternehmen nur 64 Prozent des Einkommens von Männern verdienen.

Laut Rechnungshof werden weder die OECD-Grundsätze für Corporate Governance noch die österreichischen Corporate-Governance-Regeln angewendet, und deshalb stelle ich gemeinsam mit meinen Kollegen Klubobmann Gudenus und Rudolf Stark folgenden Antrag, den ich gleich zur Beschlussfassung einbringen möchte: Wir ersuchen den Herrn Bürgermeister und den Gemeinderat, ein Konzept zur Begrenzung der Bezüge stadtnaher Unternehmen vorzulegen, welches offen legt, wer mehr als der Bürgermeister verdient und daher von der neuen Bezügebegrenzung tatsächlich betroffen wäre und auf welche Art und Weise eine solche Regelung auf Begrenzung der Bezüge umgesetzt werden könnte.

Nur ein Beispiel dazu sind der Terminal Skylink und die damit im Zusammenhang stehenden Managerboni. – Wie Sie wissen, wird dieses „großartige Bauprojekt“, bei dem die Baukosten um über 100 Prozent überschritten wurden, rechtzeitig zum 5. Juni in Betrieb gehen. Das ist genau jener Tag, für den die Bonifikation der Vorstände festgelegt wurde. Die Baukosten betragen 760 Millionen EUR, am 5. Juni geht der Terminal in Betrieb, und es soll zwei Boni geben, einen Bonus für Vorstand Schmid in Höhe von 84 000 EUR und einen zweiten Bonus für Vorstand Gabmann ebenfalls in Höhe von 84 000 EUR. Vorstand Schmid, der dem roten Wien zuzuordnen ist, bekommt zusätzlich noch eine Sonderprovision für die Inbetriebnahme in Höhe von 254 000 EUR. Der arme Herr Kaufmann, der auch der Sozialdemokratie zuzuordnen ist, bekommt keinen Bonus, dafür hat er einen zweijährigen Konsulentenvertrag in Höhe von 360 000 EUR bekommen. – Soweit zum Thema Bezüge im öffentlichen Bereich und wie Sie damit umgehen.

Und dazu noch eine schlechte Nachricht am Rande: Durch dieses „hervorragende Management“ am Flughafen Wien kommt auch die Gemeinde Wien als 20-Prozent-Aktionär zu Schaden, denn die Dividende für 2011 wird halbiert. Anstatt 8,4 Millionen EUR bekommt die Gemeinde Wien nur noch 4,2 Millionen EUR an Dividende für das abgelaufene Jahr ausbezahlt. – Ich kann mich noch gut erinnern, als Finanzstadträtin Brauner hier saß und sagte, dass uns all das am Flughafen nichts kostete. Es kostet uns jetzt aber sehr wohl etwas, nämlich 4,2 Millionen EUR allein an

Dividendenentgang, abgesehen von allen andern Malversationen, die dort geschehen sind und untersucht wurden.

Ich komme zum Schluss, denn es blinkt bereits. Unser Credo ist es, im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik ausgabenseitig zu sparen und nicht die Einnahmen zu erhöhen. Wir sind gegen jede Einnahmenerhöhung! Wir sind dagegen, dass man so vorgeht wie Rot-Grün in Wien, nämlich den Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen und Wirtschaft und Bürger zu belasten. Es gab eine Belastung von 150 Millionen EUR durch das Valorisierungspaket plus über 9 Milliarden EUR durch die Gebührenerhöhungen auf Bundesebene, wo ebenfalls Sie vertreten sind. Das lehnen wir ab! Es ist Zeit für eine Trendwende und in den Umfragen wird diese bereits vorausgesagt: Wir liegen nämlich Kopf an Kopf mit Ihnen, und ich hoffe, wir gewinnen die nächste Wahl, damit wir endlich eine vernünftige Politik in diesem Land machen können. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Stark. Ich erteile es ihm.

GR Rudolf **Stark** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In seiner Regierungserklärung hat der Herr Bürgermeister – und zwar vollkommen zu Recht – erklärt, dass er sich für die Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung einsetzen wird. – Ich darf den Herrn Bürgermeister zitieren: „Die Wirtschaftsförderung wird weiterentwickelt. Eine noch zielgenauere Unterstützung von Klein- und Kleinstunternehmen soll positive Effekte mit sich bringen. Wir reden hier von jenen Unternehmen, die den überwiegenden Teil der Wiener Wirtschaft ausmachen.“ – So der Herr Bürgermeister in seiner Regierungserklärung.

Diese Unterstützung der Klein- und Kleinstunternehmen ist vollkommen richtig, denn die Kleinstbetriebe, also die Betriebe mit 1 bis 9 Beschäftigten, haben mittlerweile einen Anteil von 82,85 Prozent, und die Kleinbetriebe, Betriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten, haben einen Anteil von 13,9 Prozent. Der Vollständigkeit halber füge ich noch hinzu, dass die Mittelbetriebe einen Anteil von 2,7 Prozent haben. Das bedeutet, dass 99,5 Prozent der österreichischen Betriebe KMU und nur 0,5 Prozent Großbetriebe sind. Für Wien wird es eventuell geringfügige Abweichungen geben. Leider habe ich weder für 2010 noch für 2011 aktuelle Zahlen für Wien gefunden. Aber auch in Wien werden natürlich die KMU das Rückgrat der Wiener Wirtschaft sein.

Dass der Wunsch des Herrn Bürgermeisters, nämlich die zielgenaue Unterstützung der Klein- und Kleinstbetriebe, bei der Budgeterstellung für das Jahr 2011 aus terminlichen Gründen nicht umgesetzt werden konnte, ist klar. Mit großem Interesse habe ich daher auf den Voranschlag für das laufende Jahr 2012 gewartet. Auf Grund der Ankündigung des Herrn Bürgermeisters, die Wirtschaftsförderung weiterzuentwickeln und noch zielgenauere Unterstützungen für Klein- und

Kleinstunternehmen zu bringen, habe ich gedacht, dass dies nur eine Erhöhung der Wirtschaftsförderung bedeuten kann. Mit großem Erstaunen habe ich dann aber im Voranschlag für 2012 festgestellt, dass die Ankündigung einer zielgenauen Unterstützung der Klein- und Kleinstunternehmen letztlich eine Kürzung der Wirtschaftsförderung bedeutet hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ärgerlich! – Betrug das Budget für die gesamte Wirtschaftsförderung im Jahr 2010 noch 117 Millionen EUR, so waren es im Budget für das Jahr 2011 nur mehr 107 Millionen EUR und im Jahr 2012 sogar nur mehr 76 Millionen EUR. Das bedeutet, dass für das Jahr 2012 um 41 Millionen EUR weniger budgetiert wurden als für das Jahr 2010. Das sind um 35 Prozent oder mehr als ein Drittel weniger, und das ist auch schädlich für die Wiener Unternehmen. Die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, die aus dieser Wirtschaftsförderung gedeckt wird, hat sich dadurch natürlich auch verringert. Für die Klein- und Mittelbetriebe waren für das Jahr 2010 noch 43 Millionen EUR budgetiert, im Jahr 2011 waren es nur mehr 39 und für das Jahr 2012 nur mehr 37 Millionen EUR. Die Wirtschaftsförderung der Klein- und Mittelbetriebe wurde somit im Jahr 2012 gegenüber 2010 um 6 Millionen EUR gekürzt.

Ich weiß, dass für die Budgetierung die Frau Finanzstadtrat und nicht der Herr Bürgermeister zuständig ist. Allerdings sollte die Frau Finanzstadtrat meines Erachtens sehr wohl die Wünsche und auch die Versprechen des Herrn Bürgermeisters in ihrer Budgeterklärung berücksichtigen, was aber offensichtlich nicht geschah, und das ist an sich ärgerlich für den Herrn Bürgermeister. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Herr Bürgermeister unter einer zielgenauen Unterstützung der Klein- und Kleinstunternehmen eine Kürzung der Förderung gemeint hat!

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Dieser Wunsch des Herrn Bürgermeisters ist auch im rot-grünen Regierungsübereinkommen verankert und wird als „gemeinsame Wege für Wien“ bezeichnet.

In diesem Papier habe ich auch einen kleinen Silberstreif am Horizont bezüglich Haftungen und Förderungen gefunden. – Ich zitiere aus diesem Papier: „Gezielte Unterstützung von Kleinstunternehmen – Klammer: auch für Gründungen - durch Mobilisierung von benötigten Finanzmitteln – Klammer: zum Beispiel durch Mikrokredite, Garantien, Haftungen, Beteiligungen - sowie durch Know-how-Transfer“ – So in diesem Papier. Es ist also in dieser Regierungserklärung wörtlich von einer Unterstützung „durch Mobilisierung von benötigten Finanzmitteln“ die Rede, nicht aber von einer zielgenauen Kürzung, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Den KMU werden Förderungen gekürzt. Was dies für die Kapitalstruktur dieser Unternehmen bedeutet, ist allen hier klar. Von Details der Kapitalstruktur, Eigenkapital, Fremdkapital, Liquidität, Basel II, Basel III et cetera möchte ich hier jetzt gar nicht sprechen.

Förderungen werden gekürzt. Das ist für die betroffenen Unternehmen hart. Noch viel härter trifft die

Unternehmen aber die kontinuierliche Erhöhung von Gebühren und Tarifen durch die Gemeinde Wien. In diesem Zusammenhang darf ich gleich an die Dienstgeberabgabe erinnern. Diese soll ja demnächst von 72 Cent je Woche und Dienstnehmer auf 2 EUR angehoben werden. Das ist eine Verdreifachung, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einem Zeitungsartikel entnehme ich, dass Frau VBgm Brauner damit rechnet, dass allein durch diese Maßnahme 38 Millionen EUR an Mehreinnahmen zu verbuchen sein werden oder, umgekehrt formuliert, dass die Unternehmen in Wien um 38 Millionen EUR mehr Dienstgeberabgaben zu entrichten haben werden.

Nun eine interessante Vergleichszahl, meine sehr geehrten Damen und Herren: Bei der Budgetierung für das Jahr 2012 beträgt die komplette Förderung für Klein- und Mittelbetriebe 37 Millionen. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet dies, dass die komplette KMU-Förderung von den Unternehmern selbst über die Erhöhung der Dienstgeberabgabe getragen wird. – Das ist doch dann keine Förderung, sondern eine Umschichtung beziehungsweise eine Mogelpackung, und dann wundern Sie sich, wenn Betriebe abwandern!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Verstehen Sie diese Mogelpackung als gezielte Förderung der Klein- und Kleinstunternehmen?

Weiters werden die Ortstaxe und die Gebrauchsabgabe erhöht, und auf die Kurzparkgebühren wurde schon eingegangen.

Herr Kollege Deutsch! Viel schlimmer noch trifft die Unternehmer, aber vor allem auch die Bürger, das hier schon mehrmals diskutierte Valorisierungsgesetz. Dieses Gesetz sieht vor, dass bestimmte Gebühren automatisch angehoben werden, wenn der Verbraucherpreisindex zur Mitte des Jahres 3 Prozent übersteigt.

In diesem Gesetz gibt es aber auch einen sehr klugen und interessanten Passus, und zwar: Der Herr Bürgermeister kann durch sein Veto eine solche Erhöhung verhindern. Leider hat der Herr Bürgermeister von diesem Vetorecht nicht Gebrauch gemacht, sondern ganz im Gegenteil: In einem Pressedienst vom Juli 2011, also vor knapp einem Jahr, ist Folgendes zu lesen – ich zitiere: „Häupl ist auch ganz klar dagegen, das sogenannte Valorisierungsgesetz auszusetzen.“ Weiter heißt es: „Denn wer dies tue, trete für eine Destabilisierung des öffentlichen Haushaltes der Stadt Wien und auch der Wiener Betriebe ein. Damit ist eine Ver- und Entsorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet. Das ist Chaos, warnt Häupl.“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrter Herr Kollege Deutsch! So dramatisch diese Worte des Herrn Bürgermeisters auch klingen mögen: Der Pressedienst stand im Zusammenhang mit der Erhöhung von Müll-, Parkometer- und Wassergebühren. Es wurde heute schon angemerkt – und ich darf das wiederholen –, dass es gerade beim Müll und bei den Wassergebühren, aber auch bei den Kanalgebühren in den letzten Jahren immer beträchtliche Überschüsse gab. Sogar der Rechnungshof hat in seinem voriges Jahr vorgelegten Bericht kritisiert, dass die SPÖ-

Stadtregierung in Wien auf Kosten der Gebührenzahler Überschüsse erwirtschaftet und zur Finanzierung des allgemeinen Budgets verwendet.

Die tatsächlichen Beträge: Der kamerale Überschuss bei den Kanalgebühren betrug 2005 21 Millionen, 2006 38 Millionen und 2007 37 Millionen. Beim Wasser betrug er 2005 69 Millionen, 2006 68 Millionen, 2007 54 Millionen und beim Müll 2005 30 Millionen, 2006 30 Millionen und 2007 42 Millionen. Das ergibt für 2005 einen Überschuss von 119 Millionen, für 2006 von 136 Millionen und für 2007 von 133 Millionen EUR. Insgesamt sind das für diese 3 Jahre 388 Millionen EUR.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ihre Befürchtungen bezüglich Chaos beziehungsweise Ihre Befürchtungen, dass die Ver- und auch die Entsorgungssicherheit mangels Gebührenerhöhung nicht mehr gewährleistet sein könnte, scheinen schlichtweg übertrieben, unbegründet beziehungsweise falsch zu sein, zumindest betreffend Kanal, Wasser und Müll!

In diesem Sinne, Herr Bürgermeister, fordere ich Sie auf: Weg mit dem Regierungsspeck! Entlasten Sie die Bürger und die Betriebe!

Gegen das Valorisierungsgesetz haben sich übrigens bei der Beschlussfassung alle Oppositionsparteien ausgesprochen. Ich habe hier einen Pressedienst der Grünen Fraktion, den ich kurz zur Kenntnis bringe: „Die letztverantwortliche Finanzstadträtin Renate Brauner möchte mit dem Valorisierungsgesetz wohl als Gebührenstadträtin in die Geschichte eingehen.“ Der Schlusssatz dieses Pressedienstes lautet: „Das Valorisierungsgesetz ist eine beispiellose und unsoziale Abzockerei.“ (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist natürlich vollkommen richtig. Das Valorisierungsgesetz ist eine beispiellose und unsoziale Abzockerei. (*Beifall bei der FPÖ.*) Aus diesem Grund bringe ich mit Herrn Klubobmann Mag Johann Gudenus und meiner Kollegin Dr Barbara Kappel einen Beschlussantrag betreffend Abschaffung des Wiener Gebührengesetzes ein:

„Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden Beschlussantrag: Der Wiener Gemeinderat spricht sich ausdrücklich für eine Abschaffung des Valorisierungsgesetzes aus.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Ich möchte meine Rede am Schluss nicht allzu lange gestalten und mich ein bisschen auf den Redebeitrag von Kollegen Stiftner beziehen, der uns „Gesinnungszwang am Misthaufen der Geschichte“, „Diktatur“, „Abzocke“ und was auch immer vorgeworfen hat. – Im Hinblick darauf möchte ich einfach eine Studie aus dem Bundesministerium für Verkehr aus dem Jahr

2007 zitieren. Das Thema dieser Studie ist ganz interessant: Wo gibt es Parkraumbewirtschaftung, welchen Zweck hat diese Parkraumbewirtschaftung in Österreich, und welchen Zweck hat sie in Wien?

Es geht ganz klar um eine Reduzierung des Individualverkehrs, es geht ganz eindeutig um eine Reduzierung von Lärm, Stickoxiden und Feinstaub, und es geht um eine Rückgewinnung des öffentlichen Raumes für alle, nicht nur für die Autofahrer. Das ist der Inhalt, und das bestätigt auch die Studie. Es wurden sozusagen viele Parkraumbewirtschaftungen in ganz Österreich evaluiert, und das Resultat ist: Es gibt unter anderem eine Reduktion der Stellplatzauslastung nach Einführung der Parkraumbewirtschaftung, einen Rückgang des vorschriftwidrigen Parkens, einen Rückgang der Fahrleistung und eine Änderung der Verkehrsmittelwahl.

Interessant ist auch, wie viele Gemeinden in Österreich diese Parkraumbewirtschaftung eingeführt haben: 2007 waren es 103 Gemeinden in Österreich. Parkraumbewirtschaftung betreibt also nicht nur die Stadt Wien, sondern Parkraumbewirtschaftung betreiben 103 Gemeinden in Österreich, und zwar quer über alle Bundesländer. So sind es zum Beispiel in Niederösterreich 17, in Vorarlberg 16 und im Burgenland 3 Gemeinden. Interessant dabei ist, dass Eisenstadt im Jahr 1996 die Parkraumbewirtschaftung mit einer absoluten ÖVP-Mehrheit ohne Abstimmung eingeführt hat. Noch einmal: Eine absolute ÖVP-Mehrheit hat die Parkraumbewirtschaftung eingeführt. Ich weiß das deswegen gut, weil ich aus Eisenstadt stamme.

Kollegen Stiftner ist das Wort BürgerInnenbefragung nicht wirklich über die Lippen gekommen, sondern es hätte eine Bezirksumfrage sein sollen. Er hat es überhaupt ein bisschen mit den Befragungen! Aber das ist schon klar: Es gibt eine Entscheidung eines politischen Gremiums im Bezirk, und zwar der Versammlung aller Bezirksräte, Kollege Stiftner, und Sie glauben jetzt, dass all das wieder weggewischt werden soll. (*Zwischenruf von GR Dipl.-Ing Roman Stiftner.*) Das hieße aber, dass 103 Gemeinden in Österreich all das wegwischen, nur weil Herr Stiftner oder auch Herr Juraczka glauben, dass man das so machen kann!

Herr Kollege! Schauen wir uns, weil Sie ja immer von Abzocke reden, einmal an, was das in Österreich so kostet! Es gibt ja sehr viele Gemeinden, die das haben, nämlich 103. Ich möchte jetzt einmal die Gemeinden heranziehen, die sozusagen mit den jährlichen Kosten wirklich ganz viel hineingeschnitten haben. – Die Spitzenreiterin ist St Johann im Pongau. Dort gibt es einen ÖVP-Bürgermeister namens Günther Mitterer, und dort kostet die Parkraumbewirtschaftung sage und schreibe 310 EUR im Jahr. Das ist ja nicht nichts!

Auf Platz 2 in diesem Ranking liegt Lienz. Dort gab es vor Kurzem erst einen BürgermeisterInnenwechsel. Lienz war immer eine ÖVP-Stadt, und dort kostet die Parkraumbewirtschaftung 210 EUR pro Jahr. Auf dem 3. Platz liegt Graz mit 234 EUR. Schon bevor Schwarz-Grün dort war, hat es unter einem ÖVP-Bürgermeister Parkraumbewirtschaftung um 234 EUR pro Jahr

gegeben.

Ich bleibe bei den ÖVP-Gemeinden. Als nächste Gemeinde kommt Kitzbühel mit 230 EUR. Jetzt muss man sich vorstellen: Das Zentrum von Kitzbühel ist so groß wie der 8. Bezirk, und dort gibt es – nach Ihrer Diktion – eine satte Abzocke von 230 EUR im Jahr! Dann kommt Vöcklabruck mit Herbert Brunsteiner. Auch er gehört der ÖVP an. Es handelt sich also immer wieder um ÖVP-Bürgermeister, die bisweilen mit absoluten Mehrheiten agiert haben, aber sicherlich niemals die BürgerInnen befragt haben. Niemals! Und das ist verkehrswirksam! All diese Bürgermeister werden wohl nicht geirrt haben, denn sonst hätten sie ja ein Problem!

Also noch einmal: Es geht dabei darum, den Individualverkehr zu reduzieren und die Lebensqualität in den Städten zu steigern.

Ganz am Schluss: Was kann wohl bei einer ÖVP-Umfrage zur Mariahilfer Straße herauskommen? – Es muss alles so bleiben, wie es ist. Wenn also die ÖVP der Meinung ist, dass alles so bleiben soll, wie es ist, dann wünsche ich Ihnen viel Spaß mit unter 10 Prozent! – Danke schön.

Vorsitzende GRin Dr Sigrid Pilz: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Stiftner gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dipl.-Ing Roman Stiftner (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Es war das jetzt – wie soll ich das höflich ausdrücken? – wirklich eine sehr spontane Wortmeldung! Ich glaube, viel vorbereitet hast dich jetzt nicht, und ich kann das leider nicht so stehen lassen.

Es ist besser, wenn man sich die Situation richtig anschaut. Man will eine Bürgerbefragung hinsichtlich einer Diktatur von 10 Prozent. Das ist es, was die GRÜNEN offenbar in dieser Stadt hinüberrollen wollen! Und Rot trägt das mit. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Da gibt es eine Studie!*) So kann man nicht Politik machen! (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

Lieber Rüdiger! Du bist beziehungsweise warst zumindest früher Professor an einem Gymnasium. Ich glaube, normalerweise sagt man zu den Schülern, dass sie sich die Angaben ordentlich durchlesen sollen. – Ich meine, das solltest du auch tun, vor allem dann, wenn du hier zitierst, wo überall Parkraumbewirtschaftung – ich glaube, das war der Terminus technicus, den du hier verwendet hast – eingeführt wurde!

Ich greife jetzt nur Kitzbühel heraus: In Kitzbühel gibt es drei Strecken mit Kurzparkzonen. Da geht es nicht um eine flächendeckende Bewirtschaftung, sondern es geht um einzelne Straßenzüge. Das kann man sicherlich nicht mit einer flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung vergleichen, das ist aber natürlich die Idee von Rot-Grün: Man will flächendeckend über ganz Wien Parkraumbewirtschaftung durchzusetzen und damit auch die Bürgerinnen und Bürger abzocken. Das ist letztlich die Endausbaustufe, und das hat nichts mit Verkehrslenkung zu tun, wie sie in Innerstadtgebieten mancher Gemeinden vielleicht notwendig und auch sinnvoll ist.

Hier geht es aber um ein ganz anderes Motiv. Das ist ideologisch geleitet auf der ganz linken Seite, und auf

der normal linken Seite, die es in dieser Stadt gibt, ist es einfach Abzockpolitik, und dafür stehen wir als ÖVP sicherlich nicht zur Verfügung!

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Mag Maresch gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Lieber Kollege Stifter!

Wenn man behauptet, dass sich jemand etwas nicht durchgelesen hat, dann muss man ganz firm sein! Die genannte Studie von Herry Verkehrsplanung ist definitiv an Ihnen komplett vorbeigegangen! Sie haben diese offenbar niemals gesehen! Sie ist aber im Internet relativ leicht zu finden! Im Kapitel 4 betreffend Parkraumbewirtschaftung finden Sie alle Angaben, die ich Ihnen vorgelesen habe. Es wird auch erwähnt, welchen Zweck sie hat, und ich wiederhole: Vielen dieser Gemeinden geht es nicht nur um eine Straße, sondern es geht um das Stadtzentrum. Ich meine, St Johann im Pongau ist ein Bezirksvorort und keine Stadt. (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Wir haben von Kitzbühel gesprochen!*) Aber prinzipiell geht es um Verkehrslenkungsmaßnahmen, und das bedeutet Parkraumbewirtschaftung. (*GR Mag Wolfgang Jung: Es gibt keine tatsächliche Berichtigung zu einer tatsächlichen Berichtigung!*)

Kollege Stifter! Sie müssen noch ganz, ganz viel lernen! – Danke schön.

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Frank. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte zuerst auf ein paar Vorredner eingehen.

Über die Geschäftsordnung ist ja schon eine ganze Menge gesprochen worden. Ich bin jetzt auch schon die dritte Periode in diesen Haus, und ich muss sagen, der Tonfall hat sich geändert, und das steht sehr wohl auch mit der Regierungsbeteiligung der GRÜNEN in Zusammenhang! Es gilt das Motto: Wir sind Majestät, es gilt, was wir sagen. Und einmal ist es halt so und einmal so. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn Kollege Wansch eine tatsächliche Berichtigung macht, wird ihm nach drei Minuten das Wort abgedreht, wenn aber etwa Herr Ellensohn eine nicht tatsächliche Berichtigung macht, dann dauert das acht Minuten. Und wenn Herr Maresch „Lügner!“ ruft, dann bekommt er keinen Ordnungsruf, wenn das aber jemand von der FPÖ tut, dann bekommt er einen. – Wenn wir also schon so oft die Gleichbehandlung hier in diesem Haus strapazieren, dann sollte man das vielleicht auch unter uns Kollegen einmal so handhaben! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Nun noch kurz zu Herrn Van der Bellen: Ich möchte nicht auf seine Person, sondern auf seine Funktion mit allem Drumherum eingehen. Es wird hier immer wieder gesagt, dass wir nicht über Personen reden sollen, die nicht hier anwesend sind, aber von Rot und Grün wird in der ganzen Rede über überhaupt nichts anderes als über Personen gesprochen, die nicht hier anwesend sind!

(*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Kollege Schuster hat gemeint, dass es bei den 210 000 EUR die Infrastruktur ist, die so teuer ist. – Ich meine, im Verhältnis zu den Mandaten haben die GRÜNEN reichlich Raum! Da brauchen wir keine extra Miete! Sie können Herrn Van der Bellen den vorhandenen Raum zur Verfügung stellen, wenn er an seinem Drei-Seiten-Wissenschaftsbericht schreibt. Dann haben wir den Bürgern dieser Stadt 210 000 EUR erspart. Das ist ganz einfach! (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von GR Godwin Schuster.*)

Frau GRin Wehsely hat gemeint, dass wir keine Ahnung vom Arbeiten haben. – Da fühle ich mich schon fast einmal persönlich beleidigt! Wie alt sind Sie denn, Frau Wehsely, dass Sie solche Töne reden können? (*GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: 39!*) Das muss ich schon einmal sagen! Greifen Sie doch die Leute nicht immer so persönlich an! Zur Sache Sparen haben Sie nämlich genau nichts beigetragen!

Wissen Sie, wie Ihr Arbeiten aussieht? – Ich gehe jetzt einmal auf Wohnen ein: Es wurden die Kundendienstzentren aufgeblasen, weil man der ganzen verfehlten Integrationspolitik überhaupt nicht mehr Herr wird. Es wurden Ordnungsberater eingeführt, die Waste Watcher wurden eingeführt und, und, und. Das ist eine nie enden wollende Liste! Gebracht hat es nichts, aber gekostet hat es eine Menge! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das stammt nicht von Frau Frank, sondern aus dem Kontrollamtsbericht. Das ist Ihre Finanzgebarung! Wir haben Fünfjahrespläne eingefordert, die Sie aber nicht einhalten. Man hat die Kundendienstzentren 2006 noch mit 4,5 Millionen geschätzt, und die Ist-Kosten waren 4,6 Millionen. Okay. Das ist in Ordnung. Das sind ein paar Prozent. Das kann man nicht so genau abschätzen. Im Jahr 2009 waren es aber statt 8,5 Millionen schon 9,9 Millionen, die Erhöhung hat bereits 15,3 Prozent betragen. Sie waren dann nicht einmal in der Lage zu sagen, wenn wir jetzt schon so viel brauchen, dann bauen wir gleich die Soll-Kosten noch entsprechend an! – Im Jahr 2010 gab es bereits eine Differenz von 11,4 auf 14,7 Millionen, das ist ein Plus von 28 Prozent. Sie können also nicht abschätzen, was die Soll-Kosten in einem Jahr betragen und wie viel Steigerung zu erwarten ist! 28,8 Prozent sind eine große Summe! Auch das müssen die Bürger zahlen, und auch das lässt darauf schließen, dass hier wirtschaftlich etwas aus dem Ruder läuft und Sie das nicht mehr im Griff haben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn dann Frau Wehsely hier über die Mindestsicherung – und ich weiß nicht, was noch alles – redet, dann entgegne ich: Natürlich erhöhen sich die Gebühren, die Mieten und die Baurechtszinse, und all das ist unverhältnismäßig. Bei den Mieten ist man zuerst von der Kategorie auf den Richtwert gegangen. Wenn auch noch saniert worden war, dann ist das Ganze sowieso um das Zwei- bis Vierfache gestiegen. Jetzt kommt noch einmal eine gesetzliche Erhöhung, und das Ganze führt dann so weit, dass wir auch die Beihilfenpolitik in die Höhe schrauben müssen, damit es hier in etwa einen Ausgleich gibt. – Das kann es aber

nicht sein, dass wir permanent die Mieten in die Höhe treiben und dann auch die Beihilfen! Wir haben ja kein Geld mehr zum Wohnen!

Ich bin neugierig, wie es in Zukunft mit dem Budget aussehen wird, wenn jetzt nämlich diese Transaktionssteuer, wie Herr Schäuble in Deutschland schon gesagt hat, wahrscheinlich gar nicht kommen wird, diese sich aber sehr wohl im Bundesbudget befindet! Es wird Kürzungen geben. Gewohnt sind wir das bei der Wohnbauförderung. Wir hatten eh nur 30 000 Wohnungssuchende am Ende des Jahres, und wir werden nicht mehr genug Geld haben, das aufzufangen. Darüber muss man sich einmal Gedanken machen. Dass man darüber nachdenkt, besagt aber nicht, dass alles verteuert werden muss. Das ist immer Ihre einzige Sprachregelung: Verteuerung.

Herr Deutsch stellt sich dann wieder hierher und sagt zum 105. Mal – und auch das ist falsch –: Die FPÖ hat die Polizei abgeschafft. *(GR Christian Deutsch: „Abgeschafft“ habe ich nicht gesagt!)* Begonnen hat Herr Einem damit, sukzessiv in den Bezirken die Kommissariate aufzulösen. So war das, und das wurde unter Innenminister Strasser fortgesetzt.

Der Herr Bürgermeister hat vor der letzten Wahl gesagt, 1 500 Polizisten für Wien. – Wo sind denn die 1 500 Polizisten? Wir bräuchten keine Ordnungsberater. Wir bräuchten vielleicht auch keine Waste Watchers. Es würde genügen, wenn wir ausreichend Polizisten hätten. Und wenn Herr Maresch sagt, die Parkraumbewirtschaftung dient auch dazu, weil Falschparken und all das dann wegfallen würde, dann sage ich, das wäre auch mit 1 500 Polizisten eine Möglichkeit. Aber das ist ja nicht der Grund in Wien, Herr Maresch! Bleiben Sie doch einmal bei der Sache! Was sagt denn das Kontrollamt? – Im Jahr 2009 betrugen die Gesamteinnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung 49,1 Millionen EUR. Und wie hoch war der Gesamtaufwand? – 4,3 Millionen EUR. Was ist also mit den restlichen 44 Millionen geschehen? Wo sind sie gelandet? Wohin sind sie geflossen, außer ins Budget, um eine Lücke zu stopfen? *(GR Mag Wolfgang Jung: In Inserate!)* Sagen Sie das doch! *(Zwischenruf von GR Karlheinz Hora!)* Sagen Sie es! *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Aha! Das Kontrollamt hat gelogen! Es hat vorher alle Kosten abgezogen. *(Weiterer Zwischenruf von GR Karlheinz Hora!)* Herr Hora! Kommen Sie heraus. Ich habe nur noch ein paar Minuten! *(GR Karlheinz Hora: ... die Garagenbauten!)*

Ja! Die Garagenbauten: Da sind wir beim nächsten Thema. Wie behandeln Sie die Garagenbauten? Das Kontrollamt hat schon 2005 festgestellt, dass es Parkdecks in Wien gibt, die Leib und Leben gefährden. Eine Magistratsdienststelle macht ein Gutachten und sagt, das hält locker noch ein paar Jahre. Bis heute wurden diese Bauten nicht saniert. Sie sind stark korrodiert, die Eisenträger halten nicht mehr. Aber wir warten, bis etwas passiert und machen das nicht mit den 43 Millionen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt sage ich noch etwas zu Frau Wehsely, dann höre ich mit ihr auf. – Sie hat gemeint, dass man uns

hinunterzieht. – Darüber bin ich froh, denn wir stehen so hoch oben, dass es uns gar nichts ausmacht, wenn man uns ein bisschen hinunterzieht! Bei Ihnen wäre das nicht mehr möglich, denn Sie sind schon auf dem Boden! *(Beifall bei der FPÖ. – GRin Nurten Yilmaz: Ha, ha, ha, wie lustig!)*

Von abgabehohen Ländern war auch noch die Rede. Es wurde von Schweden gesprochen. – Schauen wir uns also einmal an, wie es in Schweden aussieht: Dort fängt man jetzt an, sich zu überlegen, ob die betriebene Integrationspolitik richtig ist, weil die Urbevölkerung *(Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)* jetzt aufsteht und sagt, wir lassen es uns nicht mehr gefallen, dass immer mehr Ausländer in unseren Dörfern sind und wir die Fremden im eigenen Land sind. – Sie müssen immer alles dazusagen, nicht immer nur die Schlagworte! So schaut es nämlich in Wahrheit aus!

Zum Skylink hat meine Kollegin Kappel schon einiges gesagt. Wir wollten damals, dass Sie politische Verantwortung übernehmen. Aber das ist ja anscheinend für die Regierungsparteien hier ein Fremdwort. Es ist aber wirklich ein Gustostückerl, wie man beim Skylink Kosten veranschlagt! Wie das aussieht, habe ich gerade bei anderen Punkten erklärt. Die veranschlagten Kosten werden dann um mehr als das Doppelte erhöht, dann wird das aber nicht ganz ausgeschöpft und die Manager bekommen eine Bonuszahlung, weil sie Einsparungen vorgenommen haben. – Sagen Sie einmal: Wo leben wir? Wo gibt es so etwas in der Privatwirtschaft? Wenn jemand dort etwas so gegen die Wand gefahren hat, dann bekommt er keine Bonuszahlung, sondern es müssen Strafzahlungen geleistet werden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Stark abgegangen ist mir bei der ganzen Debatte, dass die Regierungsparteien heute nicht einmal den Begriff „sozial Schwache“ angesprochen und gesagt haben, dass man die Gebühren und Mieten endlich einmal so gestalten soll, dass man sich das auch leisten kann. Sie gehen nämlich wirklich von falschen Durchschnittsverdiensten aus! Wenn heute ein Durchschnittsverdienst bei einer Frau in Österreich 1 500 EUR, bei Männern 1 800 EUR und bei Pensionisten darunter liegt, die Mieten permanent steigen und wir vor Gebührenlawinen stehen, die die Kolleginnen und Kollegen vor mir schon angesprochen haben, dann würde man sich von Ihnen doch einmal erwarten, auch dazu etwas zu hören! Das war jedoch heute nicht der Fall! *(Zwischenruf von GR David Ellensohn.)*

Das sage ich auch zu allen Stadträten, die das Budget durch permanente Inseratenkampagnen und Hochglanzbroschüren et cetera – diese Aufzählung ließe sich ewig fortsetzen – massiv belasten. Sie sind alle nicht da, und niemand stellt sich der Verantwortung. Wir werden aber weiter dran bleiben, und wir werden die Missstände dieser Stadt aufzeigen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Guggenbichler. Ich erteile es ihm.

GR Ing Udo **Guggenbichler** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Es ist sehr bedauerlich, dass der Herr Bürgermeister heute wieder einmal zeigt, wie die Wiener

Stadtregierung so funktioniert, nämlich sozialistisch und nicht sozial, ignorant, bürgerfern und abgehoben.

Es wundert uns allerdings nicht, dass er heute nicht kommt, denn in Anbetracht dessen, was er in den letzten Jahren hier in Wien aufgeführt hat, hat er Angst vor den Bürgern! Er hat sogar Angst vor den Bürgern, die heute hier auf der Tribüne sitzen und sich anschauen und anhören wollten, was er dazu sagt, wie er das Geld, das er in den nächsten Jahren für die Wiener aufzubringen hat, tatsächlich aufbringen will und wo er sparen will. Darüber haben wir heute nichts von dieser rot-grünen Stadtregierung gehört!

Vor einiger Zeit hat der Bürgermeister gesagt, dass er aus der Krise hinausinvestieren und nicht in die Krise hineinsparen will. Das ist ein Motto des Bürgermeisters, das er zwar gelebt hat, aber ganz falsch: Er hat nämlich bei den Ärmsten der Armen gespart! Wir durften das miterleben, und ich habe es schon angesprochen. Schade, dass StR Oxonitsch nicht anwesend ist! In Währing wurden einer Schule die Kosten für den Bus für behinderte Kinder, der jahrelang gefahren ist, in Höhe von 110 000 EUR gestrichen. Gleichzeitig haben wir das Werbebudget um 4 Millionen EUR erhöht. Es ist anscheinend der Wiener Stadtregierung wichtiger, dass Sie die Gesichter der Stadträte aus jeder Zeitung herauslachen sehen, anstatt dass ein Beitrag für behinderte Kinder geleistet wird. Jetzt wird diesen Kindern das letzte Vergnügen, das sie in dieser Schule haben, dass sie die Möglichkeit haben, Ausflugsfahrten und Schulreisen zu machen, auch weggenommen. – Das ist das soziale Herz dieser Stadtregierung! Das ist rote soziale Politik! Das ist verwerflich! Schämen Sie sich dafür! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Neben ungestümen und teuren Plakataktionen, die den Wiener Bürgern in immer kürzerem Abstand zugemutet werden, mussten wir auch noch feststellen, dass die Wiener nun auch Fäkalien, einmal in Sackerln, einmal in Kugeln und am Schluss freiliegend betrachten dürfen. – Das ist ein Imageschaden für unsere Stadt! Das ist teuer! Und der Bürgermeister schaut zu, und er lässt zu, dass mit unseren Geldern, mit den Geldern der Wiener Bürger und Bürgerinnen, unverschämte Propaganda für diese Stadtregierung gemacht wird.

Sie sagen die ganze Zeit, dass Sie die Gebührenerhöhung brauchen, um die Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Nun gibt es aber eine 20-Millionen-Reduktion beim U-Bahn-Bau! Sie sparen bei den Ärmsten der Armen. Sie sparen bei jenen, die einfach nicht entsprechende Möglichkeiten haben. Und Sie sparen bei der Opposition. Sie wollen die Opposition mundtot machen. Sie sparen bei den Kontrollrechten der Opposition, und wie man sehen kann, sparen Sie sogar bei den Stadtratbüros. Sie legen mittlerweile Unterlagen bei, die nicht mehr lesbar sind, und wenn man eine Anfrage an Regierungsmitglieder stellt, sagen Sie lapidar, dass Sie davon ausgehen, dass diese Informationen bekannt sind.

Und wie reagieren Sie am Schluss? – Wenn wir einfordern, dass alle Unterlagen in den Ausschüssen – überhaupt bei einem Vergabeakt, denn das ist eine

wichtige Situation – lesbar sind, dann sagen Sie, na ja, dann legen wir die CDs halt nicht mehr bei. – Es ist Ihnen offenbar zu mühsam, uns die Informationen zu geben, die uns nach der Geschäftsordnung zustehen!

Es ist unerträglich, zuzusehen, wie Sie verantwortungslos mit dem hart erarbeiteten Geld der Wiener Bürger umgehen!

Zum Thema Infrastruktur – ich habe es kurz erwähnt –: Es gibt um 20 Millionen weniger. Dafür kassieren Sie beim Parkpickerl. Und schauen wir uns einmal die GRÜNEN in Währing an! Wir hatten dort vorige Woche in der Bezirksvertretung ein Erlebnis der besonderen Art! Der grüne Klubobmann hat gesagt, eine Sammelgarage gibt es für keinen Bezirk, der kein Parkpickerl hat. – Sie strafen also die Wiener Bürger ab, die nicht für das stimmen, was Sie wollen! Das ist Ihr Umgang mit der direkten Demokratie! So stellen Sie sich das vor! Das ist grünes Demokratieverständnis. Auch dafür sollten Sie sich schämen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kurz noch zu den Gebühren: Sie wissen es ganz genau, Sie hören es aber nicht gerne. Der Rechnungshof hat gesagt, dass es sich auch in diesem Bereich, wie im Bereich der Ausschüsse, wenn Sie intransparent arbeiten, nicht um Gebühren, sondern um illegale Steuern handelt. Die Zahlen wurden schon genannt. Ich erwähne Erhöhungen der letzten Jahre etwa beim Wasser, beim Kanal, beim Müll. Es gab Mieterhöhungen und neue Kommissionsgebühren, die es noch nie gab. Es gab Strompreiserhöhungen, Gaspreiserhöhungen, Fernwärmeerhöhungen, und es gab die Erhöhung der U-Bahn-Steuer. Mit der U-Bahn-Steuer haben Sie es sogar geschafft, dass viele Betriebe von Wien abwandern wollen. Somit vernichten Sie auch Arbeitsplätze!

Während der Regierungszeit von Bgm Häupl haben wir in Österreich 175 000 Arbeitsplätze geschaffen, Wien hat 35 000 Arbeitsplätze vernichtet, und Sie arbeiten weiter daran. Sie wollen sich als „Arbeiterpartei“ bezeichnen: Schämen Sie sich daher für diese Aktivitäten, die Sie hier setzen!

Ganz kurz noch zu etwas, was mich persönlich sehr enttäuscht hat: Wir durften in den letzten Jahren beziehungsweise in den letzten zwei Jahren miterleben, dass durch die grüne Regierungsbeteiligung und besonders durch den grünen Klubobmann das Niveau in diesem Haus sehr gesunken ist. Das muss ich schon sagen. *(Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Ist das lustig? Ich finde das nicht lustig! *(Zwischenruf von GR David Ellensohn. – GR Mag Rüdiger Maresch: Jetzt brauchen wir einen Reisepass!)*

Ich muss sagen, ich persönlich bin nicht nur enttäuscht, sondern auch betroffen, dass durch den Ersten Gemeinderatsvorsitzenden das Wort Lüge in diesem Haus salonfähig gemacht wurde. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Dann hätten ihr halt weniger gelogen, verdammt noch einmal!)*

Das ist etwas, was wir in diesem Haus nicht verdient haben. Wir stehen für ein hohes und ein gutes Niveau in diesem Haus, und ich ersuche den Gemeinderatsvorsitzenden, den schlechten Regierungsstil nicht in der Vorsitzführung

weiterzuführen. – Danke sehr.

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Ich komme zurück auf das Ansinnen der FPÖ, einen Ordnungsruf im Hinblick auf die Debatte, die hier ja schon weidlich besprochen wurde, zu erteilen. – Nach Durchsicht des Protokolls stelle ich fest, dass den Worten meines Ersten Vorsitzenden, Kollegen Godwin Schuster, nichts hinzuzufügen ist. Ich lehne das Ansinnen, einen Ordnungsruf zu erteilen, hiermit ab. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Wolfgang Jung: Überraschung!)*

Wir kommen nun zur Abstimmung der eingebrachten Beschluss- und Resolutionsanträge.

Der erste Antrag wurde von der FPÖ eingebracht und betrifft Einsparungen bei der politischen Führungsschicht. In formeller Hinsicht ist die sofortige Abstimmung verlangt. Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Beschlussantrag die Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Der Antrag wird von den Antragstellern und Antragstellerinnen und von Herrn GR Aigner unterstützt und hat somit nicht die Mehrheit.

Der zweite Beschluss- und Resolutionsantrag, ebenfalls eingebracht von der FPÖ, Gudenus, Stark, Kappel, Frigo, betrifft Sozialleistungen nur für österreichische Staatsbürger und EU-Bürger. Auch diesfalls wird in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Der Antrag wird unterstützt von der FPÖ und von GR Aigner, ist damit nicht ausreichend unterstützt und somit abgelehnt.

Der dritte Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP-Gemeinderäte Dr Aichinger, Dipl-Ing Stiftner betrifft Einsparungen im Bereich der Stadt Wien. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer dazu die

Zustimmung erteilt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Der Antrag wird von ÖVP, FPÖ und GR Aigner unterstützt, findet nicht die erforderliche Mehrheit und ist somit abgelehnt.

Ein weiterer Beschlussantrag der ÖVP-Gemeinderäte Stiftner, Aichinger, und Dworak betrifft eine Bürgerbefragung hinsichtlich der geplanten Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung statt Abkassieraktion. Auch diesfalls wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von ÖVP, FPÖ und GR Aigner unterstützt und hat auch in diesem Fall nicht die erforderliche Mehrheit.

Ein Beschlussantrag der FPÖ-Gemeinderäte Gudenus, Kappel, Stark betrifft die Bezügeobergrenze in Unternehmen im Einflussbereich der Stadt. Auch in diesem Fall wird die sofortige Abstimmung beantragt. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Der Antrag wird unterstützt von ÖVP, FPÖ und GR Aigner. Auch diesfalls fehlt die erforderliche Mehrheit, und der Antrag ist somit abgelehnt.

Weiters liegt mir ein Beschlussantrag der FPÖ-Gemeinderäte Mag Gudenus, Dr Kappel und Rudolf Stark betreffend Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes vor. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Zustimmung liegt vor von ÖVP, FPÖ und GR Aigner. Auch in diesem Fall fehlt die erforderliche Mehrheit, und der Beschlussantrag ist somit abgelehnt.

Wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Wir sehen uns bereits Ende dieser Woche wieder.

Schönen Nachmittag!

(Schluss um 12.49 Uhr)